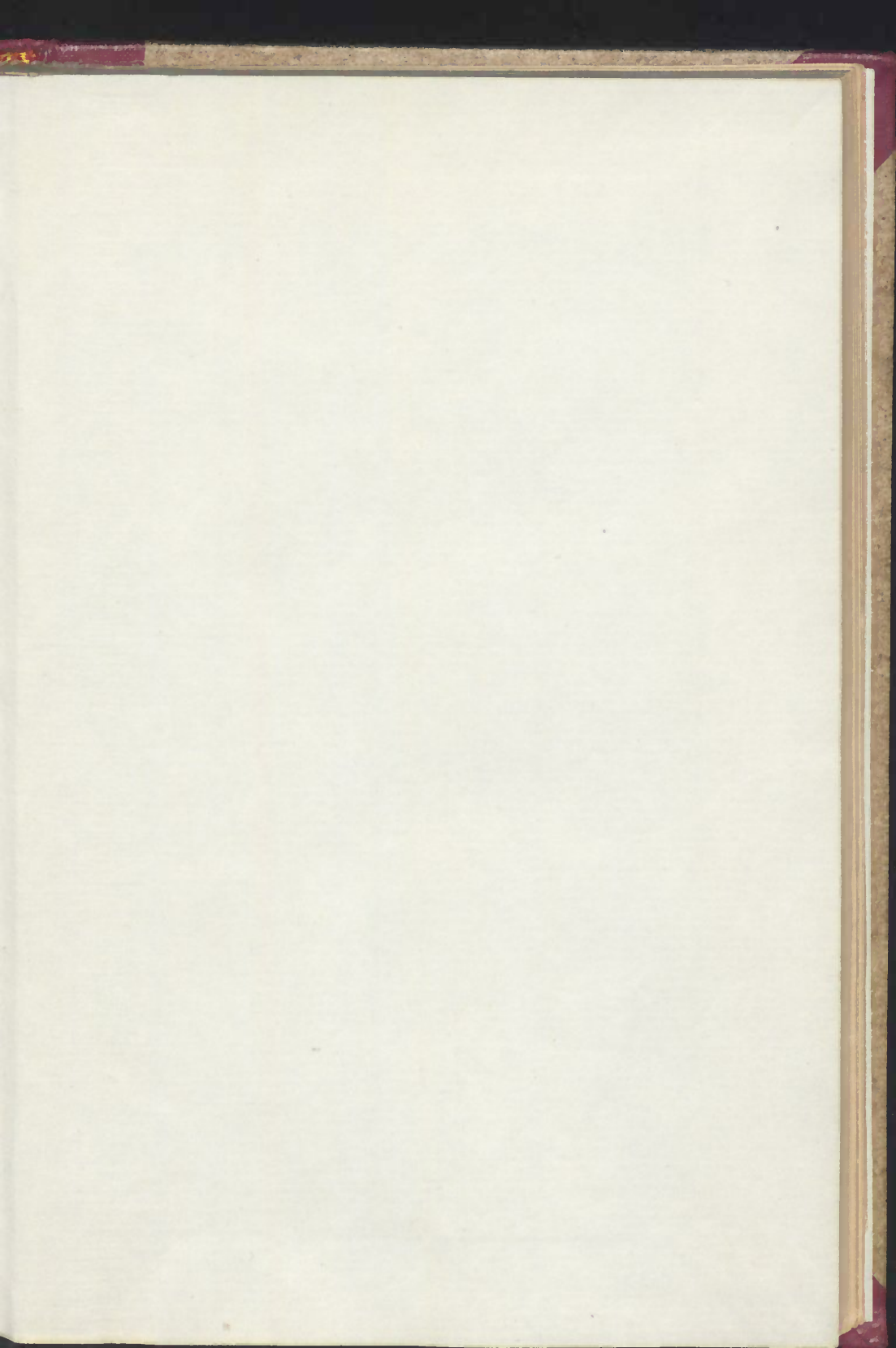


EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIEL

BIBLIOTHEK
1920 I
43



Deutscher Colonialgesellschaften

Betrachtungen und Vorschläge

von dem Verfasser

Dr. phil. h. c. h.

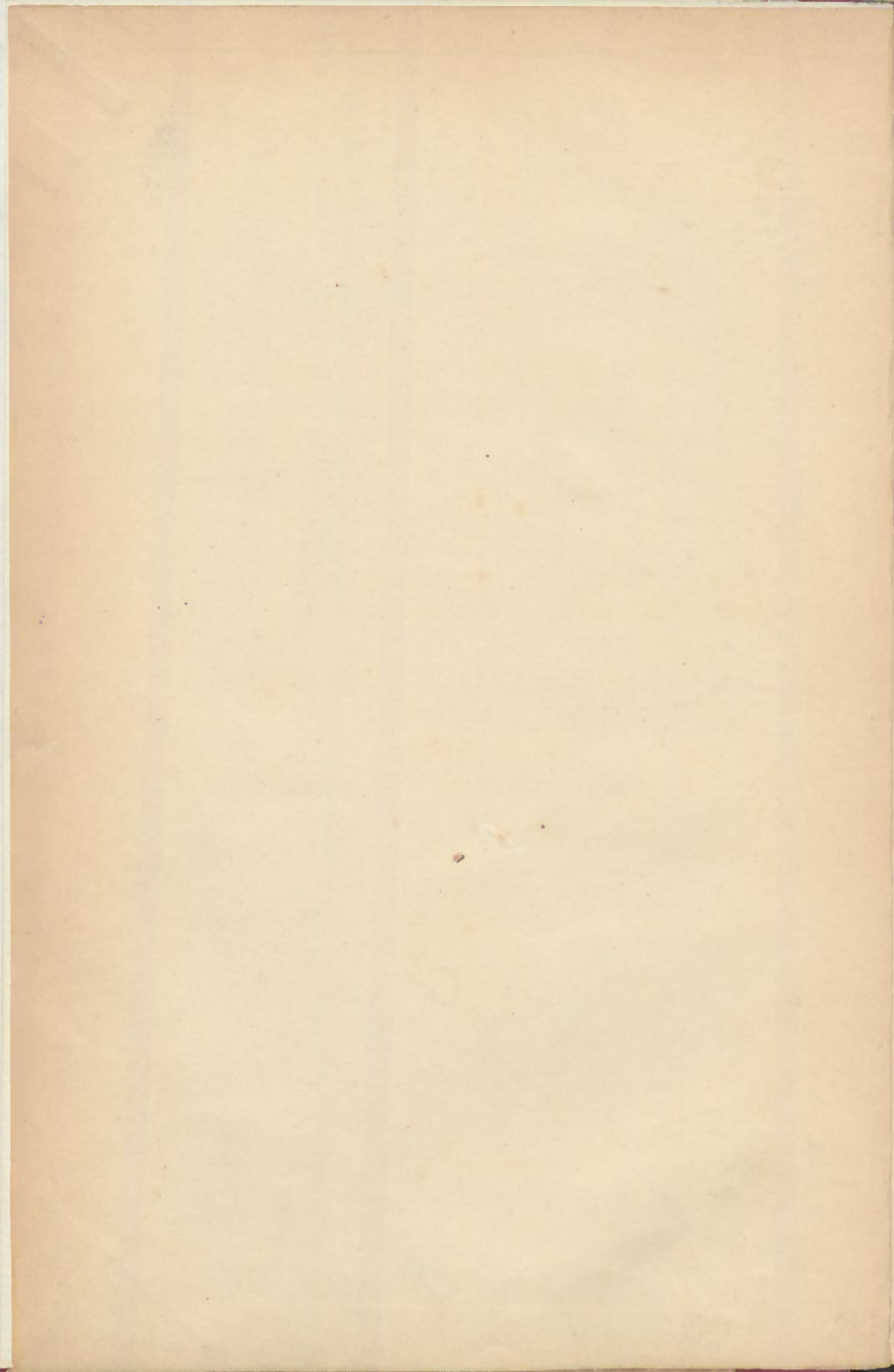
Präsident der Deutschen Colonial-Gesellschaft für das Jahr 1900.
an die Deutsche Colonial-Gesellschaft und an die Deutsche Colonial-Gesellschaft

Bücher-Bild



Berlin

Verlag von Julius Springer



Deutsche Kolonialgesellschaften.

Betrachtungen und Vorschläge

nebst einem Anhang

enthaltend die

Statuten der Deutschen Kolonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika,
der Neu Guinea Compagnie und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft

von

Viktor Ring,

Gerichts-Rath.



Berlin.

Carl Heymanns Verlag.

1887.



Inhalt.

	Seite
Einleitung	5
Eine Rechtsform für Kolonialgesellschaften	38
Anhang:	
I. Statut der Deutschen Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika	106
II. Statut der Neu Guinea Compagnie	113
III. Statut der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft	129

Inhalt

I. Einleitung	1
II. Die Bedeutung der Volkswirtschaftslehre	2
III. Die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre	3
IV. Die Methoden der Volkswirtschaftslehre	4
V. Die Grundlagen der Volkswirtschaftslehre	5
VI. Die Theorie der Produktion	6
VII. Die Theorie der Distribution	7
VIII. Die Theorie der Konsumtion	8
IX. Die Theorie der Staatseinkünfte	9
X. Die Theorie der Staatseinkünfte	10

Einleitung.

Seit im Frühjahr 1884 die Reichsregierung die Niederlassungen und Besetzungen des Bremer Handelshauses F. A. E. Lüderitz in Angra Pequena unter den Schutz des Mutterstaates stellte, ist der Kolonialgedanke Deutschlands nicht mehr zur Ruhe gekommen. Durch Wort und Schrift, durch Vereine und Versammlungen hat ihm eine rührige Agitation immer neue theoretische Anhänger geworben. Aber über aller Theorie ist auch der glücklich begonnenen praktischen Kolonisation nicht vergessen worden. Vornehmlich ist es Dr. Carl Peters, der sanguinische, aber thatkräftige und geschickte Leiter des Deutsch-Ostafrikanischen Unternehmens, welchem das Verdienst gebührt, die praktische Entwicklung der Kolonialbewegung im großen Maßstabe gefördert zu haben. Er war es auch, welcher unumwunden auf den Kernpunkt aller bezüglichen Bestrebungen hinwies. Man hat die Kolonialfrage eine Klima-, eine Arbeiterfrage genannt. Peters sprach das rechte Wort, als er erklärte: „Die Kolonialfrage ist eine Geldfrage.“¹⁾ Gelingt es auf die Dauer nicht, weitere Kreise von Kapitalisten für die Kolonialbewegung zu interessieren, so wird — wenn nicht das Reich eintritt — alles Geschehene vergebene Liebesmühe sein. Es wäre eine Selbsttäuschung, wollte man sich verhehlen, daß im Ganzen der Enthusiasmus für die Kolonien bisher vor dem Geldbeutel Halt gemacht hat. Allerdings giebt es weitsichtige oder opferwillige Männer,

1) J. Wagner, Deutsch-Ostafrika S. 7.

welche den angezeigten Zwecken erhebliche Summen gewidmet haben. Aber ihre Zahl ist klein und, was schlimmer ist, anscheinend nicht im Wachsen begriffen. Daß sich bei den Kolonialgesellschaften vor der Hand Nichts verdienen lassen wird, kann sein. Allein es wird in so manches andere Zukunftsunternehmen, welches einstweilen keine Ausbeute verspricht, Geld genug gesteckt. Mag man auch den Schwärmern, welche insbesondere Afrika als das Land der Schätze preisen, mit Recht mißtrauen: einen mäßigen Gewinn bei ehrlicher Arbeit stellen selbst die sachlichsten Beurtheiler, wie ein Buchner, in Aussicht. So muß der Grund, warum es trotz mancher Aussicht, trotz aller Freude an der Mehrung des Reiches so schwer ist, für koloniale Zwecke Geld aufzubringen, noch in anderen Richtungen liegen. Nach diesseitiger Ueberzeugung ist nicht zum geringsten Theile Schuld daran, daß die Kolonialgesellschaften keinen gefunden Rechtsboden gefunden haben, auf welchem sie sich entwickeln konnten. Der Weg, durch Errichtung von Aktiengesellschaften das Kapital für koloniale Zwecke zu sammeln, war wegen nicht weniger Bestimmungen des neuen Aktiengesetzes verschlossen. Eine andere Form für die Zusammenfassung großer Kapitalien ohne Einsatz der ganzen wirtschaftlichen Existenz der Betheiligten gab es aber eigentlich nicht. So geriethen die Gesellschaften, wenn auch zum Theil erst nach Umwegen, in das Fahrwasser der preussisch-rechtlichen Korporationen — und dies wohl zum Unheile der ganzen Bestrebung. Ein Statut nach dem anderen wurde bekannt,²⁾ jedes vom folgenden ganz verschieden, jedes mit anderen und für sich schwer zu erfassenden Grundregeln für die Bethätigung des Gesellschaftslebens. So wurde ein unklares und deshalb Mißtrauen erweckendes Element in die kapitalistische Bewegung hineingetragen. Mag sich auch der

2) Die Rechte einer juristischen Person sind bisher nur verliehen den drei in Berlin domicilirenden Gesellschaften, der Deutschen Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika, der Neu Guinea Compagnie und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft. Die Deutsche Witu-Gesellschaft ebenda erwartet diese Verleihung.

Kapitalist im Allgemeinen um die Verfassung der Gesellschaft, deren Antheile oder Aktien er erwirbt, nicht sonderlich kümmern, so hat doch selbst diese Lässigkeit ihre Grenze. Bei der Aktiengesellschaft weiß er, um was es sich handelt. Er weiß um seine Rechte und Pflichten, er weiß, daß ein verantwortlicher Vorstand, ein verantwortlicher Aufsichtsrath, wenn nicht aus Pflichtgefühl, so doch aus Furcht über die Gesellschaftsgeschicke wacht; er weiß, daß er sich aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Geschäftsbericht über die Gesellschaftslage periodisch unterrichten kann, daß er in der Generalversammlung seine Rechte selbst oder durch seinen Vertrauensmann geltend zu machen vermag. Will er sich bei einer der neuen Kolonialgesellschaften betheiligen, so erfährt er, trotz ausführlicher Statuten, von alledem Nichts oder doch nur sehr wenig. Erwirbt er bei der Deutschen Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika die Rechte aus der Einlage, so ist er noch nicht einmal sicher, ob er Mitglied der Gesellschaft wird. Denn die Verleihung der Mitgliedschaft muß nicht, sondern kann nur erfolgen, sofern ein Erwerber der Einlagerrechte sie nachsucht. Eine gleiche Ungewißheit herrscht nach dem Statut-entwurf der in der Entwicklung begriffenen Deutschen Wituland-Gesellschaft. Bei der Gesellschaft für Südwest-Afrika und der für Wituland sind ein Vorstand und ein Verwaltungsrath, bei der für Ostafrika eine Direktion, ein Direktionsrath, überseeische Vertreter und Revisoren, bei der Neu Guinea Compagnie eine Direktion, welche in Plenarversammlungen und durch geschäftsführende Mitglieder handelt, und gleichfalls überseeische Vertreter und Revisoren zur Verwaltung und Beaufsichtigung der Gesellschaftsangelegenheiten eingesetzt. Nach den Statuten der beiden letztgedachten Gesellschaften ist auch die Generalversammlung befugt, über die Geltendmachung der Verantwortlichkeit der Mitglieder der Direktion, des Direktionsraths oder der Revisoren gegen die Gesellschaft und über die zu diesem Zwecke einzuleitenden Schritte Beschlüsse zu fassen und zur Ausführung derselben Bevollmächtigte zu wählen. Allein welche Verantwortlichkeit ist es, von der hier gehandelt wird? Sind

die Direktionsmitglieder die „Repräsentanten“ des Preussischen Landrechts, wie es früher wohl von den Vorstandsmitgliedern der Aktiengesellschaft gemeint wurde? Sind die Mitglieder des Direktionsraths etwa „Vorsteher“ im landrechtlichen Sinn und was sind die Revisoren? Oder werden alle diese Beziehungen von eigenartigen Grundsätzen beherrscht und dann von welchen? Die Statuten der Südwest-Afrikanischen und der Witu-Gesellschaft kennen eine „Jahresrechnung“, diejenigen der anderen beiden Korporationen eine „Bilanz“ und einen „Vermögensstatus“. Aber nach welchen Grundsätzen hinsichtlich des Was und Wie sind diese Abschlüsse aufzumachen? Aus der „Bilanz“ sollen sich nach allen fraglichen Statuten die „Jahresüberschüsse“ ergeben, nach dem Statut der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft soll dieselbe gar „einen genauen Nachweis der Einnahmen und Ausgaben enthalten“ — Aufgaben, welche die Bilanzen der Aktiengesellschaften sicherlich nicht erfüllen. Die Beispiele mehren hieße die Statuten abschreiben. Mit einem Wort: es ist zu gutem Theil ein schwanker, ein unsicherer Rechtsboden, auf welchem diese neuen Korporationen aufgebaut sind. Daß eine sachliche Fundamentirung des Gesellschaftsrechts allein den kolonialen Zwecken das widerstrebende Kapital zuführen würde, kann freilich vernünftiger Weise nicht angenommen werden. Aber eine sichere Grundlage, vor Allem eine faßbare Verantwortung der Gesellschaftstifter und der Mitglieder der Gesellschaftsorgane, eine richtige Gestaltung der für die Betheiligten so wesentlichen Bilanz kann so manches Vorurtheil zerstreuen und in weitere Kapitalistenkreise das nothwendige Vertrauen tragen. Ist gleich die staatliche Aufsicht ein gewichtiger Schutz, so kann doch auch die Behörde sich nicht um Alles kümmern, nicht Alles erfahren, Alles durchschauen. Auch Oesterreich stand zur Zeit der großen Krisis von 1873 im Sternbilde des staatlichen Konzessionswesens. Wie auch dagegen geeifert werden mag: Verantwortlichkeit, zumal vermögensrechtliche Verantwortlichkeit der mit der Errichtung, Leitung, Beaufsichtigung der Gesellschaft befaßten Personen ist das wesentlichste Schutzmittel, welches nach allen Richtungen

hin Garantien bietet, das einzige Mittel, welches Vertrauen und damit Geld schafft.

Drängen schon diese praktischen Erwägungen dahin, ein auf Normativbedingungen beruhendes Reichsgesetz zur Regelung der betreffenden Rechtsverhältnisse zu erfordern, so kommt noch hinzu, daß auch vom reinen Rechtsstandpunkt aus ein solches geboten erscheint. Zu einer Zeit, wo es rasches Handeln galt, wo die Gesellschaften eine rechtliche Selbständigkeit finden mußten und sie innerhalb des Reichsrechts aus praktischen Erwägungen nicht finden konnten, war es wohlberechtigt, zu dem Nothbehelfe der preussischen Korporation zu greifen. Nachdem aber der ungestüme Thatendrang einer ruhigeren Ueberlegung Platz gemacht hat, muß erwogen werden, ob jenes Verfahren nicht eben nur ein Nothbehelf war und ob nicht insbesondere gegenüber der weitgreifenden Tendenz des Aktiengesetzes ein Reichsgesetz jene eigenartigen Gestaltungen regeln muß. Diese Prüfung aber führt zur Bejahung der Frage nach der Nothwendigkeit reichsgesetzlicher Regelung des betreffenden Gesellschaftsrechts.

Das Deutsche Reichsrecht hat verschiedenfältig Vereinigungen, sofern dieselben bestimmte Voraussetzungen erfüllen, ohne Weiteres zu Körperschaften erhoben. Es hat im Allgemeinen unterlassen, an die Nichterfüllung dieser Voraussetzungen Rechtsfolgen zu knüpfen, vielmehr den an sich zu solcher Erhebung fähigen Vereinigungen freigestellt, ihr Leben nach dem betreffenden Reichsrecht oder nach Landesrecht zu führen. So steht es mit den Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften trotz des Gesetzes vom 4. Juli 1868, so mit den Hülfskassen und Versicherungsverbänden trotz der Gesetze vom 7. April 1876, vom 15. Juni 1883 und 6. Juli 1884. Andere Bahnen hat das Aktienrecht beschritten. Aktiengesellschaften können nur nach den reichsrechtlichen Normen oder überhaupt nicht ent- und bestehen. Die Eintragung dieser Vereinigungen setzt die Beobachtung der Vorschriften des Aktiengesetzes voraus und hat die weitere Unterthänigkeit unter dieselben zur Folge. In Ermangelung einer Eintragung entsteht aber nicht nur keine

reichsrechtliche Aktiengesellschaft, sondern überhaupt Nichts. Freilich kennt der Werdeprozeß der Aktiengesellschaft einen Zeitpunkt, in welchem die uneingetragene Gesellschaft „als errichtet gilt“. Die Begründung zum Aktiengesetz erklärt diesen Zustand dahin, daß die Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister nur für die Selbständigkeit der Gesellschaft nach Außen entscheidend sei, im Innern und ~~hat~~ tatsächlich aber schon vor dieser Eintragung ein von den die Gründung Betreibenden verschiedenes Rechtssubjekt bestehe.³⁾ Allein dies darf nicht irreführen. Hierbei handelt es sich lediglich um eine Phase in dem notwendigen Werdeprozeß, um die gebotene Anerkennung, daß die embryonale Existenz — ihr zukünftiges Personwerden vorausgesetzt — rechtlich geschützt sei. In diesem Sinne besteht die Gesellschaft vor der Eintragung nach Innen hin, kann sie sich vor Allen durch Beschlussfassungen fortbilden. Aber das embryonale Dasein als dauernder Zustand ist unmöglich. Deshalb sagt das Gesetz zutreffend, daß vor der Eintragung in das Handelsregister die Aktiengesellschaft als solche nicht bestehe, deshalb knüpft es an die Vorgebung des Persongewordenseins die Rechtsfolge, daß die vor der Eintragung im Namen der Gesellschaft Handelnden persönlich und solidarisch haften. Vermag hiernach eine Aktiengesellschaft im Sinne des Aktiengesetzes unzweifelhaft nur nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu entstehen und fortzuexistiren, so kann ein Zweifel lediglich darüber aufkommen, was als Aktiengesellschaft im Sinne des Reichsgesetzes zu gelten hat. Ohne Weiteres ist davon auszugehen, daß hier nicht der Name, sondern nur das Wesen der Vereinigung entscheidet. Der Name „Aktiengesellschaft“ ist, wenn auch bei den einzelnen diesbezüglichen Vereinigungen vielfach üblich, so doch gesetzlich nicht für sie vorgeschrieben. Weist also eine Vereinigung an sich die Merkmale der reichsrechtlichen Aktiengesellschaft auf, so muß sie, um innerhalb der Rechtswelt als Lebewesen Anerkennung zu finden, auch die reichsrechtlich verordnete Eintragung erwirken. Dem

3) Begründung zum ersten Entwurfe S. 136, zum zweiten Entwurfe S. 88 der Heymannschen Ausgaben.

Grundsätze von dem Vorgehen der Reichsgesetze gemäß ist die Landesgesetzgebung nicht fähig, ein die Merkmale der reichsrechtlichen Aktiengesellschaft tragendes Erzeugniß unter Hinterrücksetzung der Normen des Reichsrechts, insbesondere aber durch Verleihung der Korporationsrechte zu beleben.

Allerdings ist dieser Meinung widersprochen worden, sobald ein Widerspruch sich überhaupt regen konnte. Das Handelsgesetzbuch in seiner ursprünglichen Gestalt regelte, wie nur das Recht der Handelsgesellschaften im Allgemeinen, so auch nur dasjenige der Aktiengesellschaften, welche handelsgewerbliche Ziele verfolgten. Die sonstigen Aktiengesellschaften unterstanden auch nach Erhebung des Handelsgesetzbuchs zum Reichsgesetz der landesrechtlichen Fürsorge. Dem Landesgesetz unterfielen mithin im Wesentlichen alle Rechtsgestaltungen, bei welchen ein berechtigter Zweifel, ob sie in der That die Merkmale der Aktiengesellschaften trügen, aufkommen konnte. Das Reichsgesetz vom 11. Juni 1870 änderte diesen Rechtszustand. Es ließ alle Aktiengesellschaften, auch wenn der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften bestand, als Handelsgesellschaften gelten und unterstellte sie damit dem Reichsrecht. Kaum war das Gesetz publicirt, so wurde die Frage aufgeworfen, ob die von demselben aufgestellten Normativbedingungen prohibitive Natur hätten, oder ob nicht vielmehr auch alle anderen aktienartigen Vereine noch immer neben dem Gesetz bestehen könnten, soweit dies nach dem sonstigen außerhalb des Gesetzes liegenden Societätsrecht an sich zulässig sei. Die Frage wurde in dem letzteren Sinn entschieden.⁴⁾ Als wesentlicher Grund wurde eigentlich nur angegeben, daß, weil das Gesetz ein diesbezügliches Verbot nicht ausspreche, ein solches auch nicht zu unterstellen sei. Den so geretteten landesrechtlichen Aktienvereinen wurde nur die Eigenschaft von Aktiengesellschaften im Sinne des Aktiengesetzes und das Privileg solcher abgesprochen, zugleich auch in Zweifel gezogen, ob dieselben sich den Namen Aktiengesellschaften beilegen

4) So hauptsächlich Endemann, Das Bundesgesetz . . . vom 11. Juni 1870 S. 5 ff., 26 f.; vgl. Nuerbach, Das Aktienwesen S. 43.

dürften. Insbesondere wurde dabei auf die Turn-, Sängers-, Künstler-, Kasinovereine hingewiesen, welche z. B. um ein Haus zu besitzen die aktienartige Kapitalbetheiligung benützten, obgleich bei der Verathung des Gesetzes im Reichstage gerade auf diese mehrfach im entgegengesetzten Sinn exemplificirt worden war.⁵⁾ Diese Deduktion scheint damals wenig Anklang gefunden zu haben. Die Kritik wies zutreffend darauf hin, daß nicht Name oder Privileg durch das Gesetz an die Beobachtung der Normativbedingungen geknüpft, daß vielmehr von dieser die Essentialien des juristischen Begriffes der Aktiengesellschaft abhängig gemacht worden seien und daß es nach dem Zwecke des Gesetzes außerhalb desselben für Aktiengesellschaften keine Rechtsätze, also auch keine juristische Lebensluft gebe. Allerdings wurde auch hier die Einschränkung beliebt, daß, „wenn ein Turnverein, Gesangsverein, Reitverein ein Kapital zusammenbringe, um eine Turnhalle zu bauen, Musikalien anzuschaffen, ein Pferderennen zu veranstalten und die einzelnen Beiträge resp. die darüber ausgestellten Quittungen als Aktien bezeichne, dieser Name wohl schwerlich weder das Publikum noch die Gerichte veranlassen würde, einen solchen Verein für eine Aktiengesellschaft anzusehen.“⁶⁾ Bei der Entstehung des Aktiengesetzes vom 18. Juli 1884 spielten wieder die kleinen Vereine eine große Rolle. Der Entwurf erfand die Aktiengesellschaften für ein gemeinnütziges Unternehmen. Die Begründung benannte als solche: untergeordnete Eisenbahnen, Kanäle, Straßen und sonstige Verkehrsverbindungen, Gas-, Wasser-, Bade-, Waschanstalten.⁷⁾ In der Reichstagskommission wurden die Kleinaktien, deren Uebertragung an die Einwilligung der Gesellschaft gebunden ist, geschaffen und diese Aktienform als „be-

5) Stenographische Berichte des Reichstags 1870 S. 1070, 1071.

6) Laband in Goldschmidts Zeitschrift Bd. 16 S. 276 ff.; vgl. Keyßner, Die Aktiengesellschaften S. 105 ff.; Prümker in Endemanns Handbuch Bd. 1 S. 524.

7) Begründung zum ersten Entwurfe S. 102, zum zweiten Entwurfe S. 66 der Heymannschen Ausgaben.

sonders für Casinos und ähnliche auf einen engeren Kreis berechnete Gesellschaften geeignet“ erklärt.⁸⁾ Bei der parlamentarischen Berathung unterstellte man wieder der Bestimmung über die gemeinnützigen Gesellschaften: „Zeitungen, Casinos, zoologische Gärten und dergleichen.“⁹⁾ So gewannen die Verkehrsgestaltungen, von welchen anfänglich behauptet worden war, daß sie dem Aktienrecht überhaupt nicht unterfielen, diesem Recht allmählig eine besonders privilegierte Aktiengesellschaftsform ab. Hiermit wurde aber zugleich die Ansicht, als könnten sich außerhalb des Reichsgesetzes Gesellschaften mit den Merkmalen einer Aktiengesellschaft bilden, auf das Nachdrücklichste reprobirt. In der That hat sich der Verkehr diesem Zwang unterworfen. Erst neuerlich gelangten Aktiengesellschaften zur Eintragung, welche die Erwerbung und Unterhaltung eines Hauses für Krankenpflegerinnen, die Förderung von Unternehmungen zur Unterstützung Hülfbedürftiger, die Verbreitung lebendigen Christenthums und Darbietung eines Erbauungsortes, die Fürsorge für Diensthoten, für katholische Gesellen und Handwerker, die Beschaffung und Bewirthschaftung von Versammlungs- und Restaurationslokalen für Katholiken, die Errichtung eines Schießstandes, die Herstellung von Studentenkneipen zc. zum Gegenstand haben.¹⁰⁾

Wirklich umfaßt das Aktiengesetz mangels jeder eine Ausnahme zulassenden oder sie voraussetzenden Vorschrift sicherlich alle privatrechtlichen Vereinigungen, welche die reichsrechtlich normirten Merkmale der Aktiengesellschaft tragen, mag der Unternehmungszweck die wirthschaftlichen Interessen der Mitglieder betreffen, mag er sich, wie bei den geselligen Vereinen, auf die geistigen Privatinteressen derselben beziehen. Ist von einer unter einem gewählten Namen selbständig auftretenden Vereinigung mehrerer Personen ein in einer bestimmten Geldsumme ausgedrücktes Einlagecapital festgesetzt,

8) Bericht der Kommission S. 3.

9) Porßch in den Stenogr. Berichten S. 960.

10) Central-Handels-Register von 1885 Nr. 182, 227, von 1886 Nr. 58B, 65B, 304B, von 1887 Nr. 27A, 87A, 120, 141B zc.

dessen Deckung durch Leistungen oder Verpflichtungen der Genossen die Grundlage der Vereinigungsexistenz sein soll, ist dies Einlagekapital in eine feste Anzahl von Theilen (Aktien) zerlegt, welche folgerichtig wieder auf eine bestimmte Geldsumme lauten und deren vollständige Uebernahme durch die Genossen je nach dem Maße der Uebernahme die Beitragspflicht der Einzelnen und deren Betheiligung an der Vereinigung bestimmen soll, ist endlich die ausschließliche vermögensrechtliche Betheiligung der sämtlichen Genossen mit Einlagen, unter Ausschluß persönlicher Verbindlichkeit derselben für die Gesellschaftsschulden und unter Statuierung alleiniger Haftung des Vermögens der Vereinigung vorgeschrieben, so tritt eben dasjenige Gebilde in die Rechtsercheinung, welches reichsrechtlich als Aktiengesellschaft verstanden wird. Unterläßt solche Vereinigung nach Ueberwindung des Verdeprozesses die registriermäßige Eintragung, so besteht sie vor dem Rechte nicht, so haften die in ihrem Namen Handelnden persönlich und solidarisch, so sind die etwa ausgegebenen Aktien oder Interimscheine nichtig und die Ausgeber von solchen den Besitzern für allen durch die Ausgabe verursachten Schaden verpflichtet. Durchaus zutreffend legte, als im Jahre 1868 die Frage angeregt wurde, ob sich die Renten- und Lebensversicherungs-Anstalt zu Darmstadt als eine Aktiengesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuchs darstellte, ein Gutachter das entscheidende Gewicht darauf, daß sie nicht die charakteristischen Merkmale der Aktiengesellschaft des Handelsgesetzbuchs trüge, indem er ohne Weiteres davon ausging, daß sie anderen Falles hinsichtlich ihrer organischen Einrichtungen und der sonstigen Gesellschaftsangelegenheiten den einschlägigen Bestimmungen dieses Gesetzbuchs unterfallen würde.¹¹⁾ Ebenso ist es wohl bedacht, wenn das Brasilianische Gesetz vom 4. November 1882, betreffend die Errichtung der anonymen Kompagnien und Gesellschaften, Artikel 34, sagt: „Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind nicht anwendbar auf die gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften, noch auf die literarischen,

11) Reuling in Goldschmidts Zeitschrift Bd. 13 S. 167 ff.

wissenschaftlichen, politischen und Wohlthätigkeitsgesellschaften, welche die anonyme Form nicht angenommen haben. Diese Gesellschaften können ohne Ermächtigung der Regierung gebildet werden und werden nach dem gemeinen Recht geregelt.“¹²⁾

Kann auf dem Gebiete der rein privatrechtlichen Vereinigungen hiernach nicht wohl ein Zweifel über die Ausschließlichkeit der Aktiengesellschaften des Reichsaktiengesetzes aufkommen, so verhält es sich freilich anders, sobald das Feld der öffentlich-rechtlichen Korporationen betreten wird. Hier scheint der Schluß möglich, daß, weil das Aktiengesetz als Theil des Handelsgesetzbuchs nur Institute des Privatrechts regelt, das Gebiet der öffentlich-rechtlichen Korporationen seiner Wirkungskraft völlig entzogen sei und daß um deswillen die Bildung solcher Korporationen außerhalb des Reichsaktiengesetzes und diesem entgegen nach Landesrecht freistehe. Dieser Erwägung muß und soll nach den von berufener Seite gemachten Andeutungen die Verleihung der Korporationsrechte an die verschiedenen Kolonialgesellschaften entspringen sein.¹³⁾ Denn daß zum Wenigsten, abgesehen von der in der Bildung begriffenen Deutschen Witu-Gesellschaft, die Deutsche Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika und die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft einerseits die Merkmale der Aktiengesellschaft aufweisen, andererseits den Vorschriften des Aktiengesetzes in der verschiedensten Richtung nicht gerecht werden, kann nicht wohl zweifelhaft sein. Beide treten als selbständige Personen unter einem statutarischen Namen in die Erscheinung, beide weisen ein bis zur Statutenänderung festes Grundkapital auf, welches durch Uebernahme gedeckt ist, bei beiden ist jede Einlage auf eine bestimmte Summe festgesetzt, giebt der Erwerb der Rechte aus einer Einlage jedenfalls grundsätzlich das Mitgliedschaftsrecht, haftet kein Mitglied für die Schulden

12) Borchardt, Die... Handelsgesetze des Erdballs Bd. 1 2. Aufl. S. 686.

13) Vortrag des Wirklichen Legationsraths Dr. Kayser in der Juristischen Gesellschaft zu Berlin vom 16. April 1887.

der Gesellschaft, für welche vielmehr das Gesellschaftsvermögen allein einsteht. Die Bestimmungen, welche gegen diese Charakterisirung anzuführen wären, wie die Gewährung von Freitheilen und der Ehrenmitgliedschaft, wie insbesondere bei der Südwest-Afrikanischen und Witu-Gesellschaft die Bestimmung des § 3 bezw. 4, daß die Verleihung der Mitgliedschaft erfolgen kann, nicht muß, sofern Personen dieselbe auf Grund des Erwerbs der aus einer Einlage erwachsenden Rechte nachsuchen und die entsprechenden Bestimmungen des § 4 bezw. 5 erscheinen mehr als Ornamente, welche die nackte Rechtslage nicht verdecken können. Insbesondere ist die letztangeführte Bestimmung um so bedeutungsloser, als die Einlage, nicht die Mitgliedschaft, das so wesentliche Recht auf Gewinnantheil gewährt.

Nicht die nämliche Gleichwerthung der neuen Gesellschaften mit denen des Aktienrechts kann freilich für die Neu Guinea Compagnie vertreten werden. Dieselbe ist nicht auf ein bis zur Statuten-Änderung bestimmtes Grundkapital fundirt und konnte dies nicht werden. Denn die beitragspflichtigen Mitglieder sind ohne jede Beschränkung verbunden, die zur Erfüllung der Schuldverbindlichkeiten der Compagnie, sowie zur Verwaltung und zum Betriebe des Unternehmens erforderlichen Mittel aufzubringen. Besteht auch diese Haftung unbedingt nur auf Höhe von 5000 Mark, so ist doch das Mitglied auch für das Mehr an sich theilmäßig verpflichtet und bei Säumniß nur befugt, deren Folgen durch Abandon vorzubeugen. Die auf dieser Basis errichtete Gesellschaft ist bei solcher grundsätzlichen Abweichung von den Prinzipien des Aktienrechts selbst beim Vorhandensein aller übrigen Merkmale einer Aktiengesellschaft und bei wirtschaftlicher Ähnlichkeit mit den sonstigen Kolonialgesellschaften rechtlich so wenig eine Aktiengesellschaft, wie es ihr Vorbild, die Gewerkschaft, ist. Durch ihre Errichtung sind um deswillen Bestimmungen des Aktiengesetzes jedenfalls nicht verletzt.

Einen eigenen, allerdings wohl durch die ältere Gestaltung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft vorgezeigten Weg hat

die nicht mit Korporationsrechten ausgestattete Deutsch-Westafrikanische Compagnie Dr. A. Behlcke & Brueckner zu Berlin betreten. Die in der Firma genannten Personen bilden eine offene Handelsgesellschaft, stellen jedoch zugleich mit noch einem Mitgliede den „geschäftsführenden Vorstand“ der Gesellschaft dar. Alle anderen Mitglieder sind stille Gesellschafter mit 500 Mark Einlage, über welche ein ohne Zustimmung des geschäftsführenden Vorstands nicht übertragbarer Antheilschein auf Namen ausgestellt ist. Außerdem existiren Genußscheine zu 50 Mark, welche Antheil am Gewinne geben. Neben dem geschäftsführenden Vorstande zur Besorgung der laufenden Geschäfte besteht ein Gesamtvorstand von 5—15 Mitgliedern, welchem die beiden offenen Gesellschafter angehören. Vertreten wird die Gesellschaft nach innen und außen durch die offenen Gesellschafter, welche aber an die Beschlüsse der Generalversammlung gebunden sind. Der Gesamtvorstand tagt in ordentlicher Sitzung vierteljährlich einmal, die Generalversammlung innerhalb dreier Monate nach Schluß des Geschäftsjahres. Ihrer Beschlußfassung vermittelt absoluter Stimmenmehrheit unterliegen die Genehmigung der Jahresrechnung, die Feststellung des Haushaltsplanes, die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs, die Bestimmung über das Gesellschaftskapital, die Höhe der Beiträge und etwaige Anleihen, die Neuwahl des Vorstands und eines Prüfungsausschusses für die Jahresrechnung, und — mit qualifizirter Mehrheit — die Abänderung und Ergänzung des Statuts sowie die Auflösung der Gesellschaft und die Verwendung ihres Vermögens. Außerordentliche Generalversammlungen finden nach der Entschliezung des Vorstands und auf Antrag eines Drittels der Mitglieder statt (Statut vom 28. März 1887). Was hier in die Erscheinung tritt, ist wieder eine neue Gesellschaftsform, die dem Handelsgesetzbuch unbekannte stille Gesellschaft auf Aktien.

In der That möchte es nun scheinen, als seien wenigstens die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und die Neu Guinea Compagnie öffentlich-rechtliche Korporationen. In den genehmigten Statuten beider wird mit als Zweck der Gesellschaft

Ring, Kolonialgesellschaften.

aufgeführt, „die ihr unter der Oberhoheit Sr. Majestät des Kaisers übertragenen Rechte der Landeshoheit auszuüben und die dazu erforderlichen staatlichen Einrichtungen zu treffen und zu erhalten“, wird ferner eine weitgehende Aufsicht über die Geschäftsführung der Kompagnie durch den Reichskanzler statuiert und ist für die Aenderung des Statuts und die Auflösung der Gesellschaft noch obenein die landesherrliche Genehmigung vorbehalten. Trotzdem ist der Zweifel, ob hier eine öffentliche Korporation vorliegt, nicht so ohne Weiteres als unberechtigt abzuweisen. Es kommt vielmehr auch in diesem Falle lediglich darauf an, was unter der öffentlichen Korporation zu verstehen ist, eine Frage, auf welche es fast so viel verschiedene Antworten als Beantwortende giebt. Die wohlfeile Folgerung, daß das Preussische Landrecht als Korporationen nur solche vom Staate genehmigte Gesellschaften kenne, welche sich zu einem fortdauernden gemeinnützigen Zwecke verbunden hätten, und daß um deswillen jede preussische Korporation eine öffentliche sei, wäre Nichts als eine *petitio principii*. Denn es handelt sich ja gerade darum, ob die Verleihung der Korporationsrechte hier innerlich nach dem Wesen der Vereinigung gerechtfertigt war. Wer freilich die inneren Verhältnisse der Vereinigung bei der Erwägung der Öffentlichkeit gänzlich ausscheldet, und lediglich die Beziehungen der korporativen Erscheinung als solcher zum Staate beachtet, wird den hier fraglichen Kompagnien die öffentliche Natur zubilligen müssen. Die Kompagnie als solche ist, wie es Rosin und E. Mayer fordern, dem Staat kraft öffentlichen Rechts zur Erfüllung ihres Zweckes verbunden. Allein diese Theorie ist weder unanfechtbar, noch insbesondere allgemein anerkannt. Wer von ihr unbeirrt mit der älteren herrschenden Ansicht daran festhält, daß die öffentliche Korporation sich durch die potenzierte, obrigkeitliche Gewalt des Verbandes gegenüber seinen Gliedern offenbart, wird bei den fraglichen Korporationen vergebens dieses Merkmal suchen. Denn das Sozialrecht der Kompagnien steht rein auf dem Boden des Privatrechts. Es muß hier scharf geschieden werden zwischen der Gemeinschaft, welche die

der Herrschaft der Kompagnie unterstellten Völker ausmachen, und jener, welche nur die Mitglieder der Kompagnie umfaßt. Ueßt über die erstere die Kompagnie öffentliche Gewalt im Sinne des europäischen Staatsrechts, so fehlt doch jeder Anhalt, die Machtbethätigung der Kolonialgesellschaft gegenüber ihren Mitgliedern als Ausübung einer öffentlichen, obrigkeitlichen Gewalt aufzufassen und konsequent den statutarischen Normen die Eigenschaft von Gesetzen beizumessen, sowie die Mitglieder des Vorstands, des Verwaltungsraths als solche zu Trägern öffentlicher Funktionen zu stempeln. Wer wieder anders den Maßstab anlegt, daß die öffentliche Körperschaft ein Glied des Staats- und Verwaltungsorganismus sein müsse, mag sich abermals entgegenhalten lassen, daß diese organische Verbindung mit dem Staatsganzen höchstens hinsichtlich der der Herrschaft der Kompagnie unterstellten Volksgemeinschaft besteht. Wer weiter das Kennzeichen der öffentlichen Korporation in Privilegien und Vorrechten der Körperschaft, insbesondere solchen gegen die Mitglieder erblickt, wer den staatlichen Zwang zum Beitritt oder den staatlichen Zwang zur Annahme von Mitgliedern, welche den gesetzlichen Erfordernissen genügen, als entscheidend ansieht, wer in Anlehnung an die Lehre von der Machtsteigerung der öffentlichen Korporationen den Verwaltungszwang gegen widerspenstige Mitglieder, den Ausschluß des Rechtsweges bei Streitigkeiten zwischen Körper und Gliedern für durchgreifend hält, wird sich bei den neuen Kompagnien umsonst nach den Symptomen seiner Theorie umblicken. Wer endlich das Kriterium der öffentlichen Korporation in der Gemeinnützigkeit schlechthin erblickt, steht der Frage nach dem Wesen der Gemeinnützigkeit überhaupt und insbesondere derjenigen gegenüber, ob den hier vorliegenden Kompagnien, welche schließlich private Erwerbszwecke verfolgen, dieses Prädikat beizulegen ist. Das Gleiche gilt von einer Lehre, welche bei jeder Korporation die privat- und die öffentlich-rechtliche Seite untersucht und als öffentliche nur solche erklärt, bei welcher die öffentlichen Rechte und Pflichten im Vordergrunde stehen und für deren Wirksamkeit die ihnen verliehene Rechtsfähigkeit auf

dem Gebiete des Privatrechts nur sekundäre Bedeutung besitzt.¹⁴⁾ Der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und der Neu Guinea Compagnie ist offenbar die Ausübung der Hoheitsrechte nicht Selbstzweck, sondern lediglich eines der Mittel, ohne welche sie ihren Erwerbszweck nach den obwaltenden Umständen nicht verfolgen können.

So lange der Begriff der öffentlichen und privaten Korporation auf so schwankem Boden steht, kann derselbe von Seiten der Landesgesetzgebung nicht zur Entscheidung der Frage herangezogen werden, ob eine Korporation, weil sie sich als öffentliche darstellt, den Bestimmungen eines angeblich nur Beziehungen des Privatrechts regelnden Reichsgesetzes unterfällt. Mit dem nämlichen Zug könnte das Landesrecht die Eisenbahnaktiengesellschaft jeder bisherigen Rechtsübung zuwider den Vorschriften des Aktiengesetzes entziehen, weil solche Gesellschaft nach einer oder der anderen unter den erwähnten Theorien zu den öffentlichen Korporationen zu zählen wäre, wie sie in der That auch dazu gezählt worden ist.¹⁵⁾

Sind diese Bedenken schon für die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und die Neu Guinea Compagnie berechtigt, so treffen sie noch mehr die deutsche Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika und die in der Entstehung begriffene Deutsche Witu-Gesellschaft, welche nach einem Rundschreiben des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg vom Februar 1887 begründete Hoffnung auf staatliche Verleihung der Korporationsrechte hegt. In dem ersteren ist allerdings als Zweck der Gesellschaft mit bezeichnet: „die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte zu übernehmen, so weit solche der Gesellschaft für ihre Gebiete über-

14) Vgl. über alle diese Theorien: Rosin, Das Recht der öffentlichen Genossenschaft 1886, bes. S. 1 ff. und seitdem Löning in Schmollers Jahrbüchern Jahrg. 11 S. 561 ff.; Ernst Mayer in der Kritischen Vierteljahresschrift Bd. 28 S. 455 ff.; Gierke, Die Genossenschaftstheorie 2c. S. 155 ff.

15) Mayer a. a. D. S. 465 gegen Rosin a. a. D. S. 22; Gierke a. a. D. S. 163; Eger, Handbuch des Preussischen Eisenbahnrechts S. 232 ff.

tragen werden.“ Eine solche Uebertragung hat aber bisher seitens des Reiches nicht stattgefunden. In dem Statutentwurfe der Deutschen Witu-Gesellschaft ist nur davon die Rede, daß die Gesellschaft „die von ihr vertragsmäßig erworbenen Hoheitsrechte im Gebiete von Witu auszuüben, die hierzu erforderlichen Verwaltungs- und sonstigen Einrichtungen zu treffen und zu erhalten“ bezwecke — ein Ziel, welches lediglich auf die seiner Zeit erfolgte Uebertragung dieser Hoheitsrechte seitens des Sultans Achmed an den Rechtsvorgänger der Gesellschaft Clemens Denhardt hinzuweisen scheint.¹⁶⁾

Selbst wenn aber die Frage, ob die erwähnten Gesellschaften öffentlich-rechtliche Korporationen darstellen, bejaht werden dürfte, so ist damit die weitere, ob diese Gesellschaften dem Aktiengesetz unterfallen, noch keineswegs im verneinenden Sinn entschieden. Es darf niemals vergessen werden, daß es Kolonialgesellschaften waren, welche das Aktienprinzip überhaupt zeitigten, Kolonialgesellschaften von größtentheils viel weitergehender öffentlicher Natur, als die neuen des deutschen Reiches. Schon die ältesten Aktiengesellschaften, über welche die Forschungen von Hopf und Heyd¹⁷⁾ zu wenig berücksichtigte Aufschlüsse geben, die gemessischen *maonae*, insbesondere die von Chios aus den Jahren 1346 und 1362 und diejenigen von Cypern aus den Jahren 1373 und 1403, waren Kolonialgesellschaften im größten Style, die einen wie die anderen beginnend mit der Ausrüstung einer Flotte von 29 bezw. 43 Galeeren zur Eroberung der Länder, mit deren Ausnützung sie sich später befaßten.¹⁸⁾ Für den Maßstab ihres Betriebs sei angeführt, daß die unter dem Namen der *Ginustiniani* bestehende Aktiengesellschaft zur Ausbeutung von Chios und Rhodäa vom Jahre 1362 noch zur Zeit des Niedergangs

16) „Informationen über Deutsch Witu-Land“ S. 16.

17) Hopf in Ersch u. Gruber, *Encyclopaedie* I. Th. 68 s. v. *Ginustiniani* S. 314 ff.; Heyd, *Geschichte des Levante-Handels im Mittelalter*, bes. Bd. II. S. 273, 274 f., 277 ff., 289 f., 313, 320, 334 f., 408 ff., 422.

18) Hopf a. a. D. S. 314; Heyd a. a. D. Bd. II. S. 408.

im sechzehnten Jahrhundert auf jede der ursprünglichen 13 Aktien (duodena) 2000 Goldgulden, zur Zeit der Blüthe aber wohl das Zehnfache jährlich vertheilte¹⁹⁾ und daß für die später mit der genuesischen Georgsbank fusionirte alte maona zur Eroberung Cyperns, bei welcher jeder Aktionär nach der Höhe seiner Einlage am Siegesgewinn theilhaftig war, von dem überwundenen König von Cypern 2 012 400 Goldgulden als Kriegsschädigung ausgesetzt werden mußten.²⁰⁾ Goldschmidt hat bereits gelegentlich darauf hingewiesen, daß die maona von Chios die überraschendste Aehnlichkeit mit den späteren großen Kolonialkompagnien Hollands und Englands zeigte.²¹⁾ Auch die gemeinhin, wenngleich zu Unrecht, als älteste Aktiengesellschaft bezeichnete genuesische Staatsgläubiger-gesellschaft Ufficio di S. Giorgio vom Jahre 1407 stand keineswegs außer Beziehungen zu Kolonialverhältnissen. Dieselbe war vielmehr schon als Nachfolgerin einer Staatsgläubiger-gesellschaft der Krim mit den genuesischen Kolonien am Pontus befaßt, erhielt im Jahre 1447 von der Regierung die Kolonie auf Cypern²²⁾ und im Jahre 1453 sämtliche Besitzungen am schwarzen Meere mit dem Rechte der Gesetzgebung, Beamtenbestellung, Gerichtsbarkeit abgetreten — ein Erwerb, welcher sie nach der anziehenden Darstellung Heyds in die mannigfachsten politischen Verwickelungen brachte.²³⁾

Wird indessen selbst von diesen ältesten Unternehmungen abgesehen, so ist doch niemals zu verkennen, daß es die großen, mit weitgehendsten Regierungsrechten und Monopolen ausgestatteten Handelskompagnien Hollands und Englands aus dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts waren, welche das Aktienprinzip popularisirten, ihm zuerst die damalige Kulturwelt voll erschlossen. Gesellschaft auf Gesellschaft folgte ihrem Vorbilde: Frankreich, Dänemark, Schweden, Spanien, Portugal,

19) Hoppf a. a. D. S. 330.

20) Heyd a. a. D. Bd. II. S. 408.

21) Kritik über Lastig in Goldschmidts Zeitschrift Bd. 23 S. 312.

22) Heyd a. a. D. Bd. II. S. 422.

23) Heyd a. a. D. Bd. II. S. 383 ff.

auch Deutschland gründeten ihre ersten Aktiengesellschaften für überseeischen Handel.²⁴⁾ Und wieder war es eine jener großen Handelskompagnien, die berühmte Mississippigesellschaft des Jahres 1717, welche die Inhaberaktie schuf und damit der Aktie den freien Markt gewann. In jenen mächtigen regierenden Handelskompagnien feierte das Aktienwesen seine ersten und zugleich für alle Zeiten größten Triumphe, erlitt es freilich auch seine empfindlichsten Niederlagen: ihnen entnahmen Anhänger wie Gegner die Gründe für und wider das Institut überhaupt. So ist es natürlich, daß noch den älteren deutschen Schriftstellern, welche am Ende des vorigen und am Anfange dieses Jahrhunderts die handelsrechtlichen Studien wieder belebten — zu einer Zeit, wo die Errichtung der Gesellschaften für überseeischen Handel noch keineswegs völlig abgeschlossen war — jene großen Handelskompagnien gerade als die Typen der Aktiengesellschaften erschienen.²⁵⁾ Büsch (1728—1800) handelt von den Aktiengesellschaften als öffentlichen Handlungskompagnien, unter welchen er die Kolonial- und die Affekurationsgesellschaften besonders hervorhebt. Er will, offenbar unter Adam Smiths Einfluß, es verhüten wissen, daß den Kompagnien Kolonien untergeben werden und daß dieselben Land und Leute mit oberherrlicher Gewalt regieren.²⁶⁾ Ebenso führt Martens (1756—1821) als typische Aktiengesellschaften diejenigen auf, welche: „der Betreibung des Handels in entfernte Länder, z. B. Indien, zum Theil auch für einzelne Hilfsgeschäfte des Handels, z. B. Affecuranz errichtet und durch obrigkeitlich von Zeit zu Zeit ertheilte Octröys bestätigt und privilegiert“ sind und setzt ihnen, den „großen Handelsgesellschaften“ als Privathandelsgesellschaften, die offene, die Kommandit- und

24) Vgl. besonders Savary, Dictionnaire Universel de commerce in der Kopenhagener Ausgabe Bd. V. (1765) S. 1561 bis 1696.

25) Vgl. für die ältere Auffassung auch Buchholz, De jure belli societatis mercatoriae majoris privilegiatae, Halle 1751 S. 7 f.

26) J. G. Büsch, Theoretisch-praktische Darstellung der Handlung. 3. Ausg. Bd. 1 S. 234 ff., Bd. 2 S. 316 ff.

stille Gesellschaft gegenüber.²⁷⁾ Ganz auf demselben Standpunkt befindet sich Heise (1778—1851), welcher bemerkt, daß die erste derartige Gesellschaft die Holländisch-Indische Kompagnie gewesen sei, daß sich ihr weitere Gesellschaften zur Betreibung des ost- und westindischen Handels nachgebildet hätten, daß später aber für manche andere Arten von Handelsgeschäften ähnliche Gesellschaften entstanden seien.²⁸⁾ Noch Thöl bemerkt in den älteren Auflagen seines Handelsrechts: „Zu den Aktiengesellschaften gehören die großen Handelsgesellschaften, die öffentlichen Handelskompagnien, mit großen Vorrechten versehen, um die Entstehung und das Gedeihen des Handels nach bestimmten geographischen Richtungen hin zu befördern.“²⁹⁾

Daß von jenen älteren Schriftstellern zur Zeit des endemoniarchischen Polizeistaats, in welchem die Verleihung der juristischen Persönlichkeit die Uebertragung eines Theils des alle gemeinen Interessen umspannenden Staatszwecks zur Verwirklichung durch staatliche Mittel bedeutete, den oktroyierten und mittels des Oktrois mit Körperschaft ausgestatteten Gesellschaften der öffentliche Charakter zugesprochen wurde, war wohlberechtigt.³⁰⁾ Allein diese unterschiedslos öffentlichen Körperschaften — oder wenn man will Staatsanstalten — sind es, welche eine allmälige Gesetzgebung schlechtthin einerseits von den Fesseln des regellosten Oktrois und später der auf festerer Basis ruhenden Staatsgenehmigung befreite, andererseits in die leichteren Bande der Erfüllung genereller Normativbedingungen legte. Das mit der Auffassung der Aktiengesellschaften als öffentlichen Körperschaften eng verknüpfte System des Oktrois, der Schaffung einzelner Aktiengesellschaften durch

27) G. F. v. Martens, Grundriß des Handelsrechts §§. 20 ff. (Abdruck bei Morstadt, Commentar über das Handelsrecht S. 57 ff.)

28) Heise's Handelsrecht S. 66 f.

29) Thöl, das Handelsrecht 1. Bd. 3. Aufl. 1854 S. 198.

30) Charakteristisch ist auch der Vergleich der Entstehung des Staates mit derjenigen von Aktiengesellschaften, wie ihn die staatsrechtlichen Autoren des vorigen Jahrhunderts liebten. Vgl. v. Spittler, Vorlesungen über Politik S. 51, 75 ff.

staatliche Entschließung ohne Anerkennung der Aktiengesellschaft als einer eigenen und allgemeinen Rechtsform herrschte in Deutschland wesentlich bis fast zur Hälfte dieses Jahrhunderts. Erst als der weiterdrängende Verkehr Gesellschaft auf Gesellschaft nach eigenthümlichen und unter sich ähnlichen Prinzipien schuf, als namentlich die Verbreitung der Eisenbahnen bei im Ganzen gleichförmigen Voraussetzungen auch allgemeine Rechtsätze für die dieselben betreibenden Gesellschaften erheischte, entschloß sich Preußen dazu, zunächst in dem Gesetz vom 3. November 1838 das Recht der Eisenbahnaktiengesellschaften, sodann in dem Gesetz vom 9. November 1843 das Recht aller Aktiengesellschaften zu regeln. Allein der Gedanke von der Gleichwerthung der Aktiengesellschaft und der öffentlichen Korporation war damit keineswegs überwunden. Beeinflußt von der obrigkeitlichen Staatsidee, welche die ersten Aktiengesellschaften, zumal in Preußen, beherrschte, beeinflusst von dem Rechte des code, welcher in Würdigung der entsprechenden historischen Entwicklung der französischen Aktiengesellschaften deren öffentlichen Charakter scharf hervorkehrte, erklärte das Preussische Recht nach wie vor die nunmehr gesetzlich geregelten Aktiengesellschaften als an staatliche Genehmigung gebunden, von staatlicher Aufsicht abhängig. Folgerichtig legte denn auch das Gesetz vom 3. November 1838 §. 3 der Gesellschaft mit Bestätigung des Statuts „die Rechte einer Korporation oder einer anonymen Gesellschaft“, legte das Gesetz vom 9. November 1843 §. 8 der landesherrlich genehmigten Gesellschaft „die Eigenschaft juristischer Personen“ und damit, gemäß der Grundauffassung des Preussischen Rechts von den Korporationen, öffentliche Natur bei. Allerdings begann sich auch bereits zu dieser Zeit die Idee von der Auffassung der Aktiengesellschaft als Privatkörperschaft zu regen. Schon im Jahre 1828 bemerkte Böhlz, daß die Aktiengesellschaften „sowohl öffentliche, welche unter der Autorität der Regierung errichtet werden als Privatcompagnien, die allein durch sich selbst errichtet werden und bestehen, sein“ könnten.³¹⁾ Bei späteren Schrift-

31) M. Böhlz, Darstellung des . . . Handelsrechts Bd. 1 S. 224.

stellern kehrt diese Unterscheidung mehrfach wieder.³²⁾ Allein die nicht staatlich genehmigte Gesellschaft hatte noch keinen nennenswerthen Rechtsboden. In den älteren Gesetzen deutscher und außerdeutscher Staaten wurde an dem Erfordernisse staatlicher Genehmigung, sei es für Aktiengesellschaften überhaupt, sei es für Handelsaktiengesellschaften, in verschiedener Abstufung festgehalten, so namentlich in dem Oesterreichischen Vereinsgesetze von 1852, in den Handelsgesetzen von Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Serbien, Spanien, der Türkei, den Mittel- und Südamerikanischen Staaten, sowie in Dänischen, Russischen, Schwedischen und Schweizer-Kantonal-Gesetzen. Noch zur Zeit der Fertigstellung des Deutschen Handelsgesetzbuches war, soweit bekannt, nur in England, Ungarn und Hamburg die ungenehmigte Aktiengesellschaft gesetzlich anerkannt. Jenen älteren Standpunkt hielt aber vor Allem das Deutsche Handelsgesetzbuch selbst nach dem Vorgange des Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs für Deutschland, des Württembergischen, Oesterreichischen und besonders des maßgebenden Preussischen Entwurfs inne, trotz der energischen Abwehr seitens der Hamburgischen Abgeordneten. Staatliche Genehmigung der Errichtung der Aktiengesellschaft, ihrer Fortsetzung, ihrer Statutenänderung, ihrer Fusion und der theilweisen Rückzahlung des Grundkapitals, staatlicher Zwang zur Auflösung bei Verlust der Hälfte des Grundkapitals sind die allerdings durch Landesgesetz abänderlichen Normen, welche dieser Auffassung gerecht wurden. Und wieder wurde von jenem durch Hamburg erzwungenen Vorbehalt der Befreiung nur ein geringer Gebrauch gemacht; lediglich die Hansestädte, Oldenburg und später Sachsen, sowie im beschränkten Umfange Baden und Württemberg nützten denselben aus. Umgekehrt erfuhr das Recht der staatlichen Einwirkung landesgesetzlich weitergehende Anwendung (z. B. Preussisches Einführungs-gesetz, Artikel 12, §§. 4, 5, 7, 8), wie auch die dem Handelsgesetz-

32) Rotteck und Welcker, Staatslexikon (1834) s. v. Aktiengesellschaft; Gelpcke in seiner Zeitschrift für Handelsrecht 2. Heft (1852) S. 38 f.

buche nicht unterfallenden Civilaktiengesellschaften noch später in Preußen, Braunschweig, Bayern der Staatsgenehmigung ausdrücklich unterstellt wurden.

Kein Wunder also, wenn noch im Jahre 1868 dem ehemaligen Preussischen Obertribunal die Aktiengesellschaft schlecht hin als Verein von „entschieden öffentlichem Charakter“ erschien, wenn sie von diesem höchsten Gerichtshof auf eine Stufe mit der Stadt- und Kirchengemeinde gestellt wurde.³³⁾ Möchte diese Auffassung auch in einer Periode, in welcher der moderne Rechtsstaat bereits über den obrigkeitlichen Polizeistaat gesiegt hatte und in welcher deshalb nicht jede Körperschaft mehr schlecht hin als öffentliche erscheinen konnte, vielleicht verfehlt sein, so ist sie doch in Ansehung der historischen Entwicklung des Rechtsinstituts mindestens sehr verzeihlich.³⁴⁾

Das System der staatlichen Genehmigung und Beaufsichtigung ist endlich demjenigen der Normativbedingungen gewichen. Das Gesetz vom 11. Juni 1870, welches dieselben inaugurierte, sollte nach seinen Motiven durch sie „einen geeigneten Ersatz . . . schaffen für diejenige Fürsorge, welche bisher in der Form von Konzessionsbedingungen bei der staatlichen Prüfung und Feststellung des einzelnen Statuts geübt“ worden war.³⁵⁾ Dem Gesetze lag es fern, einzelne Klassen von Aktiengesellschaften wegen des etwa öffentlich-rechtliche Beziehungen streifenden Gegenstandes ihres Unternehmens von seinen Bestimmungen auszunehmen. Dies ergibt sich klar aus der Vorschrift des §. 3, durch welche die landesgesetzlichen Vorschriften, nach denen der Gegenstand des Unternehmens der staatlichen Genehmigung bedarf und das Unternehmen

33) Striethorst Archiv Bd. 72 S. 235.

34) Die Ausführung des Reichsgerichts in den Entsch. in Civilsachen Bd. 15 S. 230 ff., welche den Antheilen der Berliner Handelsgesellschaft die Eigenschaft als „öffentliche Papiere“ im Sinne des Stempeltarifs vom 7. März 1822 abspricht, ist, sofern sie alle Aktien der genehmigten Aktiengesellschaften unterschiedslos umfassen soll, bei der langdauernden Auffassung dieser letzteren als öffentlicher Korporationen recht bedenklich.

35) Motive S. 17.

der staatlichen Aufsicht unterliegt, aufrecht erhalten sind. Gerade diejenigen Aktiengesellschaften, von welchen es damals zweifelhaft sein konnte, ob sie nicht ihrer Natur nach dem Begriffe der öffentlichen Korporation unterfielen, namentlich die Eisenbahnen und Zettelbanken, sollten nach den Motiven von dieser die Anwendung des Aktiengesetzes voraussetzenden Bestimmung betroffen werden.³⁶⁾ Für die Rechtsauffassung unter der Herrschaft dieses Gesetzes kennzeichnend ist die bei der Berathung des Reichsbankgesetzes abgegebene Erklärung des Präsidenten des Reichskanzleramts, Delbrück. Derselbe äußerte sich auf den im Reichstag angeregten Zweifel, ob die Reichsbank nicht eine Aktiengesellschaft sei, dahin, daß sie dies nicht sein solle. Er bemerkte wörtlich: „Wir haben diese Auffassung festgehalten und haben sie festhalten müssen, weil wir, wenn wir von der entgegengesetzten Unterstellung ausgegangen wären, in der Nothwendigkeit gewesen sein würden, die Reichsbank von dem größten Theil der Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs über Aktiengesellschaften ausdrücklich auszunehmen.“³⁷⁾ Da dem Präsidenten ein Zweifel über die öffentliche Natur der Reichsbank schwerlich aufkommen konnte,³⁸⁾ ist der Schluß gerechtfertigt, daß er auch Aktiengesellschaften von an sich öffentlich-rechtlicher Natur als an das Aktiengesetz gebunden und nur durch Reichsgesetz von ihm löslich betrachtete.

Aber auch noch heut ist die Errungenschaft der Freigebung der Aktiengesellschaften noch weit von allgemeiner, internationaler Anerkennung entfernt. Zwar haben sich seit dem Jahr 1867 große Kulturstaaten zu dem freihetlichen Systeme bekehrt;

36) Motive S. 16.

37) Stenogr. Berichte des Reichstags 1874 S. 1354.

38) Inzwischen hat Laband die Reichsbank für eine juristische Person privatrechtlichen Charakters erklärt. — Das Staatsrecht des Deutschen Reiches Bd. 1 S. 344; f. aber Bd. 2 S. 381, 389; vgl. dagegen Entsch. des Reichsgerichts in Civilsachen Bd. 15 S. 236; Gierke, die Genossenschaftstheorie S. 913; Koch in Buschs Archiv Bd. 33 S. 140 f.; Rosin, das Recht der öffentlichen Genossenschaft S. 50 f.

die Aktiengesellschaft ist nunmehr auch in Belgien, in Frankreich, in Italien, Portugal, der Schweiz, Spanien, Brasilien und Venezuela frei. Aber auch noch neueste Handelsgesetze aus den Jahren 1867—1882, wie diejenigen von Aegypten, Guatemala, Honduras, Nikaragua, Salvador, Uruguay und selbst von Europäischen Staaten das Handelsgesetz von Monaco aus dem Jahre 1877 und das Oesterreichische für Bosnien und die Herzegovina von 1883 weisen unverändert den älteren entgegengesetzten Grundsatz auf.

Hat sich aber die Aktiengesellschaft in dieser Weise nur sehr allmählig von der öffentlichen zur privaten Korporation durchgerungen und sind ihr in Deutschland eben im Hinblick auf ihren ursprünglich öffentlichen Charakter und zum Ersatz für die in demselben begründete Staatsgenehmigung und Staatsaufsicht reichsrechtliche Schranken gesetzt, so ist es durchaus ungerechtfertigt, nun plötzlich eine Klasse jener grundlegenden Aktiengesellschaften, diejenigen von vermeintlich an sich öffentlich-rechtlicher Natur, von dem umfassenden Rechte landesgesetzlich auszuscheiden, dieselben von den allgemeinen Fesseln zu befreien und in besondere zu legen. Die Aktiengesellschaften, welche das Fundament für alles heutige Aktienrecht legten, welche der älteren Wissenschaft als die vornehmsten Typen des Aktienwesens erschienen, sollen jetzt gerade einzig vom Aktienrecht ausgenommen sein! Um die öffentliche Korporation von dem Aktiengesetze zu befreien, hätte es einer ausdrücklichen Bestimmung bedurft, einer Klausel, wie sie sich beispielsweise in dem Schweizerischen Obligationenrecht von 1881 Artikel 613 dahin findet: „Auf Anstalten (Banken, Versicherungsanstalten etc.), welche durch besondere kantonale Gesetze gegründet und unter Mitwirkung öffentlicher Behörden verwaltet werden, kommen, sofern der Staat die subsidiäre Haftung für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft übernimmt, die nachfolgenden Bestimmungen selbst dann nicht zur Anwendung, wenn das erforderliche Kapital ganz oder theilweise in Aktien zerlegt ist und durch Betheiligung von Privatpersonen aufgebracht wird.“

Soll aber insbesondere auf Preußen gerücksichtigt werden, so sind auch dort die Aktiengesellschaften nachweislich mit und sogar hauptsächlich auf der Grundlage der regierenden Welt-handelsgesellschaften emporgewachsen. Die ältesten diesbezüglichen Bestrebungen knüpfen unmittelbar an die Holländisch-Ostindische Kompagnie an. Es war ein Konkurrenzunternehmen gegen diese letztere, welches der große Kurfürst vom Jahre 1647 an vorbereitete, und es war ein mißvergnügter hoher Beamter dieser Kompagnie, der frühere Gouverneur von Amboina, Gysels van Pier, dessen Vorschlägen der Kurfürst hierbei nachgab. Die um jene Zeit projektierte Gesellschaft sollte auf Aktien gegründet werden, zerfiel aber aus Mangel an Betheiligung und in Folge der kriegerischen Ereignisse. Auch ein späteres, im Sande verlaufenes Projekt desselben Herrschers vom Jahre 1660 ab war als Konkurrenz gegen die Holländisch-Ostindische Gesellschaft gedacht, wiederum unter dem Einflusse von Gysels van Pier. Allerdings wurde bei dieser ostasiatischen Gesellschaft ein Zufluß des Privatkapitals nicht im Auge gehalten, vielmehr nur eine Betheiligung des Kaisers, des Königs von Spanien, Hamburgs, Lübecks und einer Anzahl Reichsstände geplant; allein es handelte sich doch immer um ein festes, durch Einlagen aufzubringendes Grundkapital — nach dem hochfliegendsten Plan in Höhe von einer Million Thaler, welche durch Aufsparrung der Dividende in einem Jahr auf vier Millionen (!) anwachsen sollten, nach einem zweiten nüchterneren Programm in Höhe von 300 000 Thalern in 20 Einlagen à fonds perdu zu 15 000 Thalern, eine Summe, die man durch Aufsparrung auf circa sieben Millionen Thaler zu bringen gedachte.³⁹⁾

39) Vgl. E. Heyck, „Brandenburgisch-deutsche Kolonialpläne. Aus den Papieren des Markgrafen Hermann von Baden-Baden“ in der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. N. F. Bd. II. (1887) S. 129 ff. Die betreffenden Aktenstücke sind übrigens großen Theils bereits publicirt von Becker, Politischer Diskurs von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte etc. in der mir vorliegenden Ausgabe von 1673 S. 909 bis 969. Ebenda von S. 970 bis 1271 interessante Aktenstücke über die Versuche des Johann Daniel Krafft behufs Errichtung einer Kaiser-

Die nächste zur Kenntniß gekommene Gesellschaft, die „Handels-Compagnie auf denen Küsten von Guinea“, erscheint zwar nicht als echte Aktiengesellschaft im heutigen Sinne. Gegen solche Klassifikation spricht insbesondere die Eingangsbestimmung des Otkrois vom 7./17. März 1682, nach welcher jedem freistehen soll „ein beliebiges Capital, jedoch nicht weniger als 200 Thaler . . . zur Compagnie zu bringen und einzuschreiben“, so daß von einem festen Grundkapital nicht wohl zu reden ist. Immerhin aber weist das Otkroi dieser Gesellschaft, welches Participation am Gewinn pro rata des eingelegten und auf den Namen eingeschriebenen Kapitals, Generalversammlungen der Theilhaber mit über 1000 Thaler Einlage „propter administrationem“, einen jährlichen état und jährliches Inventar, gewählte Direktoren („Bewindhaber“, wie die Holländische Compagnie) und gewählte Kommissare zur Rechnungsabnahme kennt, mindestens eine der modernen Aktiengesellschaft sehr ähnliche Struktur auf.⁴⁰⁾

Von dem Projekt einer unter Friedrich I. geplanten amerikanischen Handelsgesellschaft zu Emden konnte nichts Näheres ermittelt werden. In den Jahren 1724—1725 wurden wieder verschiedene, niemals verwirklichte Privatprojekte über Handelskompagnien, namentlich ein solches des Kaufmanns Neumann zu Berlin über Errichtung dreier großer Kompagnien für den östlichen und westlichen Seehandel und die Betreibung der Fischerei und des Fischwaarenhandels laut.⁴¹⁾ Die um jene Zeit entstandene russische Compagnie mit Privileg vom 21. September 1725 war freilich eine offene Handels-

lichen Ost- und Westindischen Compagnie hochdeutscher Nation und über die etwas abenteuerlichen Verhandlungen des Autors Johann Joachim Becher als Bevollmächtigten von Churbayern und später des Grafen von Hanau insbesondere mit der Holländisch-Westindischen Compagnie zur Erwerbung von Land und Anlegung von Kolonien in Guyana.

40) Otkroi bei Mylius, *Corpus Constitutionum Marchicarum* Bd. VI. S. 555.

41) G. Schmoller, „Die russische Compagnie in Berlin“ in der Zeitschrift für Preussische Geschichte und Landeskunde Bd. 20 [1883] S. 65 ff.

gesellschaft mit geschlossener Mitgliederzahl, unbeschränkter Haftung der Theilhaber und Verbot der Abtretung der Antheile ohne Zustimmung der Kompagnie, obschon auch sie in der Einrichtung von Mehrheitsbeschlüssen und leitenden Bevollmächtigten Anklänge an das Aktienwesen verräth.⁴²⁾

Das nächste bekannt gewordene Oktroi, welches dem Chevalier de la Touche am 1. September 1750 für eine Gesellschaft hauptsächlich zur Betreibung des Chinesischen Handels von Emden aus ertheilt worden ist, läßt dem Gründer die Freiheit, das Kapital par souscription ou par action aufzubringen.⁴³⁾ Das von dem Oktroi wohl zu scheidende Statut konnte bisher nicht aufgefunden werden, ebenso wenig dasjenige zu dem in demselben Jahre dem Henry Thomas Stuart ertheilten Oktroi für eine Asiatische Compagnie in Emden.⁴⁴⁾ Dagegen erweist sich die am 21. Januar 1753 oktroirte Bengalische Compagnie in Emden als echte Aktiengesellschaft. Ihr provisorisches Statut zeigt, welche Durchbildung das Aktienprinzip schon damals erfahren hatte. Das Aktienkapital beträgt eine Million Thaler, und zwar in 2000 Aktien zu 500 Thalern, welches nur mit Genehmigung der Generalversammlung erhöht und herabgesetzt werden kann. 25 Prozent sind bei der Subskription gegen Quittung einzuschießen, der Rest nach Ankündigung der Direktoren. Bei der Säumigkeit in der Einzahlung über einen Monat nach der Ankündigung verfällt das bisher Geleistete zu Gunsten der Gesellschaft. Der Austritt aus der Gesellschaft ist unerlaubt, die Veräußerung der Aktien frei. In der Generalversammlung geben 10 Aktien eine Stimme, 30 bis 50 Aktien zwei, über 50 aber drei Stimmen. Es bestehen Direktoren, welche zur Aufnahme und Hingabe von verzinslichen Darlehen eines Generalversammlungsbeschlusses, in

42) Schmoller a. a. D. S. 1 ff.

43) Oktroi bei Savary Dictionnaire universel de commerce in der Kopenhagener Ausgabe Bd. 5 (1765) S. 1693; Moser, Versuch des Europäischen Völkerrechts, Bd. 7 S. 367.

44) Moser a. a. D. S. 370; Versuch einer historischen Schilderung der Residenzstadt Berlin, Theil 5 Bd. 1 (1798) S. 139.

dringenden Fällen aber wenigstens der Genehmigung des Aufsichtsraths bedürfen. Die erste Generalversammlung wählt nämlich zu beecidende Personen zur Abnahme der Rechnung und zur Rathhertheilung für die Direktoren in allen wichtigen Angelegenheiten. Die Direktoren haben ihnen die Bücher, Briefe, Dokumente nach Instruktion der Generalversammlung vorzulegen. Für die Direktoren, Betheiligte, Mitglieder des Aufsichtsraths und Angestellte besteht ein Verbot des Konkurrenzgeschäfts hinsichtlich des Indischen Handels für eigene oder fremde Rechnung bei Strafe der Konfiskation des Gewinns. Nach Zeichnung des ganzen Kapitals soll eine konstituierende Generalversammlung berufen werden, welche das Statut abändern kann.⁴⁵⁾ In diesem Entwurf finden sich nicht erst Anklänge an die Aktiengesellschaft; es ist die fertige, moderne Aktiengesellschaft, welche sich hier darstellt. Dabei ist nach dem Otkroi die Bengalische Compagnie in mannigfachster Weise mit Privilegien und Regierungsrechten ausgestattet: Sie hat Strafrecht über Deserteure, das Recht der Entscheidung über innere Streitigkeiten, Exemtionen aller Art von Zöllen und Abgaben, ja selbst die Befugniß, im Namen und unter der Autorität des Königs mit Fürsten und Souveränen in den Otkroisländern abzuschließen: *Traités et Alliances qu'elle jugera convenable pour le bénéfice de son Commerce.*⁴⁶⁾ Diese Gesellschaften scheinen den siebenjährigen Krieg nicht überlebt zu haben. 1768 wollte allerdings der große König die Asiatische Gesellschaft wieder beleben, allein wohl ohne Erfolg.⁴⁷⁾ Erst um etliche Jahre später, am 31. Januar 1765, erscheint eine Aktiengesellschaft für andere Zwecke, die Affecuranz-Cammer in Berlin.⁴⁸⁾ Aber auch sie hat nach dem Eingange des Otkrois

45) *Reglements Provisionels* bei Moser a. a. D. S. 370 ff.; über deren alsbaldige Abänderung Savary a. a. D. S. 1695.

46) Otkroi bei Moser a. a. D.; bei Savary a. a. D. S. 1694.

47) Gespräch des Königs mit Colomb bei Preuß, Friedrich der Große. Bd. 3 S. 574. Die Asiatische Compagnie ergab in der Liquidation 18 Prozent. — Versuch einer historischen Schilderung x. Th. 5 Bd. 1 S. 271.

48) Otkroi im *Novum Corp. Const. March. III. de 1765* S. 575.

Ring, Kolonialgesellschaften.

hauptsächlich den Zweck, durch Affekuration von Schiffen und Gütern dahin zu wirken, daß „die Handlung mit auswärtigen Staaten und Ländern erleichtert, vermehret und ausgebreitet werde“; §. 11 des Oktrois weist ausdrücklich auf den ost- und westindischen Handel. Ihr folgte wieder eine Gesellschaft für überseeischen Handel, die dem Philipp Clement und dessen Socien oktroirte Levante-Compagnie vom 17. Mai 1765. Auch sie stellt sich als völlig durchgebildete Aktiengesellschaft dar, mit einer Million Thaler Grundkapital in 4000 Aktien zu 250 Thalern, 25 Prozent Anzahlung, Verfall der Abschlagszahlungen bei Säumnigkeit in der Weiterleistung, Aushändigung der Aktien erst nach Vollzahlung, Generalversammlungen mit Mehrheitsbeschlüssen, gewählten Direktoren — nur Clement war zum Präsidenten ernannt, — einem ernannten Vertreter in der Levante (Smyrna), gewählten Deputirten zur Revision der Bücher und Verwaltung und jährlicher Dividendenvertheilung. Hervorzuheben ist, daß die Beamten der Compagnie als königliche gelten sollten.⁴⁹⁾ Später entstanden Aktiengesellschaften mannigfacher Art: Ende 1765 wurde eine Holzhandlungs-Compagnie auf Aktien zu 1000 Thalern begründet.⁵⁰⁾ In den Jahren 1766—1772 werden die Societät für die General-Tobacks-Pacht mit Aktien zu 800 Pfund Banco gleich 1000 Friedrichsdor,⁵¹⁾ die Emdener Compagnie zum Herings-Fange,⁵²⁾ die Getreide-Handlungs-Compagnie auf der Elbe und diejenige

49) Das Oktroi, soweit bekannt, nur bei Spies, Brandenburgische historische Münzbelustigungen Th. IV. (1771) S. 379 ff.

50) Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven Bd. 11 S. 344; Versuch einer historischen Schilderung a. a. D. S. 277; vgl. die Oktrois einer Holzhandels-Compagnie vom 31. Januar 1766 und vom 3. März 1773 im N. C. C. M. Bd. IV. S. 479 und Bd. V. de 1773 S. 57, von welchen nicht erhellt, daß sie auf Aktien basirt waren.

51) Oktroi vom 11. Juli 1766 im N. C. C. M. Bd. IV. S. 499, vgl. S. 955.

52) Oktroi von 4. August 1769 im N. C. C. M. Bd. IV. S. 6199. Ob mit festem Grundkapital? Nicolai, Beschreibung der Kgl. Residenzstädte Berlin und Potsdam (1786) Bd. 2 S. 467 nennt als Aktienfonds 602 360 fl. holländisch, in 2738 Aktien à 220 fl. holländisch.

auf der Oder, die See-Handlungs-Gesellschaft zum Zwecke der Erzielung von Gewinn durch den Seehandel, insbesondere mit Spanien, die Salz-Handlungs-Gesellschaft oktroirt⁵³⁾ — alle in sich verschieden und doch von den gemeinsamen Prinzipien des Aktienrechts, namentlich dem bestimmten Grundkapital, der Zerlegung desselben in Aktien, der Freiheit in der Uebertragung der letzteren, der Leitung durch Direktoren, dem Bestehen einer Generalversammlung fast ausnahmslos beherrscht. Bis zum Jahre 1800 sollen nach Engel⁵⁴⁾ noch fünf Aktiengesellschaften, eine der Eisen- und Stahlindustrie, drei der Rübenzuckerfabrikation und eine der Errichtung eines Theaters gewidmet, entstanden sein.

In dem ersten Viertel dieses Jahrhunderts, in welchem schon häufiger Aktiengesellschaften auftraten, bildeten sich in Preußen auch wieder zwei Kolonialgesellschaften mit dem Sitz in Elberfeld: die Rheinisch-Westindische Compagnie mit schließlich 1775000 Thalern begebenen Grundkapitals vom Jahre 1821 und der Deutsch-Amerikanische Bergwerksverein mit schließlich 2057500 Thalern Grundkapitals vom Jahr 1824. Beide, übrigens mit Regierungsrechten nicht ausgestattete, Kompagnien sind elend zu Grunde gegangen.⁵⁵⁾ Allmählig sind dann die großen Aktiengesellschaften für Welthandel und Kolonisation in Deutschland überhaupt geschwunden. Verhältnismäßig kleinere Gesellschaften haben sich wohl entwickelt — wie viele ist mangels einer diesbezüglichen Statistik nicht zu sagen. Angeführt seien die bekannte Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südseeinseln zu Hamburg, die Deutsche Borneo-Compagnie zu Hamburg, die Société Commerciale de l'Océanie zu Hamburg

53) Oktrois vom 5. Februar 1770 im N. C. C. M. Bd. IV. S. 6647, vom 8. Februar 1770 ebd. S. 6654, vom 14. Oktober 1772 ebd. Bd. V. de 1772 S. 513 und vom 14. Oktober 1772 ebd. Bd. V. de 1772 S. 552.

54) Zeitschrift des kgl. Preuß. Statistischen Bureau's 1875, S. 458.

55) Das Nähere bei Weinhausen, das Recht der Aktien-Gesellschaften S. XXXVIII bis XLVII; das Statut der Rheinisch-Westindischen Compagnie vollständig bei Bender, Grundsätze des engeren Handlungsrechts (1824) S. 326 ff.

und Papeete, die Südamerikanische Kolonisationsgesellschaft zu Leipzig, der Rheinisch-Bornesische Handels-Verein zu Barmen, die Deutsch-Ostafrikanische Plantagen-Gesellschaft zu Berlin.

Ist nach dieser Uebersicht einerseits nicht daran zu zweifeln, daß auch in Preußen das Aktienwesen und damit alles Aktienrecht sich an die von dem Vorbilde der Holländisch- und Englisch-Ostindischen Kompagnie beherrschten Welthandelsgesellschaften anlehnen, so soll freilich andererseits nicht verkannt werden, daß jene Gesellschaften nicht eigentlich dem territorialen Erwerb und der Kolonisation, sondern dem überseeischen Handelsbetriebe gewidmet waren. Auch für die großen Kompagnieen Hollands und Englands war jener Erwerb nicht Selbstzweck, sondern nur nothwendige Folge ihres Handelsmonopols. Die Konsequenz erkannten aber auch die Preussischen Otkrois an, so namentlich das dem Chevalier de la Touche ertheilte, in welchem der Gesellschaft das Eigenthum ihrer Eroberungen gewährleistet und das Recht des Königs aus etwaiger Bergwerksentdeckung — dies gegen Darbringung einer goldenen Krone, 100 Mark schwer — abgetreten ist. Außerdem knüpfen aber die neuen deutschen Kolonialgesellschaften zweifellos an jene alten Handelskompagnieen an. Der Reichskanzler Fürst Bismarck selbst war es, der in der Reichstagsrede vom 26. Juni 1884 erklärte, er gedenke: „weniger in der Form der Annektirung von überseeischen Provinzen an das deutsche Reich vorzugehen, als in der Form von Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal charters, im Anschluß an die ruhmreiche Laufbahn, welche die englische Kaufmannschaft bei Gründung der ostindischen Kompagnie zurückgelegt hat.“⁵⁶⁾

So drängt Alles zu dem Schlusse: Kolonialgesellschaften unterfallen, soweit sie die reichsrechtlichen Merkmale der Aktiengesellschaften tragen, dem Aktiengesetz. Um sie von dem letzteren — welches bei dem Zurücktreten der kolonialen Bestrebungen während dieses Jahrhunderts dergleichen Unternehmungen un-

56) Stenogr. Berichte des Reichstages S. 1062.

längbar in mannigfacher Hinsicht nicht gerecht wird — auszunehmen, bedarf es eines ihre Beziehungen regelnden Reichsgesetzes. Soweit die Kolonialgesellschaften die Merkmale der Aktiengesellschaft nicht tragen, wie dies insbesondere für die Neu Guinea Compagnie zutrifft, ist ihre Ausrichtung durch die Schranken des Aktiengesetzes nicht beengt. Allein hier fehlt wieder der gesunde Rechtsboden für eine gedeihliche Entwicklung. Die Grundlinien der preussisch-rechtlichen Korporation vermögen einen so komplizirten Bau nicht zu sichern. Die schwanke statistarische Regelung kann aber feste Rechtsgrundsätze niemals ersetzen. Der Gesetzgebung, und zwar naturgemäß der Reichsgesetzgebung muß es wiederum anheimfallen, eine neue Gesellschaftsform mit Garantien und dadurch mit Kredit zu schaffen. Solcher Gesetzgebung den Boden zu ebnen, sind die nachstehenden, zuerst in Büschs Archiv für Deutsches Handels- und Wechselrecht Band 48 erschienenen Betrachtungen und Vorschläge bestimmt.⁵⁷⁾ Die im Anhange mitgetheilten Statuten der drei neuen großen Kolonialgesellschaften, der Deutschen Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika der Neu Guinea Compagnie und der Deutsch-Ostafrikanischen, Gesellschaft mögen über den gegenwärtigen Stand der Frage Aufschluß geben.

57) Es sei hier noch besonders auf die gleichem Zwecke gewidmete Schrift von Robert Esser II. zu Köln, Die Gesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit, Berlin 1886, hingewiesen. Mit derselben, welcher das Recht der Priorität gebührt, mußten sich nach dem Gegenstande der Betrachtung die nachstehenden Erörterungen vielfach berühren, wenn auch beide Abhandlungen in fast allen wesentlichen Punkten zu verschiedenen Ergebnissen gelangt sind.

Eine Rechtsform für Kolonialgesellschaften.

Betrachtungen und Vorschläge.

Seit einer Reihe von Jahren mehrten sich die Anzeichen, daß die Gesellschaftsformen, welche für den gemeinschaftlichen Betrieb eines Gewerbes unter einer der Assoziation als solchen zukommenden, eine Gesamnthaftung begründenden Firma nach deutschem Rechte bestehen, dem thatsächlich vorhandenen Bergesellschaftungstriebe nicht mehr genügen. Insbesondere werden Wünsche nach zwei Richtungen hin laut. Einerseits erheben sich auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens andauernd bedeutsame Stimmen zu Gunsten der Zulassung von Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht. Andererseits wird einer Erstreckung der bisher nur für das Bergrecht eingeführten Vereinigungsform der Gewerkschaft zu einer allgemeinen Handelsgesellschaftsform das Wort geredet. Die Begründung zu dem Aktiengesetze vom 18. Juli 1884 stellt ausdrücklich die Prüfung der weittragenden Frage in Aussicht, „ob die jetzigen Rechtsformen für alle Arten von Unternehmungen, welche eine Kapitalsvereinigung erfordern, ausreichen oder ob ihnen nicht vielmehr nach dem Vorbilde der bergrechtlichen Gewerkschaft eine neue Form hinzuzufügen sein möchte“. ¹⁾ Im Reichstage wurde diese Ver-

1) Begründung zu dem ersten Entwurfe S. 69, zu dem zweiten Entwurfe S. 45 der Heymannschen Ausgaben.

heißung von beachtenswerther Seite zustimmend begrüßt, zugleich aber die weitergehende Forderung gestellt, daß der Grundsatz beschränkter Haftbarkeit aus dem Gebiete der Genossenschaften, Aktien- und Kommanditgesellschaften in die Gesellschaft auf individualistischer Grundlage, bei welcher die Betheiligten, wie bei der offenen Handelsgesellschaft, nur in geringer Zahl zusammen treten, hineingetragen werde.²⁾ Nachdem sich die Deutsche Kolonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika und die Neu-Guinea-Compagnie genöthigt sahen, das Gewand preussisch-rechtlicher Korporationen anzunehmen, ist in Verfolg von Bestrebungen des Deutschen Kolonialvereins ein von privater Seite entworfenen Gesetzentwurf nebst Motiven erschienen, welcher in Vereinigung der die offene Handelsgesellschaft und die Gewerkschaft betreffenden Rechtsätze die gesetzliche Sanctionirung eigenartiger „Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit“ anstrebt.³⁾

Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, welche zunächst eine höchst fragwürdige, ihrer eigenen Meinung nach „nicht ganz unter die Rubriken bestehender Rechtskategorien passende“ Form — in Wahrheit wohl diejenige einer als solchen nicht registrirten Kommanditgesellschaft auf Aktien — angenommen hatte,⁴⁾ ist schließlich gleichfalls unter die Korporationen gegangen. In der Generalversammlung des Deutschen Kolonialvereins vom 30. April 1886 gelangte eine Resolution dahin zur Annahme: „Der Deutsche Kolonialverein ist, auf Grund vorliegender Thatfachen, der Ueberzeugung, daß die bestehenden handels- und gesellschaftsrechtlichen Formen für die besondere Förderung kolonialer deutscher Unternehmungen nicht geeignet sind, daß es vielmehr zur Erreichung letzterer Zwecke neuer Rechtsnormen bedarf, welche, auch außerhalb des Aktiengesetzes,

2) Dechelhäuser in den Stenographischen Berichten des Reichstags 1884 S. 220 f., 1149.

3) Robert Esser II. zu Köln, die Gesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit. Berlin 1886.

4) Wagner, Deutsch-Ostafrika S. 76 fg.

die Begründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit der Mitglieder und eine entsprechende Organisation dieser Gesellschaften gestatten.“⁵⁾ . . . Von einem Redner wurde hierzu bemerkt, die Vorberathungen über die Reform des Gesellschaftsrechts hätten zu dem Ergebniß geführt, „daß die wahrscheinlichste und glücklichste Lösung dieser Frage im Zusammenfassen der Grundsätze des deutschen Gewerkschaftswesens mit der Gesetzgebung über die Aktiengesellschaften liege“. ⁶⁾

Allen diesen Reformbestrebungen gemeinsam ist die Abhängigkeit von der Beantwortung der Vorfrage, ob überhaupt eine Ausdehnung der beschränkten Haftung und in Verbindung damit eine weitere Zulassung künstlicher Rechts- und Wirtschaftssubjekte rathsam erscheint. Nicht verkannt soll werden, daß die gemessene Haft einerseits den Risikotrieb mehrt, andererseits das Interesse an dem Gedeihen, ja dem Bestande des betriebenen Unternehmens mindert, daß vielfach auch der Gläubiger durch dieselbe in eine üblere Lage, als der Schuldner versetzt wird.⁷⁾ Allein durchgreifend steht diesen Bedenken entgegen, daß auch die wesentlich riskante Unternehmung ihre volle volks- und privatwirthschaftliche Berechtigung in sich trägt, daß das erschlaffte Interesse der Genossen durch Festsetzung eines nicht unerheblichen Mindestbetrages des möglichen Verlustes belebt werden kann, daß der auf Begrenzung seines Schadens bedachte vorsichtige Schuldner schließlich nicht geringeren Anspruch auf gesetzliche Fürsorge hat, als der leichtsinnige Gläubiger; vor Allem aber, daß nicht für jeden nur durch Vereinigung zu erreichenden Zweck der Einsatz der gesamten wirthschaftlichen Existenz jedes Theilnehmers sich erzwingen

5) Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 307.

6) Hammacher ebend. S. 308.

7) Fast erschöpfend würdigt die Bedenken gegen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung bereits Adam Smith, Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, Buch 5 Kap. 1 (Uebersetzung von Löwenthal 1882 S. 254 des 2. Bandes). Vgl. neuestens Cosack in den Verhandlungen des 18. deutschen Juristentages 1886 Bd. 1 S. 19 fg.

läßt.⁸⁾ Soll nicht auf eine ganze Reihe von nothwendigen Unternehmungen, welche einen großen Kapitalaufwand erheischen und deren Rentabilität eine unsichere ist, auf die großen Risiken und Experimente gänzlich verzichtet werden, so bleibt nur der öffentliche Betrieb durch Staat und Kommunen oder derjenige durch Vereinigungen mit beschränkter Haftung der Theilnehmer übrig. Eine Abwälzung derartiger Unternehmungen auf den Staat und staatliche Verbände würde bei deren Mißlingen schließlich die Steuerzahler belasten, welche niemals gesonnen waren, das Risiko einzugehen. Die Geschichte des englischen Gesellschaftswesens lehrt, daß solide Personen es ablehnten, Aktionäre der älteren Joint-Stock-Companies zu werden, weil sie die Gefahr der mit dem Eintritt in solche verbundenen unbegrenzten Haftung nicht auf sich nehmen wollten und daß gerade hierdurch die dennoch bestehenden Gesellschaften in unreele Hände geriethen.⁹⁾ Das Prinzip der beschränkten Haftung hat schließlich in England, wie in allen anderen modernen Staaten gesiegt. Vom rein juristischen Standpunkt aus betrachtet, kann der so geschaffene Zustand nicht einmal als eine ungerechtfertigte Anomalie bezeichnet werden. Nichts hindert den Einzelnen, mit dem Gegenkontrahenten zu vereinbaren, daß er für die Rechtsfolgen eines Geschäfts nur mit bestimmten Vermögensstücken einstehen wolle; die Vereinigung Mehrerer kann die Zulässigkeit solcher Abmachung nicht beeinflussen.¹⁰⁾ Da ein Kontrahirungszwang gegenüber der Gesellschaft, deren Theilnehmer beschränkt haften, nicht besteht, so kann sich bei genügender Offenständigkeit der Rechtslage der Gläubiger nicht darüber beklagen, daß das objektive Recht ihm lediglich ein Sondergut der Schuldner als Befriedigungsgegenstand zuweist. Sollte sich in der That ergeben, daß die gegenwärtigen Arten

8) Dies betont besonders Schäffle, Gesellschaftliches System, 3. Aufl. Bd. 2 S. 58; v. Mangoldt, Volkswirtschaftslehre 1868 S. 247.

9) Wagner in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 4 S. 60 fg.

10) Wiener in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 4 S. 91; vgl. Ehrenberg, Beschränkte Haftung S. 19.

der beschränkten Haftung auf dem Gebiete des Handelsgesellschaftsrechts, insbesondere die Kommandit- und die Aktiengesellschaft, berechnete Bedürfnisse des eine solche Beschränkung anzielenden Assoziationstriebes nicht befriedigen, so wird die Erwägung neuer Rechtsgebilde nicht von der Hand zu weisen sein.

Zu betonen ist vorweg, daß allerdings bei der Aktiengesellschaft von einer „Haftung“ der Aktionäre nur in uneigentlichem Sinne gesprochen werden kann, weil eine regelmäßige Rechtsbeziehung zwischen den Gläubigern und den Genossen fehlt. Allein thatsächlich kommt die Haftung der Gesellschaft unter Nichthaftung der Aktionäre der beschränkten Haftung als ausschließenden Deckungspflicht mit reiner Theilhaft gleich,¹¹⁾ wie auch rechtlich berücksichtigt werden muß, daß das Deutsche Handelsgesetzbuch die Haftung der Aktiengesellschaft als eine auf begrenzte Vermögensbestandtheile — Einlagen — beschränkte Haftung der Aktionäre bezeichnet.¹²⁾

Der Freilassung beschränkter Haftung, in dem hiermit gewonnenen weiteren Sinne, sind von hervorragender Seite insofern theoretische Grenzen gezogen worden, als ihre Berechtigung nur für die Fälle, in welchen die Möglichkeit eigenen Handelns oder doch eigener ausreichender Aufsicht fehlt, zugestanden ist.¹³⁾ Es möchte scheinen, als hätten in dieser Richtung die Thatfachen schon gegenwärtig das Prinzip umgestoßen. Die Freiegebung der Aktiengesellschaftsform gestattet bereits der geringsten Anzahl von Mitgliedern, deren jedes sich an der Verwaltung theilnimmt, die Begrenzung der Haftung. Das Gesetz fordert für die Begründung solcher Gesellschaft nur fünf Gründungsgesellschafter und hindert schwerlich, daß die Anzahl der Theilnehmenden auf zwei hinabgebracht wird. Ein Blick in die Praxis erweist, daß die überwiegende Anzahl der Aktiengesell-

11) Goldschmidt in seiner Zeitschrift Bd. 27 S. 44 fg.

12) Art. 207 Abs. 1, 216 fg., besonders 219 Abs. 1 des Ges. vom Juli 1884 §. 1; Laband in Goldschmidts Zeitschrift Bd. 30 S. 508.

13) Goldschmidt a. a. D. S. 79 fg.

schaften des neuesten Rechts im Wege der Simultanerrichtung, unter Uebernahme sämtlicher Aktien durch die Gründer zu Stande kommt, und daß hierbei außerordentlich häufig die Mindestzahl von fünf Gründern nicht überschritten wird. Daß eine alsbaldige Ueberleitung der Aktien in das Publikum beabsichtigt ist, mag sicherlich für viele Fälle zutreffen; eine rechtliche Nothwendigkeit für die Erweiterung des Aktionärkreises besteht selbstverständlich nicht. Daß bei einer so geringfügigen Aktionärzahl weder die Möglichkeit eigenen Handelns, noch diejenige eigener Aufsicht der Aktionäre fehlt, läßt sich schwerlich in Abrede stellen. Nicht selten sind die Fälle, in welchen der eine Theil der zunächst als Gründer auftretenden Aktionäre dem Vorstand angehört, der Rest in dem Aufsichtsrath funktionirt.¹⁴⁾ Oftmals tragen die Aktiengesellschaften, wenigstens zunächst, einen durchaus privaten Charakter. Bei der einen durch Simultangründung entstandenen Gesellschaft gehören die siebenzehn Gründer derselben geistlichen Genossenschaft an; drei von ihnen bilden den Vorstand, sieben den Aufsichtsrath.¹⁵⁾ Bei einer anderen sind nur zwanzig Namensaktien ausgegeben, welche die vierzehn Gründer übernommen haben. Von den letzteren sitzen drei im Vorstand, vier im Aufsichtsrath.¹⁶⁾ In einem typischen Fall haben die zehn alleinigen Theilnehmer einer offenen Handelsgesellschaft, anscheinend die nächsten Verwandten, das von ihnen betriebene Etablissement als Aktiengesellschaft gegründet und die sämtlichen Aktien des Grundkapitals von 2 Millionen Mark übernommen; fünf der Be-

14) Badische Brauerei in Mannheim, Centralhandelsregister 1887 Nr. 36 A; Gantersche Brauereigesellschaft in Freiburg i. B., Centralhandelsregister 1886 Nr. 299 B; Hildesheimer Bank ebd. Nr. 300 B; Spinnerei Maschünster ebd. 1887 Nr. 1 B.

15) Nacher Aktiengesellschaft zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen männlichen Geschlechts, Centralhandelsregister 1885 Nr. 227; vgl. Katholisches Vereins- und Gesellenhaus Säckingen, Centralhandelsregister 1887 Nr. 85.

16) Lagerhaus Hildesheim, Centralhandelsregister 1885 Nr. 271.

theiligten befinden sich im Vorstand und Aufsichtsrath.¹⁷⁾ Anders wieder wird von den fünf Simultangründern einer Gesellschaft das Grundkapital von 260 000 Mark dergestalt belegt, daß der eine als Vorstandsmitglied funktionirende Gründer ein Geschäft für 150 000 Mark einlegt, die anderen, welche sämmtlich im Vorstand und Aufsichtsrath sitzen, auf die in Höhe der Zeichnungen ihnen gegen das umgewandelte Geschäft zustehenden Forderungen verzichten.¹⁸⁾ Weiter gründen fünf Personen eine Gesellschaft in der Weise, daß der eine Aktionär von den vorhandenen zweiunddreißig Aktien achtundzwanzig durch Illation von Fabriken zc. deckt, sodaß für die vier anderen Gründer nur je eine Aktie übrig bleibt. Im Vorstand und Aufsichtsrath sitzen drei Gründer, darunter der Inferent.¹⁹⁾ Eine lokale Aktiengesellschaft für Bankgeschäfte besteht aus dreiundzwanzig Simultangründern; von ihnen befinden sich drei im Vorstand, fünfzehn im Aufsichtsrath.²⁰⁾ Eine Miniaturgesellschaft mit 1000 Mark Grundkapital, eingetheilt in fünf Aktien zu 200 Mark, stättet sich gar in humoristischer Weise mit einem Aufsichtsrath von neun Personen und einem Vorstande von zwei Mitgliedern aus.²¹⁾

Aktiengesellschaften mit kleinem Grundkapital, unter 100 000 Mark, entstehen duzendweise;²²⁾ nicht minder solche mit einer sehr beschränkten Anzahl von Aktien, von hundert

17) Gesellschaft für Branerei, Spiritus- und Preßhefefabrikation (vormals G. Sinner) in Grünwinkel, Centralhandelsregister 1885 Nr. 294 B.

18) Mechanische Spinnerei und Seilerei, Gildehaus, vormals de Wed, Cool u. Zoon, Centralhandelsregister 1885 Nr. 297 A.

19) Aktiengesellschaft für Torfstreuafabrikation, vormals Fedor Wolff u. Co., Bremen, Centralhandelsregister 1886 Nr. 65 B.

20) Aktiengesellschaft Vorbecker Kredit- und Spargesellschaft, Centralhandelsregister 1886 Nr. 81 B.

21) Aktiengesellschaft zur Räuberhöhle in Mannheim, Centralhandelsregister 1886 Nr. 175.

22) Beispiele im Centralhandelsregister von 1885 Nr. 146, 147 B, 182, 198, 249 B, 264 A, 271, von 1886 Nr. 38, 58 B, 253, 304 B, 305 A u. B, 307, von 1887 Nr. 1 A, 5, 37 zc.

bis zwanzig Stück, und zwar mitunter in äußerst erheblichen Beträgen der Einzelaktien.²³⁾

Alles dies sind nicht etwa Kuriosa; es sind die ernsthaften Symptome dafür, daß die Praxis sich der Freigabe einer Abzweigung bestimmter Vermögenstheile zu einem selbständigen Haftgut auch für solche Fälle klar bewußt ist, in welchen die Möglichkeit persönlichen Eingreifens, persönlicher Fürsorge besteht. Muß diese Thatsache aber zugestanden werden, so fehlt der zwingende Grund, die Negative solcher Möglichkeit zur Voraussetzung der weiteren Zulassung einer beschränkten Haftung zu machen. Ist einmal in der Aktiengesellschaft die Rechtsform gegeben, die unbeschränkte Verantwortlichkeit auch für Selbstgethanes oder Selbstgebilligtes abzulehnen, so mag auch eine neue Art der Gesellschaft mit beschränkter Haftung der Theilhaber folgerichtig auf gleichen Wegen wandeln. Es darf nicht übersehen werden, daß die wirthschaftlichen Bedürfnisse nach zwei Richtungen hin dem Prinzip der beschränkten Haftung Bahn zu brechen suchen: Auf der einen Seite strebt der Einzelne dahin, seine vermögensrechtliche Persönlichkeit zu parzelliren, und zwar zunächst die gewerblichen Vermögensbeziehungen von den privaten zu trennen und weiter innerhalb der gewerblichen Beziehungen in sich selbständige Haftungsgüter für den Betrieb mehrerer verschiedenen Gewerbe zu sondern. Auf der andern Seite sucht der Einzelne sein Gut durch Vereinigung zu dem integrierenden Theil eines Großkapitals zu machen und damit die Vortheile des Letzteren zu erlangen, zugleich aber den möglichen Verlust auf die der Vereinigung freiwillig gewidmete Summe zu beschränken.²⁴⁾ Beide Bestrebungen haben in der Praxis des Aktienwesens ihre Verwirklichung gefunden: Neben den Gesellschaften, welche eine sehr große Anzahl von Mitgliedern mit geringer Betheiligung

23) Beispiele im Centralhandelsregister von 1885 Nr. 146, 249 B, 264 A, 271 (20 Stück à 3000 Mark), 297 A (52 Stück à 5000 Mark), von 1886 Nr. 55, 58 B, 65 B, 111 A (90 Stück à 2000 Mark), 112 B, 253, 305 A und B, 307, von 1887 Nr. 1 A, 5, 37, 66 B (60 Stück à 5000 Mark).

24) Ehrenberg, Beschränkte Haftung S. 23 fg.

in sich schließen, stehen solche, bei welchen jeder der sehr wenigen Genossen ein bedeutendes Kapital dem besonderen Unternehmen widmet, bei welchen also thatsächlich der Kapitalist ein selbständiges Haftgut aus seinem Vermögen abtrennt, wenn auch rechtlich das Gut in der Aktiengesellschaft einen neuen Herrn erhält.

In der That ist nicht abzusehen, weshalb nicht auch bei einem nach Zahl und Mitwirkung eng zusammengeschlossenen Mitgliederbestande jeder Theilnehmer dem beschränkten Zwecke soll beschränkte Mittel widmen dürfen. Braucht der Kleinkapitalist sein geringes Vermögen für ein demselben angemessenes Geschäft nicht voll aufzuopfern, so ist es nicht billig, daß der große und größte Kapitalist sein gesamtes Habe und Gut für das engstbegrenzte, wenn nur persönlich betriebene Unternehmen wagen muß. Grundsätzlich wird hiernach jede Einengung des Gebietes der beschränkten Haftung dahin, daß dieselbe nur dann eine weitergreifende Berechtigung haben soll, wenn die Individualität der Mitglieder gänzlich aus dem Spiele bleibt, wenn insbesondere eine weit- oder unbegrenzte und wechselnde Theilnehmerzahl dem Unternehmen zugeführt wird, für nicht angebracht gehalten. Auch Gesellschaftsgestaltungen eines künftigen Rechts, welche auf einen geringen Mitgliederbestand und Theilnahme wenigstens einiger Gesellschafter an der Verwaltung angelegt sind, deren Rechtsfigur einem Wechsel in der Mitgliedschaft nicht günstig ist, dürfen mit Fug dem Prinzipie der beschränkten Haftung unterstellt werden.²⁵⁾ Die Reaktion gegen die Demokratisirung des Wesens der beschränkten Haftung, das Zurückgehen auf die ursprüngliche Gestaltung der Aktienvereinigungen, auf das Zusammentreten weniger mächtiger Kaufleute, wird im Interesse der Solidität der Unternehmungen schwerlich zu beklagen sein.

25) Vgl. besonders v. Mangoldt, Volkswirtschaftslehre 1886 S. 250, welcher gerade die Gesellschaften mit einer kleinen Anzahl dem Geschäfte nahestehender Aktionäre für wünschenswerth erachtet; s. auch Dechelhäuser in den Stenographischen Berichten des Reichstags 1884 S. 221.

Diese Betrachtung ist keineswegs dazu bestimmt, der Einführung von Gesellschaften auf rechtlich individueller Grundlage mit beschränkter Haftung aller Theilnehmer die Wege zu ebnen. Vereinigungen von wenigen und individuell bestimmten Personen unterstehen an sich geschehener Erörterung zufolge auch auf dem Gebiete des Handelsrechts einer zwingend für sie gesetzten Gesellschaftsform überhaupt nicht; wie bei der offenen Handelsgesellschaft ein großer Mitgliederbestand und in Verbindung mit demselben ein freier Wandel in der Persönlichkeit der Genossen in rechtlich zulässiger Weise vorhergesehen werden kann, so darf umgekehrt die Aktiengesellschaft sich auf den kleinsten Mitgliederkreis beschränken und obenein statutarisch die Aktien für unveräußerlich erklären. Daß thatsächlich für wenige und individuell bestimmte Personen die Rechtsform der offenen Handelsgesellschaft auszureichen pflegt, ist rechtlich ohne Belang. Was aber unter einer Gesellschaft auf rechtlich individueller Grundlage verstanden sein soll, ist ein Anderes: es ist die Rechtsgestaltung, derzufolge physische leibhafte Personen innerhalb der Gesellschaft als die Subjekte des Gesellschaftsvermögens, als die Träger der Gesellschaftsrechte und -Verbindlichkeiten in Betracht kommen. Scheidet bei der Bildung einer Aktiengesellschaft die kleinste Anzahl von Personen unter hoher Betheiligung jedes Einzelnen ein erhebliches selbständiges Haftgut aus ihrem Vermögen aus, so handelt es sich selbst bei dem Hervortreten dieser bekannten wenigen Großaktionäre um die unzweideutige, in ihrem Wesen eingebürgerte Rechtsfigur der von physischen Trägern losgelösten Aktiengesellschaft, bei welcher irgend das Unternehmen als Geschäftsherren deckende leibhafte Personen nicht vorhanden sind. Durchaus anders liegen die Verhältnisse für die Gesellschaft auf rechtlich individueller Grundlage in dem angenommenen Sinn, als deren Typus — solange sich nicht in der allgemeinen Verkehrsanschauung ein von juristischer Seite vorbereiteter²⁶⁾ Wechsel vollzieht —

26) Neuestens Eccius in Goldschmidts Zeitschrift Bd. 32 S. 1 fg.

die offene Handelsgesellschaft zu bezeichnen ist. Hier kann von einem Verschwinden des Individuums hinter der Vermögensmasse nicht die Rede sein. Ist ein Gesellschafter in seiner leiblichen Individualität rechtlich Geschäftsherr, so deckt er das Vermögen, nicht das Vermögen ihn. Hier wird niemals die Gefahr zu vermeiden sein, daß über der zumal in der Firma hervortretenden Person des Geschäftsherrn eine etwa eingeführte beschränkte Haftung vergessen wird. Bei der rechtlich auf individueller Grundlage ruhenden Gesellschaft könnte die Geltendmachung beschränkter Haftung nicht allein die Gläubiger in durchaus unerwarteter Weise materiell schwer schädigen: das sonstige Prosperiren des Schuldners, welcher dem über das Haftgut hinaus seiner Person trauenden Gläubiger befügter Maßen nicht gerecht würde, müßte zugleich die verderblichste sittliche Wirkung üben.²⁷⁾ Hiernach ist zu fordern, daß die Gesellschaft mit beschränkter Haftung aller Theilnehmer nur in der potenzierten Form einer unverkennbaren juristischen Person zugelassen, daß insbesondere die rechtliche Selbständigkeit der Gesellschaft in Bezug auf Aktivvermögen und Schulden außer allen Zweifel gestellt, das Erscheinen eines Personennamens in der Firma versagt und auf die beschränkte Haftung (Deckungspflicht) der Genossen durch einen obligatorischen Firmenzusatz hingewiesen werde.

Mit diesem Verlangen kreuzt sich ein weiteres, welches die Anordnung einer unverrückbaren Organisation der Gesellschaft zum Gegenstand hat. Ist die Organisation auch kein ausschließliches Merkmal der juristischen Person, mag sie sich vielmehr bei der Sozietät nachbildlich durchführen lassen, so kann doch umgekehrt die juristische Person solcher Ausgestaltung nicht entzathen. Wird hier an die physischen Personen der Gesellschaftsmitglieder angeknüpft, ruht insbesondere Vertretung und Geschäftsführung bei ihnen als solchen, so wird, von jedem Bedenken der Theorie abgesehen, die Gefahr eines Zurücktretens des Haftguts hinter die Personen der Gesellschafter

27) Löwenfeld, Der Entwurf des neuen Aktiengesetzes S. 34 fg.

von Neuem beschworen. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit aller Theilnehmer kann nur gekorene, nicht geborene Vertreter und Geschäftsführer brauchen. Dieselben müssen als Glieder des „Vorstandes“ der Gesellschaft in Funktion treten. Daß für jedes Vorstandsmitglied die Betheiligung an der Gesellschaft zur Förderung des Interesses vorgeschrieben wird, ändert hieran nichts. Der scheinbar äußere Unterschied ist in Wahrheit ein innerer; nicht der Gesellschafter als solcher ist Mitglied des Vorstandes, sondern das Vorstandsmitglied als solches Gesellschafter. Daß eine Gesellschaft dieser Art den Mehrheitsverbänden zugesellt werden muß, erscheint außer Frage. Die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit bei den juristischen Personen entbehrt keineswegs des inneren Grundes. Sind mehrere physische Personen in ihrer Individualität rechtlich Geschäftsherren, so ist ein Widerstreit der Willensmeinungen unter ihnen, ein Ja und Nein nebeneinander möglich und zu berücksichtigen. Folgerichtig ist hier die Stimmeneinhelligkeit Grundsatz, *est melior conditio prohibentis*. Anders ist bei der juristischen Person, wie nur ein Geschäftsherr, so nur ein Wille denkbar. Demgemäß kann sich der Wille der einzelnen physischen Träger nicht selbständig behaupten: er muß in einem höheren, dem der Gesamtheit, verschwinden und auf-
erstehen. Es ergibt sich aus der Verdrängung der rechtlich individuellen Grundlage bei der juristischen Person konsequent die Verbindungskraft der Mehrheitsbeschlüsse. Das „*Chi ha società, ha padrone*“ findet hier eine wörtliche Anwendung.

Wird hiernach in Anlehnung an Thatfachen die Parzellierung der vermögensrechtlichen Persönlichkeit des Individuums wenigstens insoweit freigegeben, als der Einzelne ein Haftgut beliebig aus seinem Vermögen ausscheiden und einer juristischen Person unterstellen darf, deren physischer Träger er selbst in Gemeinschaft auch mit dem kleinsten Kreise von Genossen ist, so muß doch andererseits einer Atomisirung dieser Persönlichkeit entgegengewirkt werden. Das Aktienrecht hat durch erhebliche Erhöhung des Mindestbetrages der Aktien die rechte Bahn beschritten. Soll eine auch für kleinere Kreise von Gesell-

schaftern bestimmte und geeignete Gesellschaftsform freit werden, bei welcher sich naturgemäß jeder Genosse oder doch ein Theil derselben mit der Verwaltung befaßt, so ist auch jeder Theilhaber durch die Höhe seiner obligatorischen Beisteuer zu einem Mindesthaftgute fester an die Geschicke des Unternehmens zu knüpfen, wenn anders nicht die Gesetzgebung eine Vereinigung wüster Spekulation und geringer Mittel fördern will.

Werden die bestehenden Formen der Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung der Theilhaber auf ihre Verwerthbarkeit geprüft, so ergibt sich in der That, daß dieselben gewissen thatsächlich vorhandenen Bedürfnissen nicht vollaus gerecht werden. Die Genossenschaft muß, sofern es sich um Unternehmungen handelt, welche von Anfang an eines erheblichen Kapitals bedürfen, wegen der eigenthümlichen Art der Aufbringung des Unternehmungsvermögens außer Betracht bleiben.²⁸⁾ Bei der normalen Kommanditgesellschaft ist das bestimmende Gesellschaftselement der persönlich haftende Gesellschafter. Wie ihm grundsätzlich das Recht zur Geschäftsführung zusteht, so fällt ihm nicht minder die Vertretung der Gesellschaft nach außen zu. Dem Kommanditisten gebührt von Rechtswegen die Rolle des passiven Geldgebers. Ob der einzige persönlich haftende Gesellschafter oder bei einer Mehrzahl von solchen sämtliche von der Vertretung ausgeschlossen werden können, erscheint zum mindesten nicht zweifellos. Jedenfalls kann der Kommanditist wenigstens bei der einfachen Kommanditgesellschaft Geschäfte unter Wahrung seiner beschränkten Haft nur dann schließen, wenn er sich ausdrücklich als Prokuristen oder Bevollmächtigten bezeichnet. Es erhellt ohne Weiteres, daß diese Gestaltung für Fälle nicht paßt, in welchen gerade der beschränkt haftende Gesellschafter der maßgebende Faktor des Gesellschaftslebens sein soll. Die Einsetzung eines Strohmannes als persönlich haftenden Gesellschafters unter gleichzeitiger Uebertragung der Geschäfts-

28) Vgl. dazu Schäffle, Gesellschaftliches System 3. Aufl. Bd. 2 S. 41 fg.

führung und Vertretung an den Kommanditisten würde ein ungesunder Ausweg sein, ganz abgesehen von der Frage, ob nicht durch solche Maßregel der Kredit der Gesellschaft von vornherein auf das empfindlichste litte. Bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien ist solcher Ausweg durch die Einführung einer Mindesteinlage der persönlich haftenden Gesellschafter noch mehr versperrt. Die Tendenz der diesbezüglichen Bestimmung geht dahin, die naturgemäße Stellung des persönlich haftenden Gesellschafters als des Geschäftsherrn, welcher Allen sichtbar mit seiner ganzen Individualität und seinem ganzen Vermögen das Unternehmen deckt, davor zu sichern, daß dieselbe nicht zu einer abhängigen Direktion herabgedrückt werde. Für Schöpfungen des Verkehrs, bei welchen der beschränkt haftende Gesellschafter die ausschlaggebende Persönlichkeit sein soll, ergibt sich hier die doppelte Schwierigkeit, daß einmal zu der Vertretungsbefugniß der Kommanditisten nur auf dem Schleichpfade der Bestellung derselben zu Prokuristen oder Bevollmächtigten zu gelangen ist, daß aber weiter — wenn der persönlich haftende Gesellschafter nur als vorgeschobene Figur bestehen soll — der Geldgeber dessen Einlage miteinschießen muß, da anderen Falles der mit seinem Vermögen an der Gesellschaft so erheblich interessirte persönlich haftende Gesellschafter sich muthmaßlich nicht an die Wand drücken ließe. Die Ausbeutung solcher Möglichkeiten kann sicherlich nicht dahin führen, die Bedürfnisfrage grundsätzlich zu verneinen. Bei der Aktiengesellschaft herrschen die beschränkt haftenden Genossen absolut. Von ihnen leitet der Vorstand, von ihnen der Aufsichtsrath seine durch das Gesetz bestimmte Machtfülle schließlich her. Nichts hindert, wie erörtert ist, daß eine Aktiengesellschaft sich thatsächlich auf individualistischer Grundlage aufbaut, daß in ihr die einzigen Aktionäre das Geschäft leiten und beaufsichtigen. Das Dogma, daß der Aktionär zu einer Theilnahme an der Erwerbsthätigkeit weder berufen noch geeignet sei, mag für die Aktiengesellschaften mit großer Mitgliederzahl wohl zutreffen, obschon auch hier das jüngste Aktienrecht durch die Gewährung bedeut-

samer Minderheitsrechte neue, jenem Standpunkt abgewandte Bahnen beschritten hat. Für die Aktiengesellschaften mit geringem Grundkapital oder geringer Mitgliederzahl hat das genannte Prinzip aber überhaupt nicht Geltung. So möchte es scheinen, als gewährte das Aktienrecht bereits, was die angezeigten Reformbestrebungen irgend verlangen können: beschränkte Haftung, vereint mit der Möglichkeit individualistischer Gestaltung der Gesellschaft. Was dessen ungeachtet die Rechtsform der Aktiengesellschaft für eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Zwecken untauglich macht, ist die durch das feste Grundkapital hervorgerufene Starre ihres Organismus. Die Aktiengesellschaft muß die der Betreibung des Unternehmens gewidmeten Mittel von vornherein fest veranschlagen, ohne daß sie die Möglichkeit trügerischer Schätzung berücksichtigen könnte. Diese Vorbestimmung eines festen Einlagekapitals zieht die Unbrauchbarkeit der Gestaltung für alle Fälle nach sich, in welchen die für das Unternehmen jeweilig erforderlichen Mittel von vornherein nicht zu schätzen sind. Weil das Einlagekapital die bis zu einer Veränderung der Grundverfassung unverrückbaren Gesellschaftsmittel bezeichnet, welche die Gesellschaft im Interesse ihrer selbst wie der Gläubiger festhalten muß, darf vor seiner Deckung durch Aktiva Gewinn nicht vertheilt werden, kann eine reale Auskehrung der durch dies Kapital gebundenen Aktivwerthe nur nach Abänderung des Gesellschaftsvertrages und unter Beobachtung der für die Liquidation geltenden Vorschriften erfolgen. Einer Sachlage, derzufolge ein erheblicher Theil der das Einlagekapital aufwiegenden Aktivwerthe etwa auf eine nicht abzusehende Zeit für den Betrieb des Unternehmens sich als völlig entbehrlich herausstellte und deshalb dies Quantum den Theilhabern einstweilen zurückgewährt werden dürfte, während umgekehrt vielleicht nach kurzer Zeit ein nicht zu berechnendes Ereigniß zur Wiedereinrufung der Einlagen nöthigte, kann hier niemals Rechnung getragen werden.²⁹⁾ Ist unter Abänderung des

29) Vgl. auch Schäffle, Gesellschaftliches System 3. Aufl. Bd. 2 S. 48.

Statuts zurückgezahlt, so wird der Aktionär insoweit frei. Eine Rückgabe von Einlagen unter Vorbehalt der Wiedereinrufung ist gesetzlich nicht anerkannt und konnte dies nicht werden. Da die Gesellschaft und Dritte ein gesetzliches, unverzichtbares Recht auf Erhaltung der Widerlagen gegen ein festes Grundkapital haben, ist die Rückgewähr der Einlagen konsequent nur als partielle Liquidation unter Minderung des Grundkapitals zugelassen: dies mindere Grundkapital kennzeichnet aber nunmehr wiederum die Summe der Einlageverbindlichkeiten.

Umgekehrt mußte die quotale Beziehung des Nennbetrages der Aktien zu dem festen Grundkapital folgerichtig dahin führen, daß die Verpflichtung des Aktionärs, zu den Zwecken der Gesellschaft und zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten beizutragen, schlechthin durch den Nennbetrag der Aktie — zuzüglich eines etwaigen Agios — begrenzt wird. Hierbei handelt es sich nicht etwa um eine Vorschrift, welche durch anderweite Abmachungen umgestoßen werden könnte. Eine Aktiengesellschaft ist begrifflich nur vorhanden, wenn sich die sämtlichen Gesellschafter lediglich mit Einlagen betheiligen und wenn der Nennbetrag dieser Einlagen dem festen statutarischen Grundkapital gleichkommt. Ein Beitrag der Genossen über die mittelst Zeichnungsscheines oder Uebnahmeerklärung versprochenen Einlagebeträge hinaus hat innerhalb des Aktienrechts keinen Boden.³⁰⁾ Der Vertragswille kann hier niemals, wie dies bei der offenen Handelsgesellschaft möglich ist³¹⁾, dahin gehen, daß die Höhe der Einlage sich unbegrenzt nach dem Kapitalbedürfnis der Gesellschaft richte. Ergiebt sich, daß die in dem Grundkapital veranschlagten Mittel zu geringe sind, so zeigt nicht selten die kaum entstandene Gesellschaft ein hippokratisches Gesicht. Wie es das Beispiel einer erheblichen Anzahl von Eisenbahngesellschaften erweist, bleibt häufig nichts übrig, als

30) Vgl. die interessante Entsch. des Reichsgerichts, III. Civilsenat v. 26. November 1886 in der besonderen Beilage zum Deutschen Reichsanzeiger 1887 S. 106 fg.

31) Laband in Goldschmidts Zeitschr. Bd. 31 S. 26.

das Unternehmen von Anbeginn mit einer unerträglichen Zinslast zu beschweren. Die Emission von jungen, mit den älteren gleichberechtigten Aktien wird sich bei derartigen in der Entstehung angekränkelten Unternehmungen nicht durchführen lassen. Die Emission von Prioritätsaktien, deren Vorrecht eine größere Anziehungskraft auf das Kapital übt, kann bereits daran scheitern, daß sich die gesetzliche Dreiviertelmehrheit des in der Generalversammlung vertretenen Grundkapitals nicht aufbringen läßt. Hat eine vorsichtige Redaktion der Statuten die Erhöhung des Grundkapitals von dem Beschlusse der einfachen Mehrheit abhängig gemacht, so steht die Unterbringung der jungen Vorzugsaktien noch immer dahin. Ob es gestattet ist, die Erhöhung des Grundkapitals derart zu beschließen, daß die Anwerbung beliebig vieler neuer Zeichner bis zu einer bestimmten Höchstgrenze stattfinden soll,³²⁾ bleibt dabei zweifelhaft. Darf nur beschlossen werden, daß die Erhöhung zu einem festen Betrag als einheitlichem Ganzen statfinde, so wird die Ausgabe junger Aktien weiter erschwert. Gelingt es nicht, Zeichner für das gesammte derart fixirte Zusatzkapital zu beschaffen, so ist die ganze Operation mißglückt. Allein gesetzt auch, es sollte die Unterbringung junger Aktien sich als durchführbar erweisen, bleibt immer die Anomalie, daß die natürlichen Träger des Unternehmens, die Gesellschaftsglieder, die Sorge für den Fortbestand der Gesellschaft von sich abwälzen und doch die Früchte des durch anderweite Mittel gehaltenen Unternehmens mitgenießen. Dieser Widerspruch tritt am grellsten in den Fällen hervor, in welchen nur einzelne Aktionäre durch Uebnahme junger Aktien der Gesellschaft neue Hilfsquellen zuführen. Die indolenten, das Unternehmen aufgebenden Aktionäre werden hier möglicherweise durch die Opfer der Genossen mitgerettet. Selbst wenn eine Kreirung von Vorzugsaktien die Stammaktien pekuniär entwerthet hat,

32) Dieser von mir vertheidigte Ausweg — Aktiengesetz S. 209 fg. — ist in der Praxis adeptirt worden von der Bonner Privatbank, Centralhandelsregister 1886 Nr. 254.

behält der Stammaktionär immerhin mittels des Stimmrechts maßgebenden Einfluß auf die Geschicke der Gesellschaft. Der Einwurf, daß diese Erwägung das Wesen der beschränkten Einlageverbindlichkeit überhaupt treffe und daß, so lange diese — allgemeinen civilistischen Regeln gemäß — zugelassen werde, auch das Recht des Aktionärs, nur die versprochene Einlage zu leisten, ein normales sei, ist zurückzuweisen. Richtig ist der Grundsatz, daß begrenzten Zwecken begrenzte Mittel mit Rechtswirkung nach innen und außen entsprechen dürfen. Richtig ist aber auch, daß, wer den Zweck will, zugleich die Mittel wollen muß. Gegenüber dem Artikel 92 des Handelsgesetzbuches trifft §. 191 des Preussischen Allgemeinen Landrechts Theil I Titel 17 und §. 1189 des Oesterreichischen Bürgerlichen Gesetzbuchs wenigstens für Kapitalvereinigungen das Rechte in der Bestimmung, daß, sofern der Gesellschaftszweck ohne Erhöhung der zugesagten Beiträge nicht erreichbar ist, das dieselben weigernde Mitglied zum Austritt gezwungen werden kann. Zudem steht hier nicht das, was ist, sondern das, was sein soll, in Frage. Die offene Handelsgesellschaft giebt die Rechtsform für unbeschränkte Haftung der Theilnehmer nach außen, unbeschränkte oder beschränkte Verpflichtung derselben nach innen ab; die Aktiengesellschaft verbindet die beschränkte Haftung und Verpflichtung nach der einen wie der anderen Seite: für die beschränkte Haftung nach außen und unbeschränkte Verpflichtung nach innen ist das Bedürfnis, nicht aber die allgemeine Rechtsform vorhanden.

Hiermit in engstem Zusammenhange steht, daß die Gesellschaft mit festem Grundkapital, die Aktiengesellschaft, eine durchaus ungeeignete Vereinigungsform für Unternehmungen abgiebt, bei welchen leicht nicht vorherzusehende Ereignisse ungewöhnliche Vermögensverluste verursachen. Ist der Reservecfonds stark genug, um den Verlust auszugleichen, so mag die Kalamität überwunden werden. Reicht aber der Fonds nicht zu, so muß die Gesellschaft aus den Erträgen der Folgejahre den Verlust aufsparen, wenn sie nicht zu der schon wegen des Aufwuchs der Gläubiger finanziell bedenklichen und leicht kreditgefährdenden

Maßregel der Herabsetzung des Grundkapitals greifen will. Eine flüssige Gestaltung, nach welcher der Verlust das Kapitalkonto mindert und wieder ertragreiche Jahre auch den Gesellschaftern Erträgnisse bringen, ist mit der Festhaltung eines bestimmten Grundkapitals unvereinbar.

Die zutreffende Ueberlegung, daß bei gewissen Unternehmungen die tatsächlichen Grundlagen für die Bestimmung des Anlage- und Betriebskapitals mangeln, daß insbesondere — sofern auf elementare Kräfte gerücksichtigt werden muß — jede Berechnung eine trügerische ist, hat für die Montanindustrie zu einer eigenartigen Gestaltung geführt, welche sich der Rechtsform der Aktiengesellschaft bis in die neueste Zeit als eine hier zweckentsprechendere zur Seite stellt.³³⁾ Ähnliche Verhältnisse walten aber zweifellos auch für andere Geschäftszweige ob. Namentlich wird dies von den **kolonialen Unternehmungen** behauptet werden müssen. Auch von ihnen gilt, daß sich die erforderlichen Mittel jeder irgend zuverlässigen Vorausbemessung entziehen. Nicht vorherzusehende elementare Ereignisse, der Zerstörungstrieb der Urbewohner, die Feindseligkeit benachbarter Kolonien, Ueber- und Unterschätzung der Ertragsfähigkeit des Bodens, der Verbrauchsfähigkeit des Landes: kurz, eine Reihe unbekannter und unberechenbarer Thatfachen werden schließlich jede Schätzung hinfällig machen. Hier muß eine Rechtsform der gesellschaftlichen Vereinigung gefunden werden, welche einerseits die Genossen bei Mißlingen des Wagnisses nicht unerträglichen Verlusten aussetzt, andererseits die Gewißheit giebt, daß einem aussichtsvollen, lebensfähigen Unternehmen die zum Fortbestand erforderlichen Mittel von dem Mutterlande nicht versagt werden.³⁴⁾

33) Motive zum Gesetzentwurf, Die Mobilisirung der Ruxe betreffend, S. 18; Klostermann, Berggesetz 4. Aufl. S. 204 fg.

34) Vgl. die Ausführung in der Zeitschrift für Bergrecht 27. Jahrgang 1886 S. 337 ff. Die Englisch-Ostindische Kompagnie legte zwar 1612 das Joint-Stock-Prinzip zu Grunde; doch kam es zu keinem eigentlichen Aktienfonds. Vielmehr wurden von Zeit zu Zeit die erforderlichen Summen auf dem Wege der Subskription aufgebracht, wobei sich einzelne Mitglieder

Diese Erwägung muß auch für koloniale und ähnliche Unternehmungen auf diejenige Gesellschaftsart hinleiten, bei welcher grundsätzlich die erforderlichen Mittel ohne Beschränkung von den Genossen beigesteuert werden, während jeder derselben die Möglichkeit hat, sich unter Aufopferung eines fixen Theiles seines Vermögens mit Rechtswirkung nach innen und außen von der Gesellschaft loszulösen, auf die Gewerkschaft.

Die typische Eigenheit der preussisch-rechtlichen Gewerkschaft, deren Gestaltung für das Recht der meisten bergbauenden Deutschen Staaten grundlegend geworden ist,³⁵⁾ im Gegensatz zu der Aktiengesellschaft ist die nach Zeit und Maß nicht begrenzte Beitragspflicht der Gewerken. Soweit die für das Unternehmen erforderlichen Mittel nicht durch die laufenden Einnahmen zu decken sind, müssen die Gewerken Beiträge (Zubußen) leisten. Das Bedürfnis bestimmt den Betrag der Zubußen im Allgemeinen, das Verhältniß aller Ruxe zu den von dem Einzelnen besessenen die Beitragspflicht jedes Gewerken insbesondere. Die Gewerkschaft kann die Erhebung von Zubußen mit einfacher Mehrheit beschließen und darf statutarisch den Repräsentanten und Grubenvorstand zur Ausschreibung ermächtigen. Der Gewerke steht für seine Beiträge der Gewerkschaft persönlich mit seinem vollen Vermögen ein; den Gläubigern haftet nur das Gewerkschaftsvermögen. Veräußert ein Gewerke die Ruxe freiwillig, so steht er für die Beiträge ein, deren Erhebung bei beweglichen Ruxen vor dem

stärker, andere garnicht theiligten. Die Subskriptionen betrugen 1612: 429 000 £, 1617: 1 600 000 £, 1631: 420 700 £. Erst seit 1708 war ein einziges festes Aktienkapital vorhanden. Die Niederländisch-Ostindische Kompagnie hat allerdings ihr Aktienkapital von 2 153 Aktien zu je 3 000 fl. nie vermehrt. — Roscher, Jannasch, Kolonien S. 253 fg.

35) Nach Klostermann, Berggesetz 4. Aufl. S. V. haben nur Sachsen, Sachsen-Weimar und Schwarzburg-Sondershausen kodifizierte Berggesetze, welche nicht völlig materiell mit den Preussischen übereinstimmen, während das Preussische Bergrecht in 12 Staaten gilt, welche zusammen $\frac{8}{10}$ der Fläche und $\frac{9}{10}$ des Werthes der jährlichen Bergwerksproduktion des Deutschen Reiches repräsentiren.

Antrag auf Umschreibung derselben im Gewerkenbuch, bei unbeweglichen vor der Veräußerung beschlossen ist, während der Erwerber für Rückstände nicht haftet. Gegen die hiernach grundsätzlich unbeschränkte Einlageverpflichtung stehen den Gewerken indessen Abwehrmittel zu, welche diese Verbindlichkeit und damit die Haftung thatsächlich zur beschränkten gestalten. Der Gewerke kann einmal den Beschluß auf Umschreibung und Erhebung von Zinsen mittelst gerichtlicher Klage oder laut statutarischer Verfügung durch Anrufung von Schiedsrichtern mit der Begründung anfechten, daß derselbe nicht zum Besten der Gewerkschaft — nicht etwa nur des einzelnen Gewerkes — gereiche. Er kann sich aber auch der unbeschränkten Verbindlichkeit dadurch entziehen, daß er den Kuxschein überreicht und den Verkauf seines Antheils behufs Befriedigung der Gewerkschaft anheimstellt. Solche Erklärung kann jederzeit, auch während eines über die Beiträge schwebenden Rechtsstreits, abgegeben werden. Hat der Gewerke den Verkauf anheimgestellt, so veräußert die Gewerkschaft die beweglichen Kuxe durch Mobiliarversteigerung, die unbeweglichen im Wege der Subhastation. Unverkäufliche Kuxe fallen den übrigen Gewerken nach ihren Antheilen in ganzen Kuxen, soweit dies nicht angeht, der Gewerkschaft als solcher zu. Sofern der Gewerke den Verkauf nicht anheimgiebt, kann die Gewerkschaft die ausgeschriebenen Beiträge einlagen und wegen derselben Zwangsvollstreckung auch in die Kuxe bewirken; für den Ausfall bleibt der Gewerke persönlich haftbar.³⁶⁾

Diese Gestaltung ist nicht unangefochten geblieben: man hat die so geregelte Haftung der Gewerken als eine „papierene“ bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die Erhebung von Zinsen einen Gewerkschaftsbeschluß voraussetze, die Befriedigung der Gläubiger also von dem guten Willen der Schuldner abhängen.³⁷⁾ Wird hierbei der Grundsatz vertreten,

36) Vgl. zu dem Vorstehenden die treffliche Darlegung der Grundsätze von Braßert in seiner Zeitschr. für Bergrecht Jahrg. 20 S. 71 fg.

37) Baron in der Zeitschr. für Bergrecht Jahrg. 20 S. 308.

daß jede Zusammenschließung mehrerer Personen zu einer nach außen kenntlichen Gesellschaft — letzterer im weitesten Sinne — von dem Grundsatz der persönlichen, unbeschränkten Haftung für die Verbindlichkeiten des gemeinschaftlich betriebenen Unternehmens beherrscht werden müsse und daß nur über die solidarische oder anteilmäßige Verhaftung zu streiten, vielleicht noch die Subsidiarität des Entstehens zu erwägen sei,³⁸⁾ so mag der Angriff gegen das entwickelte System als Ausfluß des Prinzips sich halten lassen. Wird aber im Einklang mit dem bestehenden Rechte und in Anerkennung eines gefunden wirtschaftlichen Grundsatzes die unbeschränkte Haftung nicht als ausschließendes Dogma hingestellt, so kann die Gestaltung des Vergrechts im Allgemeinen als eine durchaus glückliche bezeichnet werden. Der Gläubiger kreditirt oder soll kreditiren dem Unternehmen, dem Bergwerk nebst seinem Zubehör, in welchem sich das Unternehmen erschöpft. In dem Anrecht an diesem, in den Ruhen liegt der Vermögenstheil jedes Gewerkes, welcher den Gläubigern geboten wird, auf welche allein diese Anspruch haben. Mag den Kreditwillen auch die Erwägung mitbestimmen, daß der Gewerke diesen Vermögenstheil nicht leicht aufgeben, daß er, um ihn zu retten, Zinsen leisten werde, so ist doch der Gläubiger auf solche Beisteuer zu zählen nicht befugt; er wagt, soweit er auf sie rechnet. An dieser Stelle tritt die Ähnlichkeit der Gewerkschaft mit der Aktiengesellschaft, wie der Unterschied beider scharf hervor. Bei der einen wie der anderen ist der Genosse nur schuldig, einen bestimmten Theil seines Vermögens aufzuopfern. Bei der Zeichnung bezw. Uebnahme der Aktie setzt der Theilhaber den Nennbetrag der Aktie zuzüglich eines etwaigen Agios ein; bei dem Erwerbe des Interimscheins wagt er den Erwerbspreis zuzüglich des Einlagerestes, bei dem Erwerbe der vollgezählten Aktie den gewährten Preis. Bei dem Ruhe riskirt der Gewerke die Summe, welche der Ruhe bis zur Erhebung der neuen Zinsen ihm zu stehen

38) *Baron a. a. O.* S. 310.

kommt. Während aber bei der vollgezahlten Aktie eine weitere Verpflichtung überhaupt nicht besteht, der Aktionär die Eigenschaft eines solchen durch das weitere Kapitalbedürfnis der Gesellschaft nicht verlieren kann, ist der Gewerke pflichtig, erneute Bedürfnisse der Gewerkschaft mitzubestreiten, wenn anders er Gewerke bleiben will. In dieser Abweichung ist die Uelegenheit der Gewerkschaft über die Aktiengesellschaft zu erblicken.

Nicht verkannt soll werden, daß das preussisch-rechtliche Gewerkschaftssystem an Mängeln krankt. Solches Gebrechen ist nach diesseitiger Auffassung, daß der Gewerkschaft wegen der rückständigen Beiträge ein dingliches Recht an den unbeweglichen oder beweglichen Kuxen oder doch ein Vorrecht auf Befriedigung aus dem Erlöse derselben vor den hypothekarischen, Pfand- und anderen Gläubigern nicht zusteht, gleichviel ob Zwangsvollstreckung in den Kux stattfindet, ob dessen Verkauf anheimgestellt wird, oder ob Konkurs über das Vermögen des Gewerkes schwebt.³⁹⁾ Es kann sein, daß bei dem Anheimstellen des Verkaufs beweglicher Kuxe die Konkurrenz zwischen Pfandgläubigern und der Gewerkschaft regelmäßig nicht vorkommen wird, da der Kuxschein behufs der Veräußerung überreicht werden muß, alsdann aber der in die Uebergabe willigende Pfandgläubiger seines Rechts nach den §§. 253,

39) Vgl. über diese Streitfrage Entsch. des Reichsger. in Civilsachen Bd. 3 S. 274; Preuss. Obertrib. in der Zeitschr. für Bergrecht Jahrg. 16 S. 117, 19 S. 100 u. 510, 21 S. 379; Achenbach ebendas. 19 S. 336; Braßfert ebendas. 20 S. 77; Baron ebendas. 20 S. 307; Rath ebendas. 19 S. 452; jetzt auch Klostermann, Berggesetz 4. Aufl. S. 230 gegen App.-G. Hamm in angef. Zeitschr. 18 S. 377; Arndt ebendas. 19 S. 200 (ebenso dessen Berggesetz S. 160); Plathner ebendas. 19 S. 353; Strohn ebendas. 7 S. 53; Wiese ebendas. 22 S. 219; vgl. weiter Antrag Hammacher nebst Anlagen ebendas. 19 S. 325; Denkschrift von v. d. Heyden-Rynsch ebendas. 19 S. 435 fg. — Für das Reichsrecht s. Konkursordnung §§. 3, 40, 41; Motive zu derselben S. 217; C.-P.-D. §§. 708, 709; Einf.-Ges. zur C.-P.-D. §. 23; für Preussen Ausf.-Ges. zur Konk.-D. §. 18; Dunkel Zwangsvollstreckungsgesetz vom 13. Juli 1883 §. 159 Abs. 3 und dazu Fürst in angef. Zeitschr. Jahrg. 1884 S. 103 fg.

254 des Preussischen Allgemeinen Landrechts Theil I. Titel 20, code civil Art. 2076, lex 7 cod. 8. 26 verlustig geht.⁴⁰⁾ Immer aber rührt jede Zulassung solcher Konkurrenz von anderweiten, insbesondere Pfandgläubigern an dem Grundsatz, daß der Gewerke, so lange er solcher ist, der vollen Beitragspflicht sich nicht entziehen kann und, wenn er ausscheiden will, schlimmsten Falles opfern muß, was ihm der Kux zu stehen kommt. Führt der Verkauf des Kuxes wegen Konkurrenz anderweiter Gläubiger nicht zur Befriedigung der Gewerkschaft, so lukriert zumal bei dem Abandon der Einzelne zum Schaden der Gesamtheit eventuell, was er auf den Kux von anderer Seite her erhalten hat. Daß mit einem der Gewerkschaft zugestandenem Vorrecht auf Befriedigung aus dem Verkaufserlös der Kredit des Gewerkes leiden würde, mag sein: allein es würde der Kredit der Gewerkschaft in dem nämlichen Grade steigen und so der Ausgleich herbeigeführt werden.⁴¹⁾

Nach dem bisher Erörterten ergibt sich, daß die Grundlinien der neuen Gesellschaftsform jedenfalls in zweifacher Richtung zu ziehen wären: die Gesellschaft der Zukunft muß einmal in der potenzierten Rechtsform einer juristischen Person erscheinen und durch einen entsprechenden Zusatz zu der Sachfirma scharf von allen anderen Vereinigungsformen geschieden und in ihrer eigenartigen Rechtsnatur offenbart werden. Die vorgeschlagene Bezeichnung „Gesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit“ wäre vielleicht, wenn sie gleich den Kern der Sache nicht trifft, einer gewissen Volksthümlichkeit der Worte halber zu wählen. Weiter muß für alle Gesellschafter der Grundsatz unbeschränkter Beitragsverpflichtung behufs Erfüllung der Gesellschaftszwecke und Verbindlichkeiten aufgestellt, indessen

40) Arndt, Berggesetz S. 159; Brassert in Zeitschr. für Bergrecht Jahrg. 20 S. 82.

41) Vgl. Hammacher in Zeitschr. für Bergrecht Jahrg. 19 S. 330; Schlüter ebendas. 19 S. 342; v. d. Heyden-Rynsch ebendas. 19 S. 437; dagegen Brassert ebendas. 20 S. 76; vgl. auch Entsch. des Reichsger. in Civils. Bd. 3 S. 279.

jedem Betheiligten nachgelassen werden, sich, schlimmsten Falles mit Aufopferung des auf den Erwerb und die Bewahrung der Theilhaberschaft Verwendeten, aber auch dieses Betrages voll und ganz, von derselben schließlich loszusagen.

Eine Scheidung zwischen Gesellschaften mit handelsgewerblichem Unternehmungszweck und anderweiten wird auch hier im Interesse der Rechtsicherheit und mangels innerer Rechtsfertigung einer je nach den Zielen der Vereinigung abweichenden Gestaltung nicht vorzunehmen sein. Konsequent wird der von dem Genossenschaftsgezet und der Aktiennovelle vom 11. Juni 1870 beschrittene Weg verfolgt und in allerdings etwas gewaltsamer Weise jede Gesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit für eine Handelsgesellschaft erklärt werden müssen, auch wenn der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht.

Die angezeigte Gestaltung führt zunächst folgerichtig dahin, in grundsätzlicher Abweichung von den für die Aktiengesellschaft maßgebenden Sätzen für die Verkörperung der Theilhaberschaft an der neuen Gesellschaft die Beseitigung der Nennbeträge zu verlangen. Es kann hier unerörtert bleiben, inwieweit das System der Nennbeträge für die Aktiengesellschaft paßt.⁴²⁾ Hervorzuheben ist nur, daß das Aktiengesetz sich selbst untren wird, wenn es einerseits mit den ziffermäßig bewertheten Aktien folgerichtig an dem ziffermäßigen Grundkapital als der durch reelle Gegenwerthe zu deckenden Kreditbasis festhält, andererseits aber es den Gesellschaften freiläßt, dauernd zum Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmte Gegenstände ohne Rücksicht auf den geringeren Werth zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis in die Aktiva der Vermögensbilanz einzustellen. Jedenfalls ist für eine nach dem Vorbilde der Gewerkschaft gestaltete Gesellschaft jeder feste Nennbetrag der Antheile ein Widerspruch. Der Nennbetrag der Aktie erklärt

42) Löwenfeld, Das Recht der Aktien-Gesellschaften S. 41 fg.; ders., Der Entwurf des neuen Aktiengesetzes S. 5 fg.; Bähr, Zum neuen Aktiengesetz S. 4 fg.

sich, seiner Entstehungsgeschichte wie seiner inneren Begründung nach, dahin, daß derselbe die auf die Aktie der Gesellschaft grundsätzlich zugewendete bezw. versprochene Geldsumme begreift. Soweit die Aktiengesellschaften lediglich mit Geldeinlagen in das Leben treten, kennzeichnet das Grundkapital (Zahl der Aktien mal Nennbetrag) zutreffend die baare Summe, welche bei der Entstehung der Gesellschaft durch Einschluß oder Versprechen gedeckt ist und deren Forterhaltung, zumal im Interesse der Gläubiger, durch gesetzliche Bestimmungen angezielt wird. Ob dieses Ziel erreicht ist, weist hier die Bilanz — in welcher das Gewinn- und Verlustkonto nicht, wie bei den Einzelkaufleuten und den anderen Handelsgesellschaften, auf Kapitalkonto ausgeglichen wird — mittels der Angabe des Gewinnes und Verlustes am Schlusse der Bilanz bei richtiger Schätzung der Aktiva zu dem Realisirungswerthe wiederum völlig wahrheitsgemäß aus. Insofern ist es auch zutreffend, in dem Nennbetrag der Aktie das „Soll“ ihres Werthes zu erblicken, welchem der Verkehr in dem Kurse das „Haben“ prozentualisch gegenüberstellt.⁴³⁾ Daß dieses ursprünglich gesunde, nimmehr besonders durch die Zulassung der Einbringegesellschaft und die vorbezeichnete Bilanzvorschrift angekränkelte System der Nennbeträge auf eine Gesellschaftsart durchaus nicht paßt, welche grundsätzlich feste, begrenzte Einlagen verwirft, ist ohne Weiteres klar. Selbst wenn das Gesetz hier einen bestimmten Mindesteinschuß jedes Gesellschafters verlangte, würde der auf diese Summe bezifferte Nennbetrag des Antheils mit der Einforderung weiterer Nachschüsse zur absoluten Unwahrheit. Wie es bei derlei Gesellschaften begrifflich ausgeschlossen ist, ein die gesamten Einlagen zusammenfassendes festes Kapital vorweg zu bestimmen, so kann auch der einzelnen Antheilsurkunde ein fester Nennbetrag niemals aufgedrückt werden. Der Schein muß auf den durch

43) Löwenfeld, Das Recht der Aktien-Gesellschaften S. 42; Begründung zum Aktiengesetz vom 18. Juli 1884 erster Entwurf S. 96, zweiter Entwurf S. 62 der Heymannschen Ausgaben.

ihn repräsentirten verhältnißmäßigen Antheil an dem Unternehmen lauten.⁴⁴⁾ Nur darf nicht etwa die Meinung Platz greifen, als würde hierdurch ein Miteigenthum der Theilhaber an dem Gesellschaftsvermögen statuiert. Da die Gesellschaft als solche, wie jede juristische Person, in Bezug auf ihr Vermögen selbständig dastehen muß, kann ein Miteigenthum der Theilhaber an dem Gesellschaftsvermögen ebensowenig zugestanden werden, als überhaupt die Möglichkeit besteht, daß eine Person das selbständige Vermögen einer anderen ganz oder theilweise im Vermögen hat. Wie die Aktie ist auch der Rux des neueren Bergrechts nicht ein ideeller Antheil des genossenschaftlichen Vermögens:⁴⁵⁾ er repräsentirt vielmehr lediglich das Forderungsrecht des Theilhabers, dessen quotales Anrecht an der Verwaltung, der Nutzung und dem Vermögen im Falle der Auflösung. Die Normirung einer bestimmten Anzahl von Antheilen, wie sie das Berggesetz vornimmt (100 oder 1000), mag sich hier nicht empfehlen lassen. Die Ausgabe von Scheinen wird im Interesse einer geordneten Verwaltung zwingend vorzuschreiben sein.⁴⁶⁾ Die dauernd auf dem Antheil ruhende Verbindlichkeit zu weiteren Beiträgen muß zur ausschließlichen Gestattung von Namensantheilen führen: die diesbezügliche Verpflichtung wäre mit der Zulassung von Inhaberantheilen unvereinbar, da Verbindlichkeiten au porteur nicht denkbar sind. Die Ausgabe von Interimsscheinen muß sich erübrigen, da der Antheil niemals

44) Bähr a. a. D. S. 6; das Formular eines Ruxscheins ist:

Ruxschein Nr. 0

über 1 Rux der in 100 Ruxe eingetheilten Gewerkschaft des
Steinkohlenbergwerks XX.

Im Gewerkenbuche ist als Eigentümer des mit der Stammmummer 0
bezeichneten Ruxes eingetragen: P. P.

Urkundlich unter Siegel und Unterschrift ausgestellt.

B., den . . .

N. N., Repräsentant.

45) Entsch. des Reichsger. in Civils. Bd. 3 S. 286.

46) Anders §. 103 des Preuß. Berggesetzes; über die sich hieraus
ergebenden Mißstände s. Klostermann, Berggesetz 4. Aufl. S. 206.

vollgezahlt ist, die Urkunde also im aktientechnischen Sinne stets nur einen Interimschein darstellt. Die thatächlich auf den Antheil gezahlten oder verrechneten Beträge werden zweckmäßig auf dem Schein abzuquittiren sein. Folgerichtig ergiebt sich auch hier die Führung eines Antheilsbuches mit der Wirkung, daß nur die in demselben Eingetragenen der Gesellschaft gegenüber für Rechte und Pflichten in Betracht kommen.⁴⁷⁾ Die Uebertragung des Antheils muß mangels anderweiter Bestimmung des Gesellschaftsvertrages freistehen, aber nur schriftlich erfolgen können. Blankozeßion und Blankoindossament wären im Interesse geringerer Umlaufsfähigkeit des Papiers gleichmäßig auszuschließen. Um dem Erwerber die Eigenschaft als Theilhaber zu verschaffen, bliebe die Umschreibung im Antheilsbuch auf Antrag des Erwerbers nach Vorlegung des Antheilscheins zu erfordern. Die Verbindlichkeit des Erwerbers gegenüber dem Veräußerer, diesen Antrag zu stellen, müßte sich nach den Grundsätzen des allgemeinen Civilrechts bestimmen.

Die Folge aller dieser Vorkehrungen würde allerdings eine Einschränkung des Handels mit den betreffenden Antheilen sein. Die Antheile könnten nur nach einem Stückpreise börsenmäßig notirt werden, welcher zunächst schwerlich von anderen Personen, als den mit der Sachlage vertrauten, bezahlt werden dürfte. Dieser Zustand, welcher bereits zur Zeit für die Kurze vorliegt,⁴⁸⁾ kann von dem Standpunkt aus, daß weitere Kreise sich mit derlei Unternehmungen überhaupt nur nach ihrer Erprobtheit befassen sollen, sicherlich nicht als ein unerwünschter bezeichnet werden. Dies erscheint um so bedeutamer, als die nach Spielpapieren begehrende Spekulation

47) Nach §. 106 des Preuß. Vergesetzes entscheidet die Eintragung nur hinsichtlich der Rechte.

48) Der Berliner Kurszettel weist keinen Kur auf. Der Essener amtliche Kursbericht vom 27. Dezember 1886 notirte 20 Kurse mit Stückpreisen; ein etwa um dieselbe Zeit ausgegebener privater Kursbericht von W. Sauer in Essen 81 Kurse. Vgl. auch Klostermann, Vergesetz 4. Aufl. S. 203; v. Mangoldt, Volkswirthschaftslehre 1868 S. 253.

Ring, Kolonialgesellschaften.

sich schwer zu beurtheilenden, in entlegenen Ländern bestehenden Unternehmungen jederzeit mit besonderer Vorliebe widmete — eine Neigung, welche schon der genialste aller Gründer, John Law, mit scharfem Blick erkannte und auszunutzen wußte. Bemächtigt sich aber die Spekulation dennoch solcher Antheile, deren Werth sie nicht kennt, so mögen die Gewinnsüchtigen die Strafe ihres Leichtsinns tragen.⁴⁹⁾ Zwischen dem extremen *laissez faire*, welches in England lange Zeit hindurch die schreiendsten Mißbräuche auf dem Gebiete des Aktienwesens bewußt hingehen ließ, und dem extremen Repressivsystem, wie es in Preußen in den Jahren 1836, 1840 und 1844 zum Verbote aller Zeitgeschäfte in spanischen, dann in ausländischen Werthpapieren überhaupt, sowie in Promessen von Eisenbahnpapieren führte, muß es einen Mittelweg geben.

Das Problem, welches hiernach in erster Reihe zu lösen bleibt, ist die relative Sicherung der Gesellschaftsgläubiger, die Fürsorge gegen eine vollständige Verflüchtigung des Gesellschaftsvermögens. Bei der Aktiengesellschaft wird diese Aufgabe wesentlich durch die Vorschriften über die Verantwortlichkeit der Gründer, Gründergenossen und Gesellschaftsorgane für die Deckung des Grundkapitals, die Haftung der Aktionäre für den Nennbetrag der Aktie, über die Bilanz und die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens, gelöst. Für die Belegung des Grundkapitals durch Versprechen von Baar- und Sacheinlagen stehen die Gründer, die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsraths, die Emissionshäuser mittels weitgehender und verschiedenartiger Verantwortlichkeit ein, sorgt unter Umständen noch eine Prüfung durch Revisoren. Auch ist die Leistung eines Theiles der Baareinlagen, sowie in gewissem Maße diejenige des Restes und die Deckung des Grundkapitals durch entsprechend werthvolle Sacheinlagen mittelst Verantwortlichkeit der Gründer und ihnen insoweit gleichgestellter Personen

49) Ueber unerhörte Kurssteigerungen in marktgängigen Antheilsscheinen Südafrikanischer Goldminen im Winter 1886 vgl. Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 710, 1887 S. 65. Antheile der Sheba-Kompagnie zu 1 £ stiegen auf 100 £, also auf 10 000 Prozent.

gewährleistet. Die Liberirung der Aktie findet nicht mehr statt. Für deren Baarzahlung haftet grundsätzlich der jeweilige Aktionär, eine bei dem Verbote der Ausgabe von Interimscheinen auf den Inhaber und der Anordnung der Eintragung der Gesellschafter in ein Aktienbuch bis zur Ausgabe von Inhaberaktien jederzeit greifbare Persönlichkeit. Das statutarische, bis zur Aenderung der Grundverfassung unverrückbare Grundkapital ist unter die Passiva der alljährlich zu ziehenden Bilanz aufzunehmen. Die Rückzahlung von Einlagen wird als partielle Auflösung der Gesellschaft behandelt und unterfällt dem Liquidationsverfahren. Unter die Aktionäre darf nur vertheilt werden, was sich nach der jährlichen Bilanz als reiner Gewinn ergibt. Ist den Bestimmungen des Gesetzes zuwider Gesellschaftsvermögen dergestalt vertheilt, daß die Widerlagen gegen das statutarische Grundkapital eine Schmälerung erleiden, so haftet der empfangende Aktionär grundsätzlich auch den Gesellschaftsgläubigern. Nur der gutgläubige Erwerber von Zinsen und Dividenden ist geschützt. Die Erlangung eines dem Nennbetrage des Grundkapitals gleichwerthigen Vermögensquantums, die Ausschließung von Objekten, deren Werth dem öffentlich bezeichneten Kreditfonds gleichkommt, von der vertheilbaren Dividendenmasse ist hierdurch in denkbarst vollkommener Weise gesichert.

In scharfem Gegensatze zu diesem System steht dasjenige der gewerkschaftlichen Ausbeutevertheilung. Der in Gemeinschaft betriebene Bergbau kennt kein festes Kapital, welches die zu erlangenden und festzuhaltenen Gesellschaftsmittel und damit die Kreditbasis der Gesellschaft anzeigt. Er erfordert laufende Zuschüsse, welche einzuzahlen sind, so lange und so oft das Werk seine Kosten nicht selbst aufbringt. Die Gewerken schießen nicht einen bestimmten, ihre Rechte und Pflichten begrenzenden Betrag ein: sie leisten vor und nach, je nach dem Bedarfe des Unternehmens. Dieser gelenkigen Gestaltung entsprechend, hat sich das Preussische Berggesetz auch jeder Vorschrift über die Vertheilung des Gewinnes enthalten. Die Festsetzung hierüber ist dem jedesmaligen Beschlusse der

Gewerkschaft oder dem Statut überlassen. Der periodischen ungemessenen Zubußeanlage entspricht die ebenso erfolgende Rückzahlung des geleisteten Beitrages aus dem verfügbaren Erlöse der Bergwerksprodukte (Verlageserstattung) und Vertheilung der über diese Summe hin disponiblen Erträgnisse (Ausbeuteschließung). Daß durch solche der Willkür des Schuldners den weitesten Spielraum lassende Gestaltung die Gesellschaftsgläubiger wenigstens bei den neu in Frage kommenden Unternehmungen in keiner Weise geschützt wären, ist nicht anzuzweifeln. Ob nicht bei der Gewerkschaft, welche schließlich ohne ein Bergwerk nicht beginnen und bestehen kann, wenigstens dessen nothwendiges Vorhandensein den Gläubigern eine gewisse — wenn auch durch successive Verzehrung der Grube sich allmählig mindernde — Gewähr bietet, bedarf hier keiner Erörterung.⁵⁰⁾ Bei einer allgemeinen Gesellschaftsform kann eine bedeutendere „Anlage“, ein dem Geschäftsbetriebe gewidmeter Gegenstand von erheblicherem Werthe, welcher den charakteristischen Gesellschaftszwecken dauernd erhalten bleiben muß und für die Gläubiger jedenfalls ein gewisses Haftungsobject darstellt, nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden. Somit bürgt, wenn die gewerkschaftliche Verfassung schlechthin vorbildlich sein soll, bei der so gestalteten allgemeinen Gesellschaft Nichts dafür, daß überhaupt jemals ein irgend nennenswerthes, durch thatsächliche Einlagen oder Versprechen gedecktes Erstlingsvermögen der Gesellschaft vorhanden ist, welches den Gläubigern eine Kreditunterlage gewährte. Weiter ist die Möglichkeit gegeben, daß sich bei der nach Art der Gewerkschaft gebildeten Gesellschaft deren Vermögen durch Verlageserstattung und Ausbeuteschließung allmählig durchaus verflüchtigt, sofern keine positive Norm die Erhaltung wenigstens eines Mindestvermögens erzwingt. In der ersten Richtung wird der zielführende Weg nicht zu verfehlen sein. Es ist möglich, trotz Freigabe einer Abandonirung des Antheils eine

50) Vgl. dazu v. Mangoldt, Volkswirtschaftslehre 1868 S. 254; auch Klefstermann, Berggesetz 4. Aufl. S. 205.

beträchtliche Mindesteinlage jedes Gesellschafters vorzuschreiben, dergestalt, daß der letztere von dieser sich weder selbst durch Abandon befreien, noch Seitens der Gesellschaft befreit werden kann. Weiterhin steht nichts entgegen, eine derartige Gesellschaft überhaupt nur zuzulassen, wenn ein gesetzliches nicht unerhebliches Erstlingsvermögen durch die Urgegesellschafter versprochen und zum Theil eingeschossen ist. Der bei der Verathung des Aktiengesetzes unbeachtet gebliebene Vorschlag, einen Mindestbetrag des Grundkapitals gesetzlich festzustellen,⁵¹⁾ wird hier mit noch größerem Rechte zu wiederholen sein. Die Gestaltung, nach welcher der Gesellschafter an sich unbeschränkt beitragspflichtig ist, sich aber nach Einlage eines bestimmten Betrages mit Rechtswirkung nach innen und außen von der Gesellschaft einseitig lösen kann, ist bereits durch die Neu-Guinea-Compagnie praktisch verwirklicht. Jede Ziffer für die Mindesteinlage, wie für das aus deren Summe bestehende geringste Erstlingsvermögen der Gesellschaft wird eine willkürliche sein müssen. Unter Annahme eines mittleren Satzes aus den in der deutschen Praxis hauptsächlich vorkommenden Zahlen⁵²⁾ sei der Betrag von 5000 Mark gewählt. Die Vertheilung an solchen, gerade ihrer Unberechenbarkeit wegen

51) Stenographische Berichte des Reichstags 1884 S. 202 (Hornwig).

52) Die Mindestbetheiligung bei der Neu-Guinea-Compagnie beträgt 5 000 Mark (Statut §. 11), ebensoviel der Aktienbetrag bei der Deutschen Uebersee-Bank (Centralhandelsreg. 1886 Nr. 274 A.). Die neuesten beitragspflichtigen Antheile der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft sind auf 10 000 Mark festgesetzt (Statut §. 10); ebenso hoch sind die Antheile der stillen Gesellschafter der Handelsgesellschaft „Fr. Kolin, Deutsch-Afrikanisches Geschäft“ mit 600 000 Mark Kapital und die Kommanditantheile der Kameruner Land- u. Plantagen-Gesellschaft Börmann, Thormählen & Co. (Deutsche Kolonialzeitung 1885 S. 279, 539). Dagegen betragen die Einlagen der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwest-Afrika 1 000 Mark (Statut §. 14), ebensoviel die Aktien der Deutsch-Ostafrikanischen Plantagen-Gesellschaft zu Berlin (Centralhandelsreg. 1886 Nr. 292 A.) und der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg Lit. A., während die Aktien derselben Gesellschaft Lit. B. auf 2 500 Mark lauten (Revidirtes Statut von 1886 §. 6). Die Aktien der Südamerikanischen

einer neuen Gesellschaftsform unterstellten Unternehmungen, die Rolle des wenn auch nur mittelbaren „merchant adventurer“ paßt für den kleinen Mann überhaupt nicht.⁵³⁾ Der Mindestbetrag des Eröffungsvermögens, welches durch Versprechen bei der Gesellschaftsentsstehung gedeckt sein muß, des gesetzlichen „Einlagekapitals“ sei auf eine Million Mark geschätzt: in den Jahren 1883 bis 1885 betrug selbst bei den neugegründeten deutschen Aktiengesellschaften das Grundkapital im Durchschnitt 750 000 bis 900 000 Mark.⁵⁴⁾

Daß dies durch das Einlagekapital bezeichnete Eröffungsvermögen der Gesellschaft zukommt, wird bei reinen Geldeinlagen sachgemäß durch Vorschriften, wie sie das Aktiengesetz in durchdachter Weise aufstellt, zu bewirken sein. Das Aktien-

Kolonialgesellschaft in Leipzig lauten auf 500 Mark. Eine in der Bildung begriffene Schweizerisch-Afrikanische Exportgesellschaft will 1 000 Aktien zu 500 Frs. auslegen. Das erste Kapital der Compagnie du Congo pour le Commerce et l'Industrie beträgt 1 Million Frs. in Aktien zu 500 Frs. (Deutsche Kolonialzeitung 1887 S. 30, 72).

53) Die Holländisch-Ostindische Kompagnie, sicherlich eine der großartigsten, die es je gegeben, vertheilte während der vierundzwanzig Jahre von 1611 bis 1634 für vierzehn Jahre keine Dividende. In den Jahren 1605 bis 1610 schwankte die Dividende in enormer Weise. Der Satz betrug 15, 75, 40, 20, 25, 50 Prozent (Roscher-Jannasch, Kolonien S. 261). Vgl. über die kaufmännische Verfehltheit fast aller überseeischen Handelskompagnien, selbst der Englisch-Ostindischen, Roscher-Jannasch, Kolonien S. 269 fg., 278 fg. Schon 1769 wurden von Abbé Morellet 55 Kompagnien für auswärtigen Handel zusammengestellt, welche seit dem Jahre 1600 gescheitert waren (Adam Smith, Natur und Wesen des Volkswohlfstandes, überf. von Löwenthal 1882 Bd. 2 S. 268). Ueber mißglückte Handelskompagnien Preussens und Oesterreichs im vorigen Jahrhundert, s. Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 120 fg., 409 fg. Der erste Geschäftsbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika zeigt vom kaufmännischen Standpunkt aus ein wenig erfreuliches Bild (Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 792 fg.). Zutreffend warnt die Berliner Nationalzeitung vor der Ausgabe kleiner Antheilscheine durch Kolonialgesellschaften (abgedr. in der Deutschen Kolonialzeitung 1886 S. 358).

54) Genau 1885: 750 468; 1884: 751 227; 1883: 921 117. Vgl. dazu Berliner Börsezeitung Nr. 28 vom 18. Januar 1886 V. Beilage.

recht trifft hier wesentlich in zweifacher Richtung Vorkehr: es erzwingt einmal vermittels einer ausgedehnten Gründerverantwortlichkeit die Deckung des gesammten Einlagekapitals durch Versprechen; es führt weiterhin mittels gesetzlicher Feststellung der aus diesem Versprechen oder späterem Erwerbe der Aktien herrührenden Verpflichtung die reelle Beschaffung der so gedeckten Geldbeträge durch.

In der ersten Beziehung knüpft das Gesetz an die Personen von „Gründern“ an. Solche hier aus dem Spiele zu lassen, geht nicht an. Der durch das Aktiengesetz erzielte Fortschritt, demzufolge nicht mehr unverantwortliche und unkontrollirbare Personen die Entstehung der Gesellschaft herbeiführen, vielmehr diejenigen, welche das künstliche Rechtssubjekt schaffen, auch die Verantwortung für das Erzeugniß übernehmen, ist ein so großer, daß er unter keinen Umständen bei einer ähnlichen Gesellschaftsart aufgegeben werden darf.⁵⁵⁾ In der Generalversammlung des Deutschen Kolonialvereins vom 30. April 1886 wurde freilich das Gegentheil vertreten. Der Referent für das Gesetzgebungswesen, Oberbürgermeister Weber, meinte, „die Deffentlichkeit, der sich die Gründer zu unterwerfen haben, sei nicht sehr angenehm, selbst nicht für die ehrenwerthesten Männer.“⁵⁶⁾ Von ihm, wie von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hammacher wurde betont, daß bei der Gründung der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika es nicht an patriotischen Männern fehlte, welche Hunderttausende darbrachten, daß aber nicht Einer als „Gründer“ erscheinen mochte.⁵⁷⁾ Auf dergleichen allgemeine Versicherungen des Handelsstandes ist entscheidender Werth nicht zu legen. Ist das Unternehmen aussichtsvoll und an sich reell, so wird es nicht an ehrenwerthen Geschäftsmännern fehlen, welche sich demselben auch in verantwortlicher Stellung widmen. Mit

55) Vgl. dazu die drastische Auseinandersetzung von Schäffle, Gesellschaftliches System 3. Aufl. Bd. 2 S. 60 fg.

56) Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 306.

57) Ebd. S. 306, 307 fg.

Jug wurde ähnlichen Bedenken gegenüber von berufenster Seite die Frage erhoben, ob es ein Vorrecht gerade der respektablen Leute wäre, für ihre Handlungen nicht verantwortlich zu sein.⁵⁸⁾ Bei dem Bekanntwerden der auf die Verantwortlichkeit der Gründer und Gesellschaftsorgane bezüglichen Vorschläge der Aktiengesekzentwürfe wurde gleichermaßen, zumal von geschäftlicher Seite, in Wort und Schrift die Meinung vertreten, daß sich Männer, welche Namen und Geld zu verlieren hätten, unter so gefährlichen Bedingungen niemals in verbindlicher Stellung an Aktiengesellschaften heranwagen würden. Die Erfahrung der letzten Jahre hat das Gegentheil erwiesen. Es muß nachdrücklich betont werden, daß Personen von höchstem gesellschaftlichen und geschäftlichen Ansehen als Gründer, als Mitglieder des ersten Vorstandes und Aufsichtsraths auch Aktiengesellschaften des neuesten Rechts beigetreten sind. Zumal in Berlin, wo der Hauptwiderspruch laut wurde, trifft dies — und zwar auch bei Einbringegesellschaften — auf die Inhaber der bedeutendsten Bankhäuser zu. Bequem mag es sicherlich sein, in unverantwortlicher Stellung ein Unternehmen in das Leben zu rufen, es zu leiten und zu beaufsichtigen: rechtlich zulässig sollte es niemals werden. Der Einzelkaufmann deckt seine Firma mit seinem geschäftlichen und sozialen Namen, seiner ganzen vermögensrechtlichen Existenz. Das künstliche Rechtssubjekt hat keine persönliche Ehre einzusetzen und Nichts, als sein jeweiliges Vermögen zu verlieren. Daß nicht auch dies ihm zum Schaden der Beteiligten entzogen werde, muß irgend garantiert werden. Eine solche Gewähr bietet aber einzig die Inanspruchnahme der physischen Personen, welche das Unternehmen schaffen und lenken. Es ist sehr zutreffend, wenn der bezeichnete Referent sagt: „Nichts würde unseren kolonialen Bestrebungen so sehr schaden, als das Schwanken überseeischer Unternehmungen, als die Unsicherheit ihres Bestandes, der Mangel an Solidität, als ihr Zusammenbruch, der doch eintreten muß, wenn von

58) Wiener in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 4 S. 99.

vornherein die Organisation nicht die richtige war.“ Das sicherste Mittel, diesen gefährlichen Erfolg herbeizuführen, würde aber zweifellos der Mangel verantwortlicher Faktoren für die Gesellschaftsentscheidung und den Gesellschaftsbestand sein.

Nach hier muß in einer formalen Thätigkeit der die Gesellschaftsentscheidung Betreibenden das Merkmal für die gesetzliche Eigenschaft als Gründer erblickt werden. Als theilweise von dem Aktiengesetz abweichende Normen seien vorgeschlagen: der Inhalt des Gesellschaftsvertrages ist durch eine Mehr-, nicht gerade Fünzfahl von Personen, welche Antheile übernehmen, in gerichtlicher oder notarieller Verhandlung festzustellen. Diese Personen sind die Gründer der Gesellschaft. Wer anders als durch Baarzahlung zu leistende Einlagen macht, muß die Feststellung mit bewirken.⁵⁹⁾ In der Verhandlung ist zugleich die Anzahl der von jedem Einzelnen übernommenen Antheile anzugeben. Diese Gründer würden indessen — gleichviel wie der Abschluß des Gesellschaftsvertrages erfolgte — nicht die Personen sämtlicher Ersitzungsgesellschafter zu erschöpfen brauchen. Dies wird von wesentlichster Bedeutung, wenn, den Erfahrungen der Praxis gemäß, die Form der Successivgründung gänzlich ausscheidet. Dieselbe ist bei der Aktiengesellschaft zur Zeit in völlig untergeordneter Anwendung. Selbst bei Gesellschaften von sehr erheblichem Grundkapital oder großer Mitgliederzahl ist ständig die Form der Simultanerrichtung gewählt worden.⁶⁰⁾ Bei Gesellschaften, wie den

59) Bei der Verathung des Aktiengesetzes leider übergangener Vorschlag Wiener's in „Der Aktiengesetzentwurf“ S. 18.

60) Monate hindurch weist das Centralhandelsregister unter vielen Gründungen nicht eine Successiverrichtung auf. Selbst die größten, unter der Herrschaft des neuen Rechts entstandenen Gesellschaften, wie die Deutschen Solvaywerke, Deutsche Uebersee-Bank, Grusonwerk, Pfälzische Hypothekensbank mit 10 bezw. 10, 9 und 6 Millionen Grundkapital sind im Wege der Simultanerrichtung gegründet (Centralhandelsreg. 1885 Nr. 220 A., 1886 Nr. 274 A., 276, 137 B.). Es finden sich Simultanerrichtungen mit 50, mit 73, 75, 96, 138 und selbst 412 Gründern (Centralhandelsreg. 1886 Nr. 305 B.: Privatseeversicherung von 1886 in Flensburg, Nr. 113 B.:

hier fraglichen, bei welchen der Gewagtheit des Unternehmens halber eine primäre Ueberleitung der Antheile in die große Menge jedenfalls nicht zu begünstigen ist, wird mit um so größerem Recht an der ausschließlichen Gestattung der Simultanerrichtung festzuhalten sein. Die von dem Aktiengesetz hinsichtlich der Gesellschaftserrichtung geschaffene Rechtslage bedarf, wenn zweckmäßig nicht alle Erstlingsgesellschaften die Gründerverantwortlichkeit übernommen, einer Abänderung etwa dahin: In dem Falle, in welchem bei der Feststellung des Inhalts des Gesellschaftsvertrages sämtliche Antheile durch die Gründer übernommen worden, ist mit der Uebernahme der Gesellschaftsvertrag geschlossen. Soweit die Uebernahme nicht schon bei der Feststellung erfolgt ist, muß diejenige des Restes in besonderer gerichtlicher oder notarieller Verhandlung unter Theilnahme sämtlicher Uebernehmer von Antheilen stattfinden. Ist der nachträgliche Uebernehmer Gründer, so genügt die in der Verhandlung abgegebene Erklärung, daß derselbe eine bestimmte Anzahl von Antheilen noch übernehme. Will eine andere Person Antheile erlangen, so muß die Erklärung dahin abgegeben werden, daß der Betreffende die Antheile in Gemäßheit des festgestellten und ihm bekannten Inhalts des Gesellschaftsvertrages übernehme. Mit der Erschöpfung des Restes ist der Gesellschaftsvertrag geschlossen. Wird alsdann, im Anschluß an die Vorschriften des Aktienrechts, bestimmt, daß der Gesellschaftsvertrag die Höhe des „Einlagekapitals“, die Anzahl der Antheile und den durch Division der Antheilzahl in das Einlagekapital zu gewinnenden Betrag, zu dessen Leistung die Uebernahme jedes Anthells unbedingt verpflichtet, festsetzen muß, wird weiter die zur Gesellschaftsentscheidung notwendige Registrierung vorgeschrieben und eine Anmeldepflicht nach Art der aktienrechtlichen statuiert, so kann die auf die Deckung der Geldeinlagen bezügliche Verantwortlichkeit der

Mindener Badeanstalt, Nr. 91: Zuckerfabrik Hadmersleben, Nr. 304 B.: Mühlhauser Schießgesellschaft, Nr. 155 B.: Bürgerliches Brauhaus Hannover; C. H. R. 1887 Nr. 27: Katholischer Bürgerverein zu Trier).

Gründer in durchaus analoger Weise wie bei der Aktiengesellschaft geregelt werden. Der Anmeldung wären alsdann die auf die Uebernahme sämtlicher Antheile bezüglichen gerichtlichen oder notariellen Verhandlungen beizufügen, vielleicht auch eine Erklärung nach Maßgabe der Art. 176 Abs. 3, 210 Abs. 3 A.-G. anzuschließen, daß auf jeden Antheil eine — gesetzlich nach unten begrenzte — Summe vor der Anmeldung dem Vorstand baar eingezahlt sei. Alsdann müßten der Gesellschaft die Gründer dafür solidariisch haften, daß sämtliche Antheile übernommen und die angegebenen Beträge baar eingezahlt seien — bei Vermeidung der Mindestverbindlichkeit, die freien Antheile zu übernehmen und die fehlenden Beträge einzuschießen. Den Gründern, welche durch ihre Funktion die Verbindlichkeit überkommen, für die Beobachtung des die Gesellschaftsentstehung regelnden Gesetzes Sorge zu tragen, wäre nur der Exkulpationsbeweis freizulassen, daß sie den Mangel nicht gekannt hätten und auch bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes nicht hätten kennen müssen. Weiter dürfte zu bestimmen sein, daß die Gründer, welche bei dem Abschlusse des Gesellschaftsvertrages die Zahlungsunfähigkeit eines Uebernehmers kannten, für den durch die letztere entstandenen Ausfall der Gesellschaft verpflichtet werden. Die in dem Aktiengesetz durchgängig beliebte Feststellung des für die Kenntniß des Gründers hier maßgebenden Zeitpunktes auf die „Anmeldung des Gesellschaftsvertrages“ ist verfehlt, weil mit Abschluß des Vertrages die Gründer selbst gebunden sind.⁶¹⁾

Der reelle Baareinschuß des „Einlagekapitals“ durch die Theilhaber wird wiederum sachgemäß durch Vorschriften, wie sie das Aktiengesetz aufstellt, zu erzwingen sein. Eine Liberirung darf nicht gestattet werden. Für die Zahlungen bis zu den durch das Gesetz nach unten begrenzten, statutarischen Mindestbeträgen der Einlage hat grundsätzlich der jeweilige Theilhaber zu haften, eine bei dem Verbote der Ausgabe von Antheilen auf den Inhaber und der Anordnung eines Antheilsbuches

61) Vgl. mein Aktiengesetz S. 448 fg., 156 fg.; dies Archiv Bd. 45 S. 95 fg.

auch hier jederzeit greifbare Person. Die Einleitung des Raduzirungsverfahrens muß in das Ermessen der Gesellschaft gestellt, allein nur generell zulässig und, wenn fruchtlos, von den Folgen des Verfalles, dem Ausschlusse des Gesellschafters unter Verlustigerklärung seiner Rechte und der geleisteten Einzahlungen, sowie dem Entstehen für den Ausfall kraft gesetzlichen Gebotes begleitet sein. Subsidiär hätten nach erfolgter Raduzirung die eingetragenen Zwischenhändler und der Uebernehmer nach einander zu haften, allein nur gegen Aushändigung der über das Antheilsrecht neu auszustellenden Urkunde und lediglich für die innerhalb der Frist von zwei Jahren seit Anmeldung ihres Ausscheidens eingeforderten Beträge.

Allein auch für die Deckung des Einlagekapitals durch Sacheinlagen wird zweckmäßig an den Normen des Aktiengesetzes festzuhalten sein. Solche Einlagen überhaupt auszuschließen, wäre verfehlt: Der Erwerb von Anlagen für das zunächst baar gezahlte Kapital würde gleiche Gefahren in sich tragen. Bedarf die Gesellschaft bestimmungsgemäß gewisser Anlagen, so soll sie dieselben auch legal bei ihrer Entstehung haben können. Die Verfassung solcher Möglichkeit könnte die entstandene Gesellschaft leicht in die Zwangslage versetzen, jeden geforderten Preis bewilligen oder sich auflösen zu müssen.⁶²⁾

Die strengen Grundsätze des Aktiengesetzes knüpfen auch hier an die Personen der Gründer an: Bei Sacheinlagen ist die Person des Einlegers, der Gegenstand der Einlage und der Betrag der für dieselbe zu gewährenden Aktien in dem Gesellschaftsvertrage festzusetzen. Die Gründer und unter ihnen stets der Einleger haben die Höhe der gewährten Beträge schriftlich vom subjektiven Standpunkt aus zu rechtfertigen, unter besonderer Angabe der dem Erwerbe der Gesellschaft vorausgegangenen, auf denselben hinielenden Rechtsgeschäfte und der Erwerbs- und Herstellungspreise aus den letzten zwei Jahren. Der Anmeldung behufs Einregistrierung sind die den

62) Löwenfeld, Das Recht der Actien-Gesellschaften S. 158 fg.

Festsetzungen zu Grunde liegenden oder zu ihrer Ausführung geschlossenen Verträge und der Gründerbericht beizufügen. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der rücksichtlich dieser Festsetzungen behufs Einregistrierung gemachten Angaben, vielleicht auch des gesammten Inhalts des Gründerberichts haften der Gesellschaft die Gründer solidariſch, gleichermaßen für die böſliche Schädigung durch Einlagen. Nur der Gegenbeweis steht auch hier offen, daß der Gründer die Unrichtigkeit, Unvollständigkeit oder böſliche Schädigung weder gekannt habe, noch bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes habe kennen müſſen. Wer zu der böſlichen Schädigung wiſſentlich mitgewirkt hat, haftet der Geſellſchaft außer den Gründern ſolidariſch.

Von dieſen Vorſchriften bei Einführung einer neuen Geſellſchaftsart abzuweichen, liegt ein zwingender Grund nicht vor. Unbedenklich iſt die Aufnahme des Einlegers, des Einlagegegenſtandes und ſeines anzurechnenden Werthes in den Geſellſchaftsvertrag vorzuſchreiben. Angängig iſt es aber weiter, die Gründer zu einer Erklärung zu verpflichten, mittels deren ſie die Höhe des für Sacheinlagen zugebilligten Betrages rechtfertigen. Wer durch Feſtſtellung des Vertragsinhalts das Fundament des Geſellſchaftsbaues legt, muß für deſſen Sicherheit haften, muß verantwortllich erklären können, weshalb ihm der zugetheilte Preis angemessen erſcheint. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der mitgetheilten Thatſachen, nicht der Urtheile, muß der Erklärende einſtehen, in dem Sinne, in welchem der Zeuge dafür haftet, daß er „nach beſtem Wiſſen die reine Wahrheit geſagt, nichts verſchwiegen und nichts hinzugeſetzt“ habe.⁶³⁾ Daß die Haftung hier, wie bei der Gründerverantwortlichkeit überhaupt, eine ſolidare ſein muß, folgt aus dem gemeinſamen Handeln. Was jedem, der in ſo heikler Sache in die Deſſentlichkeit tritt, unbedingt zugemuthet werden kann,

63) Bei der Deutſch-Oſtafrikanischen Plantagengeſellſchaft (N.-G.) ſind 25 000 Hektar Landes inferirt und mit 100 000 Mark Aktien abgeloſt werden.

ist, daß er auch die Angaben der Genossen nicht ohne Weiteres als richtig hinnimmt, sondern sie prüft, soweit ein „ordentlicher Geschäftsmann“ dies zu thun schuldig ist.

Der bei der Besprechung des neuen Aktiengesetzes vielfach angefochtene Ausdruck trifft durchaus das Rechte: die Sorgfalt, welche ein Mann von der Lebensstellung des Gründers bei so verantwortlicher Thätigkeit als reeller, fleißiger und vorsichtiger Mann nach der Auffassung von anderen dergleichen Personen anzuwenden hat, ist von jeder derart eine öffentliche Gesellschaft gründenden Persönlichkeit zu verlangen. Kann sich der Gründer in keiner Weise zuverlässige Auskunft schaffen, so mag er von dem Unternehmen zurücktreten. Daß der Gründer — sofern es sich um Unternehmungen in fremden Ländern und Meeren handelt — von der Richtigkeit des Angegebenen sich nicht durch den Augenschein zu überzeugen braucht, ist bei sinngemäßer Auffassung der Rechtslage selbstverständlich. Allein was er zu thun vermag, soll er thun: er mag die mit den Eingeborenen geschlossenen Verträge einsehen, die Original-Korrespondenz der überseeischen Vertreter sich vorlegen lassen. Unvernünftiges, weil Unerfüllbares, wird Niemand, am letzten ein etwa angegangenes Gericht von ihm verlangen. In gleicher Weise kann von jedem Gründer gefordert werden, daß er bei bösslicher Schädigung durch Einlagen für den Schaden einstehe, sofern er bei Anwendung der vorbezeichneten Sorgfalt die auf Schädigung zielende oder sich des Erfolgs der Schädigung bewußte Handlungsweise der Genossen erkennen mußte. Die Frage nach der Regelung der Beweislast ist schließlich in allen diesen Fällen eine subalterne. Vielfach wird verkannt, daß diese Last auch nach den Vorschriften des Aktiengesetzes eine getheilte ist: Der Geschädigte muß die Unrichtigkeit, Unvollständigkeit, bössliche Schädigung erweisen; dieser Nachweis streift aber nach dem Verlaufe der Dinge regelmäßig bereits die subjektive Beziehung des Schadens zu dem Thun und Lassen des Belangten. Wer mit Uebernahme der Gründerfunktion sich der Pflicht unterzieht, unrichtige und unvollständige Angaben sowie bössliche Schädigungen der Gesellschaft zu

unterlassen und zu verhüten, kann sich zudem dem Nachweise, daß er dieser Pflicht nach besten Kräften entsprochen habe, nicht entziehen, sofern objektiv die Unrichtigkeit, die Unvollständigkeit und bössliche Schädigung feststeht.

Den Einlagen wären die Uebernahmen wie im Aktienrechte gleichzustellen. Auch im Uebrigen könnte, den Normen des Aktiengesetzes entsprechend, eine Verantwortlichkeit der Gründer für wahrheitsgetreue und vollständige Angabe der Gründerbeschlüssen und gesellschaftlichen Vortheile in dem Gesellschaftsvertrage statuiert werden. Den bösgläubigen Empfänger des verheimlichten Gründungsaufwandes und den zur Verheimlichung mitwirkenden Dritten, sowie den bei der bösslichen Schädigung durch Einlagen oder Uebernahmen Mitwirkenden von der Haftung auszunehmen, liegt sicherlich kein Grund vor. Anders würde eine Haftpflicht von Emissionshäusern hier schwerlich zu befürworten sein. Zu bedenken ist, daß für die fraglichen Unternehmungen eine Ueberleitung der Antheile in die größere Menge bereits durch den Fortfall der Nennbeträge und die Höhe des obligatorischen Einschusses wesentlich erschwert wird, daß mithin eine eigentliche „Einführung in den Verkehr“ nur in sehr beschränktem Maße stattfinden kann. Wie die Emissionshäuser es nicht unternommen haben, Ruxe in größeren Mengen an die Börse zu werfen, so wird das Nämliche mit Antheilen, wie den projektirten, der Fall sein. Hiermit dürfte eine Norm, wie die betreffende des Aktienrechts, sich bereits praktisch erübrigen. Die Antheile werden eben auf den engen Kreis der mit dem Unternehmen und seinem Risiko Vertrauten beschränkt bleiben, bis sich ein allgemeines Urtheil über die bewährte Gesellschaft gebildet hat. Mit Eintritt dieses Zeitpunktes fehlt aber jeder Anlaß zu einem besonderen Schutze weiterer Kreise. Sollte dennoch in Ausnahmefällen ein Dazwischentreten von Emissionshäusern sofort stattfinden, so ist wiederum zu berücksichtigen, daß hier schwer zu beurtheilende Unternehmungen in Frage stehen, deren Wesen jedem nicht innerhalb des intimsten Geschäftstreibens Stehenden verschlossen bleibt. Das Emissionshaus würde häufig

bei dem besten Willen nicht in der Lage sein, zumal die Wahrheit der von den Gründern über die Betriebsgegenstände gemachten Angaben zu prüfen: es wird sich wesentlich in der nämlichen Lage befinden, wie derjenige, welcher dem Unternehmen beitrifft. Dessenungeachtet das Emissionshaus für die Angaben Dritter verantwortlich zu machen, geht nicht an. Die Erzeuger des Unternehmens müssen für dasselbe eintreten; diejenigen, welche sein Fortkommen nur befördern, trifft eine gleiche natürliche Verbindlichkeit nicht. Es muß hier bei der im Aktiengesetze nicht geregelten Verantwortlichkeit verbleiben, welche die Ankündigenden wegen der von ihnen selbst gemachten Angaben trifft.

Das Gegentheil muß von denjenigen Personen gelten, welche als Mitglieder des Vorstandes und einer an die Stelle des Aufsichtsraths tretenden Behörde das Unternehmen leiten. Dieselben sind ihrer ganzen Stellung nach gerade berufen, die entstehende Gesellschaft auf ihr innerstes Wesen hin zu prüfen. Vermögen sie dies nicht, so beweisen sie eben dadurch, daß sie den ihnen angetrauten Aemtern auch für die Zukunft nicht gewachsen sind. Ist solches aber der Fall, so sollen sie der Sache fern bleiben. Marionetten und Schmarotzer braucht ein Gesetz nicht zu schonen. Es muß für die Mitglieder dieser Gesellschaftsorgane eine verantwortliche Prüfungspflicht, wie sie bei der Aktiengesellschaft besteht, gefordert werden. Der Druck, welchen diese Vorschrift übt, wird gemeinhin unterschätzt. Wichtig mag es sein, daß die Gründer der Aktiengesellschaften als Mitglieder des ersten Vorstandes und Aufsichtsraths nur Personen designiren, deren günstiger Prüfungsbeurtheilung sie vorweg sicher sind. Allein da die Gründer fast durchgängig ein Interesse an der Erlangung tüchtiger Vorsteher, angesehenen Aufsichtsrathsmitglieder haben, veranlaßt die bevorstehende Prüfung der Bezeichneten eben die Gründer selbst, in soliderer Weise vorzugehen, wenn anders sie nicht vertrauenswürdiger, nach außen präsentabler Kandidaten für ihre Gesellschaftsämtter verlustig gehen wollen. Eine Prüfung durch Revisoren wird dagegen nicht vorzuschreiben sein. Es muß

bereits sehr fraglich erscheinen, ob die Revisoren der Aktiengesellschaften, welche sich vielfach aus der Reihe der Rechtsanwälte, ja selbst der Bücherrevisoren und Auktionskommissarien rekrutiren, der ihnen gestellten, vielfach technischen Aufgabe gerecht werden können. Der Prüfung durch Revisoren, welche es mit ihrem Amte ernst nehmen, wird angeblich bereits gegenwärtig durch Gründung an einem Orte mit laxerer Uebung und demnächstige Verlegung des Gesellschaftssitzes vorgebeugt. Jedenfalls werden für Unternehmungen, wie die hier im Auge gehaltenen, der Prüfung gewachsene Revisoren sich überhaupt nicht finden lassen oder nur den Kreisen der Konkurrenz zu entziehen sein. Beides muß zu dem gleichen, angezeigten Ergebnisse führen.

Die Bestimmungen über die sogenannte Nachgründung könnten, zumal Angesichts der in Art. 180e, 213f Absatz 6 des Aktiengesetzes statuirten Ausnahme, übernommen werden.

Was die ausschließlich als Baareinlagen zu denkenden Beträge anlangt, welche jeder Theilhaber über die Quote des festen Einlagekapitals hinaus zu leisten hat, so ist deren Erlangung sachgemäß durch Vorschriften, wie sie das Vergesetz trifft, zu sichern. Allein es wird weiter zu gehen sein. Es muß Sicherheit dafür bestehen, daß der Theilhaber nur mit Aufopferung alles dessen, was er bei dem Erwerbe des Antheils und zufolge späterer ungetilgter Zinsen auf den Antheil verwendet hat, sich von der Gesellschaft zurückziehen kann. Eine Gestaltung, bei welcher der Theilhaber nach Leistung der Mindesteinlage nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden könnte, würde es ermöglichen, daß der Bezeichnete den Antheil unter Uebergabe des Scheines verpfändete, die Zwangsvollstreckung in den Antheil fruchtlos ausfiele und der Gesellschaft lediglich der zahlungsunfähige Theilhaber, welcher die Früchte des Verpfändungsgeschäfts genossen, persönlich verhaftet bliebe. Solcher Möglichkeit ist dadurch vorzubeugen, daß die Einleitung des Raduzirungsverfahrens jeder Zeit zulässig bleibt; nur darf der Theilhaber, anders wie bei der Einforderung innerhalb des festen Einlagekapitals, für den Ausfall nicht verantwort-

lich gemacht werden, auch ein Rückgriff auf die Voreigen-
thümer nicht stattfinden. Die Neu = Guinea = Compagnie hat
dementsprechend die Raduzirung auch nach Leistung des festen
Einzusses von 5000 Mark für zulässig erklärt. Daneben
muß es der Gesellschaft unbenommen bleiben, im Rechtswege
gegen den jeweiligen säumnigen Genossen vorzugehen. Als
weitere Normen ergeben sich: Die Folgen der Säumniß, die
Raduzirung, wie die Verurtheilung und die nach derselben be-
triebene Zwangsvollstreckung kann der Theilhaber dadurch ab-
wenden, daß er unter Ueberreichung des Antheilscheines den
Verkauf des Antheils behufs Deckung der gegen ihn erhobenen
Ansprüche anheimstellt. Der Verkauf erfolgt im Wege der
öffentlichen Mobiliarversteigerung. Aus dem Erlöse werden
zunächst die Verkaufskosten und sodann als bevorrechtigte
Forderungen die geschuldeten Beiträge gezahlt. Der Rest des
Erlöses verbleibt dem Schuldner, sofern er nicht von Pfand-
gläubigern oder sonstigen Berechtigten in Anspruch genommen
wird. Ist das Letztere der Fall, so wird der Ueberschuß hinter-
legt, soweit nicht der Schuldner und die Dritten in die Aus-
zahlung an einen der Prätendenten willigen. Den Betheiligten
bleibt die Ausführung ihrer Rechte im Wege der Klage über-
lassen. Ist ein Antheil unverkäuflich, so wird derselbe der
Gesellschaft als solcher kostenfrei zugeschrieben. Die Gesellschaft
ist befugt, die ihr so zugeschriebenen Antheile beitragspflichtig
wieder auszugeben und den Kaufpreis — vorbehaltlich der
weiteren Zinsen — zu bestimmen. Das freiwillige Aus-
scheiden nach Entrichtung der Mindesteinlage unter Rückgabe
des unbelasteten Antheilscheines steht daneben frei. Eine Ge-
staltung, wie die angezeigte, nähert sich durch die Belassung
des Ueberschusses an den Schuldner dem Exekutionsystem und
verläßt damit zum Theil die vielfach als unbillig bezeichneten
Grundsätze des reinen Abandonnsystems. Daß derlei Vorschriften
den Antheil zu einem ungeeigneten Kreditobjekt machen, ist
nicht zu verkennen. Allein für Personen, welche des Kredits
auf solche Antheile bedürftig sind, ist eine derartige Betheiligung
überhaupt unpassend. Der Pfandgläubiger mag sich sagen,

daß der Antheil ihm unter Umständen Sicherheit nicht gewährt, daß ihm — freilich dem Grundsätze der Publizität entgegen — das Objekt der Befriedigung durch Reduzirung oder Zusage entzogen werden kann. Er steht dabei nicht schlimmer, als jeder, welcher auf Interimscheine einer Aktiengesellschaft kreditirt. Bei Prüfung der Frage, ob die Rücksicht auf die Privatgläubiger des Theilhabers oder auf die Gesellschaft das größere Gewicht besitzt, muß sich die Waage zu Gunsten der letzteren neigen. Läßt das Gesetz die Erzeugung künstlicher Rechts- und Wirthschaftsobjekte zu, so darf es auch den entstandenen nicht die nothwendigen Existenzmittel entziehen.

Wäre in dieser Weise die Erlangung der von den Gesellschaftern einzuschießenden Beträge, insbesondere des festen Einlagekapitals, zu sichern, so bleibt in zweiter Reihe zu erwägen, wie die Erhaltung derselben gewährleistet werden soll. Geschehener Erörterung zufolge wird dieses Ziel bei der Aktiengesellschaft vornehmlich durch die Vorschriften über Bilanz und Gewinnvertheilung erreicht, indem die Einstellung des Grundkapitals in die Bilanzpassiva angeordnet, die Austheilung eines anderen als des bilanzmäßigen, also nach Aufsparrung des Grundkapitals erzielten Gewinnes aber verjagt ist. Daß eine Uebernahme dieser Sicherungsmaßregeln schon wegen des Mangels eines festen Grundkapitals und zufolge der grundsätzlich variablen Natur der hier in Frage kommenden Einlagen unanständig ist, leuchtet ein. Es muß aber des Weiteren behauptet werden, daß eine Vermögensbilanz, wie dieselbe sonst für Handelsgesellschaften erforderlich ist, überhaupt nur mit sehr erheblichen Modifikationen für die neue Gesellschaftsform Geltung haben kann. In Betracht kommen hier naturgemäß zuvörderst die Bilanzgrundsätze des Aktienrechts, nach welchen einerseits Gegenstände höchstens zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis anzusetzen sind, andererseits solche Güter, welche nicht zur Weiterveräußerung, vielmehr dauernd zum Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmt sind, ohne Rücksicht auf einen geringeren Werth zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis angesetzt werden dürfen, sofern nur ein der Abnutzung gleich-

kommender Betrag in Abzug oder ein derselben entsprechender Erneuerungsfonds in Ansatz gebracht wird. Für die Aktiengesellschaft läßt sich die erste Bestimmung im Interesse der Solidität jedenfalls vertreten und mag auch die letztbezeichnete Norm zu vertheidigen sein. Unerhörte Differenzen zwischen der Verwendung und einem Realisirungswerthe sind hier zumal bei den Betriebsgegenständen verhältnißmäßig selten — sofern von ungewöhnlichen Zufällen und offenbaren Betrügereien abgesehen wird. Die betreffenden Güter stehen zudem meist sichtbar in der bekannten Natur der Dinge und können von denen, welche mit der Gesellschaft in Verbindung treten, wenigstens ungefähr beurtheilt und geschätzt werden. Durchaus anders verhält es sich mit den Gesellschaften, welche hier hauptsächlich in das Auge zu fassen sind. Hier handelt es sich gerade um Unternehmungen, welche ihrer Anlage nach eine Schätzung durch Dritte kaum zulassen, um wesentlich gewagte Vornahmen, bei welchen die Aufwendung in gar keinem berechenbaren Verhältnisse zu dem Werthe des Erworbenen steht. Die ertragreichste Anlage kann buchstäblich für ein Nichts erlangt sein, ein Nichts die Erträgnisse immer neuer Zuführungen verschlingen. Es erscheint ebenso unangängig, die Gesellschaft zu dem dauernden Ansätze des werthvollsten Gutes mit seinem minimalen Erwerbspreise zu zwingen, wie sie zu ermächtigen, das Werthlofeste mit ungeheuren Beträgen in die Bilanz einzustellen. Die Erwägung jedes Einzelfalles erweist die Unthunlichkeit, den Selbstkostenpreis als festen Werth zuzulassen. Thatsächlich ist es gelungen, die erheblichsten Ländereien in Ostafrika von den Negerhäuptlingen gegen Hingabe von Baumwollenzug, alten Flinten, Glasperlen, Hufarenjacken und einem Leierkasten zu erwerben.⁶⁴⁾ Das Gebiet des west-

64) Eine Reihe von Verträgen reproduziert Wagner in seinem Buch „Deutsch-Ostafrika“; bes. S. 51 ff. Als Beispiel sei mitgetheilt:

„Mkondogua, den 2. Dezember 1884. Die Sultanin Mbumi, Herrin von der Landschaft Mkondogua in Ujagara, welche auf direktes Befragen ausdrücklich erklärt, vom Sultan von Sansibar in keinerlei Beziehung abhängig weder zu sein, noch jemals gewesen zu sein, mit ihrem ganzen

afrikanischen Topnaarkapitäns Piet Heibib in einer Ausdehnung von angeblich 1200, wirklich 440 Quadratmeilen beschaffte sich Lüderitz für 20 Pfd. Sterl. — allerdings ausschließlich der wichtigsten Minen.⁶⁵⁾ Auf Neu-Guinea gab ein Häuptling für ein Kalb dem Lieferanten die Erlaubniß, sich von einem größeren Landkomplexe 200 englische Acre abzumessen.⁶⁶⁾ Nicht viel besser steht es mit den Mobilienwerthen: Die Hottentotten gaben für eine Flasche Rum im Werthe von einer Mark einen Ochsen im Werthe von 40 bis 45 Mark.⁶⁷⁾ Daß die Einstellung solcher „Selbstkosten“, insbesondere die ausschließliche Bezifferung des Grundstückskontos mit den für den vorbezeichneten Land aufgewendeten Beträgen lediglich die Bilanzunwahrheit fördern würde, bedarf keiner Ausführung. Wie soll aber weiter bilanzirt werden, wenn Güter für Nichts erworben sind? Denn die Okkupation von Grund und Boden ohne Rücksichtnahme auf das entgegenstehende Privateigenthum der

Volk auf der einen Seite und Herr Dr. Carl Peters, als Vertreter der Gesellschaft für deutsche Kolonisation, mit allen seinen Genossen und solchen, die es werden werden, auf der andern Seite, schließen hierdurch einen ewigen Freundschaftsvertrag. Die Sultanin Mbumi tritt damit unter den Schutz der Gesellschaft für deutsche Kolonisation resp. deren Vertreter. Sie erhält eine Reihe Geschenke für sich und ihren Sohn Somwi. Dagegen tritt die Sultanin von Mfondogua ihr ganzes Gebiet mit allen Privat- und Hoheitsrechten hierdurch auf ewige Zeiten an Herrn Dr. Carl Peters als den Vertreter der Gesellschaft für deutsche Kolonisation bedingungslos ab. Dies Recht schließt das ausschließliche Privileg, Kolonisten ins Land zu schaffen, neben völlig ungehinderter Benutzung des Landes in jeder Richtung ein; besonders auch die Berechtigung, gegenwärtige fremde Einwohner und Besiedler später auf ihre Besitztitel hin zu prüfen. Dieser Vertrag ist vor versammeltem Volk u. (folgen Formalien und Unterschriften).“ Ueber die Geschenke selbst äußert sich ein Vertrag zwischen Henry Hamilton Johnston und den Häuptlingen des Tawetalandes in der Deutschen Kolonialzeitung 1887 S. 40. Sie bestanden dort in 168 Ellen von einem und 210 Ellen von einem anderen Baumwollengewebe, 42 Ellen Taschentücher und 35 Pfund Glasperlen.

65) Deutsche Kolonialzeitung 1885 S. 572.

66) Deutsche Kolonialzeitung 1885 S. 705.

67) Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 108.

eingeborenen wilden Völker ist vom praktischen Standpunkt aus sicherlich nicht unbedacht zu lassen.⁶⁸⁾ Wenn umgekehrt die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika in ihrem ersten Geschäftsjahr für „Expeditionen“ 118 031,22 Mark verausgabte,⁶⁹⁾ so erscheint es ebenso unausweichlich, diesen Betrag, selbst wenn er irgend greifbare Vortheile erzielt haben sollte, unter die Aktiva in das „Anlagekonto“ einzustellen. Und doch stehen derlei Ausgaben denjenigen für Vorarbeiten, welche dem Anlagewerthe zugerechnet zu werden pflegen, mindestens sehr nahe. Die Bilanz der Südamerikanischen Kolonialgesellschaft zu Leipzig führt nach geltendem Rechte zutreffend in den Aktiven ihren Grundbesitz mit einer Summe auf, in welcher nach dem Geschäftsberichte „Vermessungskosten und Spesen“ stecken.⁷⁰⁾ Daß solche Ausgaben für Expeditionen enorme Summen ausmachen können, ist fraglos: Stanleys erste Reise zur Auffindung Livingstones verursacht einen Aufwand von 9000 Pfd. Sterl.⁷¹⁾ Sicherlich kann es nicht zugelassen werden, daß der in ein paar Meilen unfruchtbaren Landes mit einigen wenig ergiebigen Kupferminen bestehende Besitz einer Kolonialgesellschaft in einem Betrage bilanzmäßig angesetzt wird, welcher die für die Auffindung der Minen verwendeten Hunderttausende umfaßt. Nach den Grundsätzen der deutschen Kolonialpolitik sollen die Gesellschaften die Kosten der politischen und administrativen Organisation der Schutzgebiete selbst bestreiten. Es werde der naheliegende Fall gesetzt, daß der Seyd von Sansibar in das Gebiet der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft eindringt und diese ihn mit eigener Macht zurückweist: soll es gestattet sein, etwa die Kriegskosten dem Anlagekonto aufzubürden, sie als nützlich aufgewendete Ausgaben für das

68) Theoretisch wird die Unantastbarkeit des Eigenthums der Urvölker allerdings anerkannt. — v. Stengel, Staats- und Völkerrechtliche Stellung der deutschen Kolonien, S. 27 und Deutsche Kolonialzeitung 1887 S. 231.

69) Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 793.

70) Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 413.

71) Treutler, die Durchquerungen Afrikas S. 59; über anderweite Expeditionskosten: Deutsche Kolonialzeitung 1885 S. 666.

dauernd dem Gesellschaftszwecke gewidmete Land in Ansatz zu bringen?⁷²⁾ Es werde weiter angenommen, daß in immerhin sehr wohl denkbare Weise eine deutsche Plantagen-Gesellschaft unfreie Neger erwirbt und sie als hörige Männer auf ihrem Terrain ansiedelt: geht es an, auch den Aufwand hierfür den Aktiven der Bilanz zuzuzählen?⁷³⁾ Eine Gesellschaft mag wieder anders im Vertrauen auf den Schutz des Vaterlandes Handelsniederlassungen errichtet haben: durch Vereinbarung wird die Souveränität eines anderen Reiches über die betreffende Landschaft anerkannt. Die erworbenen Privatrechte sind vielleicht völlig in Frage gestellt, alle Grundbedingungen der Gesellschaft erschüttert: sollen die Anlagen in ihrem Selbstkostenpreis ohne jede Rücksicht auf so fundamentale Umwälzungen angelegt bleiben dürfen? So lag der Fall hinsichtlich der Hamburger Gesellschaft „Fr. Colin, Deutsch-Afrikanisches Geschäft“, welcher allerdings bei dem Verzicht Deutschlands auf Koba und Kabitai die französische Regierung die erworbenen Rechte und Vergünstigungen gewährleistete.⁷⁴⁾ Als die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika das Kaokofeld erwarb, wurde in typischer Weise sehr in Frage gestellt, ob die Verkäufer Eigentümer waren. Das Auswärtige Amt entschied

72) Vgl. die Instruktion des Reichskanzlers an Dr. Nachtigal vom 19. Mai 1884 bei v. Stengel, Kolonien S. 38.

73) Einer völligen und sofortigen Aufhebung der Sklaverei in Afrika werden vielfach schwerwiegende Bedenken entgegen gesetzt. Vgl. z. B. Deutsche Kolonialzeitung 1885 S. 541, 594 fg., 672 fg.; Buchner, Kamerun S. 175 fg.; Böller, Kamerun Th. 2 S. 139 fg.; Zintgraff in der Vossischen Zeitung v. 8. April 1887 Nr. 165. In den niederländischen Faktoreien Westafrikas werden nach Mittheilungen Sklaven unter dem Namen „Coromanos“ in Menge verwandt; die Afrikaanse Handelsvereniging soll ein paar Hundert besitzen. Vgl. Gareis, der Sklavenhandel S. 36 fg. über portugiesischen Sklavenhandel in Westafrika: Buchner a. a. D. S. 177; Böller a. a. D. S. 139 fg. Die Grenzlinie zwischen Sklaverei und der Arbeiterwerbung (Labor trade) in der Südsee scheint nach amtlichen Erklärungen der deutschen Reichsregierung sehr fein zu sein. Gareis a. a. D. S. 9 fg. und über das Verfahren der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft hierbei: Parkinson, Bismarckarchipel S. 22 fg.

74) Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 103.

zu Gunsten der Gesellschaft.⁷⁵⁾ Wie aber, wenn dies nicht geschah? Sollte die Gesellschaft den nunmehr dem wirklichen Eigentümer entrichteten Kaufpreis dem bisherigen Anlagekonto einfach zuzählen können? Sie thäte dies mit gleichem Rechte, wie die Berlin-Potsdam-Magdeburger und andere Eisenbahngesellschaften, welche alte Bahnhöfe abbrachen, Interimbahnhöfe und demnächst neue erbauten, die Kosten aller drei Bauwerke als Anlagekosten in den Bilanzaktiven erscheinen ließen.⁷⁶⁾

Soll die Bilanz irgend den in ihrer obligatorischen Veröffentlichung zum Ausdruck gelangenden Zweck erfüllen, auch Dritten die Gesellschaftslage zu offenbaren, ihrem Betheiligungs- und Kreditwillen einen Anhalt zu geben, so genügt hier sicherlich nicht ein Monolog über die Selbstkosten. Was die Sache der Gesellschaft zu stehen kommt, ja selbst welchen Geldbetrag sie und nur sie allein nach ihren subjektiven Bedürfnissen und Begehrungen derselben gleichsetzt, ist für die Außenstehenden durchaus unerheblich. Wesentlich ist hier lediglich, welches Geldquantum für das Vermögensstück nach der vernünftigen Schätzung des Urtheilenden jeder etwa solches Gutes Bedürftige oder nach ihm Verlangende, und nur darunter der Schätzende, als Tauschäquivalent einsetzen würde. Erstreckt sich die gesetzliche Fürsorge nicht auf den Ansatz derart reeller Werthe, so soll von jeder Vorchrift besser Abstand genommen werden: dann ist wenigstens der Schein vermieden, als hürgte das Gesetz dafür, daß werthvolle Vermögensstücke vorhanden sind, welche thatsächlich nicht bestehen, sondern lediglich durch ein künstliches Zahlenwerk als bestehend vorgegeben werden. Allein der hiernach grundsätzlich zu erfordernden Schätzung auch der den eisernen Bestand des Gesellschaftsvermögens bildenden Gegenstände zu dem Realisirungswerthe stellen sich unübersteig-

75) Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 512. Auf gewisse MinenkonzeSSIONen im Herero-Lande machten außer der Deutschen Colonialgesellschaft für Südwestafrika noch andere deutsche Firmen Anspruch.

76) Simon, die Bilanzen der Aktiengesellschaften II. S. 190.

liche Hindernisse entgegen. Vielfach sind nicht unerhebliche Beträge für Länderstrecken verausgabt worden, von welchen auch der Bilanzirende sich sagen muß, daß vor der Hand ein Personenkreis die Komparation zwischen ihnen und einem irgend anerkannt Werthvollen, namentlich Geld, nicht vornehmen wird, weil eben die Vorbedingung solcher Vergleichung, allgemeineres Bedürfniß oder allgemeinerer Begehr, nicht vorhanden ist. Die betreffenden Güter haben, anders zu sprechen, keinen Tausch- oder Verkehrs-, sondern lediglich einen Gebrauchswerth. Niemand wird sagen können, wie eine Gesellschaft nach Art der *Compagnie du Congo pour le Commerce et l'Industrie* den ihr von der Kongoregierung zugesagten Landbesitz von 150 000 ha Land für die Vorarbeiten zu einer Eisenbahn und von 1500 ha Land für jeden Kilometer fertiger Bahn⁷⁷⁾ zum Realisirungswerth ansetzen soll. Vielfach sind die Grenzen der von Kolonialgesellschaften erworbenen Gebiete zudem gänzlich unbestimmt und deshalb die Ausdehnung des Grundeigentums nicht einmal mit einiger Sicherheit anzugeben. Das wirtschaftliche Urtheil, welches der Bilanzzieher hiernach mit ausschließlicher Rücksicht auf sein eigenes, und nur sein Bedürfniß und Begehren abgibt, wird schließlich immer auf den Selbstkostenmonolog hinauskommen. Die Thatsache wird hier lediglich als Meinungssache vorgebracht. Dies Urtheil muß deshalb wiederum für Dritte, welchen die Bilanz einen Anhalt geben soll, belanglos sein.

Der Knoten von Schwierigkeiten würde durchhauen, aber nicht gelöst werden, wenn das Gesetz nach dem Vorbilde des Gewerkschaftsrechts eine Verpflichtung zur Aufstellung von Vermögensbilanzen überhaupt nicht ausspräche. Auf dieser Bahn schreiten wohl die Statuten der bisher größten deutschen Kolonialgesellschaften, derjenigen für Südwest- und Ostafrika und für Neu-Guinea. Das Statut der erstgenannten Korporation spricht nur von einer „Jahresrechnung“; die Satzungen

77) Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 715; Berliner Börsenzeitung Abendausgabe Nr. 17 v. 11. Januar 1887.

der beiden letzteren kennen allerdings Bilanzen, allein in einem der sonstigen Bedeutung des Wortes fremden Sinne. Sie schreiben vor, daß die Bilanz „mit einem auf denselben Tag gestellten Vermögensstatus“ der Generalversammlung vorgelegt werden müsse und daß die letztere „über die Verwendung der sich aus der Bilanz ergebenden Jahresüberschüsse“ zu befinden habe. Das Statut der Deutsch-Ostafrikanischen Colonialgesellschaft fügt erklärend hinzu, die Bilanz müsse „einen genauen Nachweis der Einnahmen und Ausgaben“ enthalten. Vielleicht wird hier Bilanz genannt, was das Aktiengesetz unter Gewinn- und Verlustrechnung begreift. In welcher Weise der Vermögensstatus abgefaßt werden soll, ist nicht ersichtlich. Daß die Veröffentlichung einer Jahresrechnung die Gesellschaftslage in keiner Weise offenbart, ist außer Frage. Das Vorhandensein und die Erhaltung irgend welcher Aktivwerthe wird durch solchen Abschluß der Einnahmen und Ausgaben nicht nachgewiesen. Diesen Nachweis aber im Interesse Dritter, welche dem Unternehmen als Gläubiger oder Theilhaber anhängen, zu erzwingen, muß Sache der Gesetzgebung sein.

Die der Aufmachung einer Bilanz nach hergebrachtem Muster entgegenstehenden Hindernisse führen zu der Erwägung des Vorschlages,⁷⁸⁾ nach welchem gewisse Gegenstände, deren Ansaß zu einem wie auch immer ermittelten Werthe die Züge der Bilanz nur verzerren würde, gänzlich von den eigentlichen Bilanzposten auszuscheiden sind. In Betracht zu ziehen wären hier zweckdienlich nicht nur die Güter, welche kraft statutarischer Norm dem Unternehmen seine Grundlage geben, sondern, im Anhalt an die aktienrechtliche Unterscheidung, alle diejenigen, „welche nicht zur Weiterveräußerung, vielmehr dauernd zum Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmt sind“, die Betriebsgegenstände. Der Nachweis der Zugehörigkeit der-

78) Löwenfeld, das Recht der Actien-Gesellschaften S. 409 fg., auf dessen originelle und bedeutsame Ausführungen hier fortlaufend zu verweisen ist.

selben zu dem Gesellschaftsvermögen kann sehr wohl bilanzmäßig geführt werden, ohne daß es eines Werthansatzes bedarf: das unbewerthete Vermögensstück ist sicherlich nicht minder als vorhanden nachgewiesen, wie das bewerthete. Ist der Ansatz zu dem Realisirungswerthe vielfach undurchführbar, zu dem Selbstkostenpreise trügerisch und deshalb gemeingefährlich, zu dem Gebrauchswerthe aber naturgemäß auf den Ansatz zu dem Selbstkostenpreise hinauslaufend, so ergibt sich die einfache Beschreibung der Betriebsgegenstände an der Spitze der Bilanzaktiva unter Fortlassung jeder Werthung als das allein Wahre und darum Sachgemäße. Daß diesen unbewertheten Aktiven — den Werthen vor der Linie, wie sie treffend bezeichnet worden sind,⁷⁹⁾ — nicht Nennbeträge von Antheilen in den Passiven entgegengesetzt werden können, ergibt sich von selbst, weil solche Nennbeträge von Antheilen nicht bestehen sollen. Allein auch die thatsächlich auf die Betriebsgegenstände verwendeten Beträge dürfen nicht in den Passiven Platz finden. Wie die betreffenden Güter in den Aktiven unbewerthet dastehen, so darf ihnen auch in der Passivkolonne kein Vermert gegenübergestellt werden, welcher nichts Anderes, als die zu verwerfende Werthung zu dem Selbstkostenpreise darstellen würde. Was zu den Betriebsgegenständen zählt, ist, wie bei der Aktiengesellschaft, nach der Bestimmung des Gutes vom Standpunkte der Gesellschaft aus zu entscheiden. Daß zu denselben neben Grundstücken, Baulichkeiten, Maschinen auch Waaren und Werthpapiere gehören können, ist außer Frage.⁸⁰⁾ Welche Beträge, als in die Betriebsgegenstände verwendet, von den Bilanzpassiven auszuscheiden sind, bestimmt sich nach wirthschaftlichen Grundsätzen, wobei im Falle der Zusammenfügung mehrerer Gegenstände zu einem einheitlich dem Geschäftsbetriebe gewidmeten Ganzen, zu einer Anlage, nur diese letztere ungetheilt in Betracht kommt. Zweckmäßig möchte es sein, den Betriebsgegenständen

79) Löwenfeld a. a. O. S. 422.

80) Simon, die Bilanzen der Aktiengesellschaften S. 188.

Grundstücke und sonstige Immobilien, ohne Rücksicht auf ihre etwaige Eigenschaft als Veräußerungsgegenstände, stets gleichzusetzen. Hinsichtlich ihrer ist der Trug bei jeder Werthung am schwersten zu vermeiden. Wären hiernach mit allen auf Betriebsgegenstände verwendeten Beträgen auch die ihnen unterfallenden Einlagen der Theilhaber von den eigentlichen Bilanzpassiven auszuscheiden, so muß gegensätzlich mit denjenigen Einlagebeträgen verfahren werden, welche nicht in Betriebsgegenstände oder Immobilien umgesetzt sind. Dies Betriebskapital gehört als echter Passivposten in die Bilanz. Allein abweichend von den für die Aktiengesellschaft maßgebenden Grundsätzen könnte dieser volle Betrag keinen bis zur Statutenänderung stabilen Passivposten abgeben, welcher erst durch den Aktivbestand aufgewogen werden müßte, bevor vertheilbare Erträgnisse in Frage kämen. Soweit nicht das statutarische „Einlagekapital“ in sogleich zu erörternder Weise seinen Einfluß übt, kann der Einlagebetrag nur als variabler Passivposten in Betracht kommen, dergestalt, daß der Gewinn ihm zugezählt, der Verlust ihm abgeschrieben wird. Die Aktiva, welche er rechnungsmäßig bindet, sind, abgesehen von der soeben angedeuteten Ausnahme, vertheilbar, weil eben der volle Einlagebetrag ein festes Grundkapital nicht darstellt. Sind Betriebsgegenstände unter Kontrahierung von Schulden hergestellt, so ist zu unterscheiden: Ist die Schuld auf den Betriebsgegenstand fundirt, sei es in Form einer Hypothek oder Grundschuld, sei es in derjenigen einer gesetzlich zu bevorrechtigenden Prioritätsanleihe, so ist dem Betriebsgegenstande gegenüber, naturgemäß an der Spitze der Passivkolonne, wenn auch nicht als deren Posten, anzuzeigen, welcher Geldbetrag auf dem Gute lastet: es sind die „Verbindlichkeiten vor der Linie“⁸¹⁾ einzustellen. Soweit der Erlös der Hypothek, der Anleihe in den Betriebsgegenstand selbst verwendet ist, kommt er im Uebrigen für die Bilanz den entwickelten Grundsätzen gemäß nicht in Betracht. Soweit dies nicht der Fall ist, der

81) Löwenfeld a. a. O. S. 422.

Erlös also dem Betriebskapital zugeschlagen ist, gehört er — unter quotaler Berücksichtigung etwaiger Kursverluste — als echter, bis zur Tilgung fester Passivposten in die Bilanz. Ob die auf die Betriebsgegenstände verwendeten Beträge der Hypotheken und Anleihen eine höhere Summe ausmachen, als der etwaige Realisirungswert der ihnen verhafteten Gegenstände vorstellt, ist unerheblich. Die gegentheilige Auffassung würde wiederum nur zu der illusorischen Schätzung der Betriebsgegenstände führen. Daß den betreffenden Schulden auch entsprechend werthvolle Güter gegenüberstehen, mag prüfen, wer mit der Gesellschaft in Verbindung treten will. Zum wenigsten wird sein Blick nicht durch das Truggold hoher Zahlen getäuscht. Unfundirte Schulden gehören stets in die Bilanzpassiva.

Im Uebrigen wäre die Bilanz nach dem Muster der aktienrechtlichen aufzumachen: Die der Veräußerung gewidmeten Gegenstände wären zu dem Realisirungswert anzusetzen. Daß hier nicht schlechtthin der Preis maßgebend sein kann, welchen die Waare etwa am Sitz der Gesellschaft erzielen würde, erscheint nicht zweifelhaft. Es wird wesentlich auf den jeweiligen Standplatz des betreffenden Gutes und den für diesen maßgebenden Markt ankommen müssen. Daß auch hier ein Realisirungswert mitunter schwer zu ermitteln sein wird, mag zugegeben werden. Allein möglich wird die Schätzung schließlich sein. Selbst in dem Innern Afrikas, in dem Lande des ausschließlichen Tauschhandels, hat der Verkehr für die vornehmlich in Betracht kommenden Waaren Aequivalente festgesetzt, welche wiederum auf das allgemeine Tauschäquivalent, das Geld, zurückführen. Es werden vollständige Preislisten mitgetheilt,⁸²⁾ nach welchen eine Schätzung wohl angängig

82) Deutsche Kolonialzeitung 1885 S. 267: z. B. 1 Gewehr = 4 bis 5 Dollars = 25 Stück Ebenholz; 1 Saß Salz = 2 Dollars = 1 junger Gorilla; 1 Paar Ohrringe = 5 Dollars = 1 fette Ziege; 1 Harmonika = 2 Dollars = 1 kleine Ziege u. Nach H. Börmann's Mittheilungen an die westafrikanische Konferenz ist in dem Gebiete der Nigermündungen die Wertheinheit, nach welcher europäische Waaren verkauft und afrikanische

erscheint. In die Bilanzpassiva müßte nach aktienrechtlichem Vorgang auch ein obligatorischer Erneuerungsfonds für die Betriebsgegenstände eingestellt werden. Daß dies wegen der Nichtbewerthung der Letzteren unthunlich sein sollte, ist nicht einzusehen. Sofern Gegenstände in Betracht kommen, welche allmählig untergehen, muß für die jährlichen Rücklagen ein Betrag in Rücksicht kommen, dessen Zähler durch die voraussichtlich auf die Beschaffung eines gleichen Gegenstandes zu verwendende Summe, dessen Nenner durch die muthmaßliche Zahl der Jahre, welche der Gegenstand überdauert, gebildet wird. Bei Gegenständen, welche allmählig lediglich für ihren Zweck untauglich werden, hätte der nämliche Grundsatz zu gelten, sofern nur von dem Beschaffungspreise der Realisirungswerth der Materialien abgezogen würde. Bei Sachen endlich, welche sich verschlechtern und reparaturbedürftig werden, ist nach quotaler Jahresberechnung anzuschlagen, was erforderlich ist, um mit Ablauf der Reparaturperiode die Objekte in vollen Stand zu setzen.

Im Anschluß an diese Bestimmungen erscheint es aber auch keineswegs unmöglich, die Erhaltung des Gesellschaftsvermögens in gewissem Maße zu sichern. Diejenigen Gegenstände, welche ausweislich der letzten Bilanz dauernd zum Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmt waren, müßte jede spätere Bilanz als vorhanden nachweisen. Wären sie inzwischen veräußert, so hätte der Erlös als echter Passivposten — bis zur Wiederanlage — zu figuriren. Eine Vertheilung des Erlöses unter die Genossen dürfte nur unter Beobachtung derjenigen Vorschriften erfolgen, welche für die Liquidation maßgebend sein müssen. Aber auch das durch die Einlagen gebildete Betriebskapital dürfte nicht durch Auskehrung an die Theilhaber völlig verflüchtigt werden. Insofern würde das statutarische Einlagekapital, als Ausnahme von der Regel,

Produkte gekauft werden, ein Maß Palmöl, am Kongo eine Quantität Zeug und eine Eisen- oder Messingstange. Deutsche Kolonialzeitung 1885 S. 3. Vgl. weiter Böller, Kamerun Th. 1 S. 49 f. und besonders Buchner, Kamerun S. 93 ff., 111 (Preisliste ebenda S. 242 f.).

einen stehenden Posten bilden. Ist dies Einlagekapital auf Anlagen verwendet, so kommt es als Passivposten überhaupt nicht in Betracht. Soweit es aber zur Dotirung des Betriebskapitals gedient hat, muß es erhalten werden: diese Summe hätte einen festen Passivposten zu bilden, welcher durch Verlustabstriche nicht gemindert werden dürfte und durch Aktiva zu decken wäre, bevor Gewinn vertheilt werden könnte. Die Austheilung der so gebundenen Aktiva dürfte gleichermaßen nicht ohne Beobachtung der für die Liquidation geltenden Vorschriften erfolgen. Hiernach wäre als Erträgniß äußersten Falles zu vertheilen, was sich als Ueberschuß der Aktiva über die Passiva ergäbe, mit der Maßgabe, daß das Kapitalkonto der Passiva lediglich insoweit Aktiva bindet, als es sich über die aus dem statutarischen Einlagekapital resultirenden Beträge verhält.

Die technische Möglichkeit solcher Bilanz wird zuzugeben sein. Es werde der Fall gesetzt, daß eine Gesellschaft mit zwei Millionen Mark Einlagekapital den gesammten einggerufenen Betrag bis auf 300 000 Mark in Anlagen verwendet hätte; es sei weiter angenommen, daß diese Gesellschaft eine Prioritätsanleihe von einer Million Mark kontrahirt und von ihrem Varieträgniß 800 000 Mark auf die Anlagen ausgegeben, daß sie endlich über das feste Einlagekapital hinaus 600 000 Mark Zinsen eingezogen und empfangen, davon 200 000 Mark in Anlagen gesteckt und allmählig Verluste in Höhe von 300 000 Mark erlitten hätte.

Die Bilanz würde lauten:⁸³⁾

83) Wiederholt ist hier auf Löwenfelds Recht der Aktien-Gesellschaften namentlich die Bilanzformulare S. 574 fg. zu verweisen, dessen Vorschläge allerdings in wesentlichen Punkten nicht übernommen werden konnten. Auch die Bilanzen von Aktiengesellschaften enthalten mitunter in den Aktiven streng gesondert „Anlage“ und „Betrieb“. So diejenige der Brauerei Germania im Reichsanzeiger v. 26. Januar 1887, welche unter Anlage: Grundstück, Bau-, Mobiliarkonto, Lagerfässer und Gährbottiche, Maschinen-, Wagen-, Pferdekonten u., unter Betrieb: Bier, Malz, Hopfenkonten, Pferdehalt, Fourage u., dann Debitoren, Wechsel, Effekten, Kassa-, Bankkonto auführt.

Aktiva.		Passiva.	
A. Eigenthum der Gesellschaft sind folgende dauernd zum Geschäftsbetriebe bestimmte Gegenstände:		A. Auf dem Gesellschaftsver- mögen lastet eine Priori- tätsanleihe von 500 000 Mark, verzinslich zu 4 Prozent in halbjährlichen Raten, amortisierbar 2c.	
a) In dem Gebiete X (Ostafrika) ein zusam- menhängender Komplex von 250 000 Hektar Land 2c. (nähere Be- schreibung).		B. 1. Nicht in die Anlagen verwendeter Betrag des Einlagekapitals	300 000
b) 2c.		2. Nicht in die Anlagen verwendeter Betrag der Prioritätanleihe . . .	200 000
B. 1. Debitoren.	000	3. Einlagen der Theil- haber über das statu- tarische Einlagekapital hinaus	100 000
2. Kassa.	000	4. Erneuerungsfonds	000
3. Bankierguthaben.	000	5. 2c.	
4. 2c.			

Kann auf diese Weise die Erlangung der zur Erreichung des Gesellschaftszweckes erforderlichen Mittel und in gewissem Grade die Erhaltung des Gesellschaftsvermögens gesichert werden, so ist andererseits zu erwägen, inwieweit dem einzelnen Genossen außer der Abandonfreiheit das Recht zugestanden werden soll, übermäßige Ansprüche der Gesellschaft abzuwehren. Wie im Berggesetz würde der einfache, absoluten Mehrheit der zur Generalversammlung vereinigten Theilhaber die Befugniß zuzubilligen sein, beliebig hohe Zubenzen auszuschreiben. Abweichend von den bergrechtlichen Grundsätzen möchte aber eine jedem Theilhaber zustehende generelle Befugniß, den auf solche Zubenzen zielenden Mehrheitsbeschluß der Genossen mittels Klage anzufechten, zweckmäßig versagt werden. Das in dem Berggesetz dem Gewerken schlechtthin gegebene Recht, die Entscheidung des Richters darüber anzurufen, ob ein die bisherige Sachlage umgestaltender Beschluß zum Besten der Gesellschaft gereiche, ist theoretisch schwerlich zu rechtfertigen. Unterwirft sich der Gesellschafter mit Abschluß des Gesellschaftsvertrages innerhalb des durch diesen und das Gesetz gezogenen Rechtskreises der verbindenden Kraft von Mehrheits-

beschließen, so statuiert er damit das Mittel, durch welches die Gesellschaft als solche ihren einzigen, einstimmigen Willen findet. Der gefaßte Beschluß umschließt zufolge dieser Vorunterwerfung auch den Willen des dissentirenden Gesellschafters: nur vor dem Mehrheitsbeschlusse sind begrifflich Meinungsverschiedenheiten möglich. Die Unterwerfung findet nur an den Normen, welche Gesetz und Gesellschaftsvertrag für das Gesellschaftsleben überhaupt aufstellen, ihre Grenze. Wenn die Mehrheit der Genossen Gesetz und Statut übertritt, muß dem Einzelnen die Befugniß zugestanden werden, sie mittels der Klage in ihre Schranken zurückzubannen. Das Urtheil, ob ein Beschluß der Gesellschaft zum Wohl oder Wehe gereicht, ist aber gerade ein solches, welches die Gesellschaft allein abgeben muß. Der durch die Klage eines Gesellschafters hierüber provozierte Richterspruch setzt an die Stelle einer Beurtheilung der ausschließlich berufenen Gesellschaft diejenige einer staatlichen Behörde. Derlei Aussprüche sind niemals Sache des objektiven Rechts, sondern der subjektiven Auffassung. Auch praktische Erwägungen dürften schwerlich solche allgemeine Klagebefugniß, wenigstens so weit die hier im Auge gehaltenen Gesellschaften in Betracht kommen, stützen: der deutsche Richter wird sich nicht darüber schlüssig machen können, ob eine Gesellschaft, welche in Afrika oder Australien Erwerbszwecke verfolgt, für diese neuer Mittel bedarf. Ihn auf das Gutachten von Konkurrenten zu verweisen, wäre aber nicht minder bedenklich.

Auch bei der geschmeidigeren Gestaltung der neuen Gesellschaften in Ansehung ihrer Vermögensaufbringung und -Vertheilung wird die Erweiterung des Unternehmens durch Anwerbung neuer Theilhaber, wie die Einschränkung desselben durch Rückzahlungen und Herabsetzungen der nicht freien Vermögenstheile in das Auge zu fassen sein. Es muß ebenso wohl angehen, dem allmählig anwachsenden Unternehmen weitere Kapitalistenkreise zuzuführen, wie zu verhüten, daß das feste Einlagekapital die Gesellschaft mit überflüssigen Mitteln dauernd beschwert, oder daß die nothwendige Aufsparrung des-

selben die Vertheilung von Erträgnissen auf längere Zeit ausschließt — unbeschadet natürlich der Innehaltung des gesetzlichen Mindestbetrages des Einlagekapitals. Die Ausgabe junger Antheile wird an dem formalen Bedenken, daß bei solcher Mehrung die Quotenantheile zusammengefaßt mehr als Eins ergeben müssen, nicht zu scheitern brauchen. Die älteren Theilhaber hätten die Antheile behufs Abstempelung einzureichen; äußersten Falls würde diese Maßregel durch Rückhaltung der Dividende zu erzwingen sein. Die Anwerbung neuer Theilhaber dürfte vor dem reellen Einschusse des ganzen ersten Einlagekapitals nicht stattfinden. Zu scheiden wäre auch hier der Beschluß, daß eine Vermehrung erfolgen soll, von der geschehenen Vermehrung selbst. Der erstere hätte den Betrag, um welchen das Einlagekapital vergrößert werden darf, die Höchstanzahl der neuen Antheile und die durch Division dieser Antheilzahl in das Zusatz-Einlagekapital zu ermittelnde Mindesteinlage auf jeden Antheil zu bezeichnen; er müßte bei Vermeidung der Nichtigkeit zur handelsregistermäßigen Eintragung gelangen. Nur in Ansehung der Mindesteinlage wäre die gesetzliche Untergrenze von 5 000 Mark zu bewahren. Die Vermehrung müßte bis zu dem bezeichneten Höchstbetrage durchgeführt werden können. Die Uebernahme des einzelnen Antheils hätte durch schriftliche Erklärung, unter Individualisirung nach Zahl und Gattung und unter Angabe der Mindesteinlage zu erfolgen. Die Konstatirung, daß und inwieweit die Vermehrung durchgeführt sei, läge den sämtlichen Mitgliedern der ordentlichen Verwaltungsorgane ob. Bei der obligatorischen Eintragung dieser Thatfache in das Handelsregister wäre hinsichtlich des Nachweises der Uebernahme von Antheilen, der Einzahlung auf dieselben, der Emissionsunkosten, der Einlagen und Uebernahmen sowie der Rechtfertigung der für sie gewährten Beträge, endlich des Prüfungsberichts analog der Errichtung zu verfahren, dergestalt, daß die Mitglieder des Vorstandes die den Gründern obliegenden Geschäfte wahrnehmen, diejenigen der nach Art des Aufsichtsraths zu bildenden Behörde als Prüfungsorgan funktionieren müssen.

Hinsichtlich der Herabsetzung und Rückzahlung des Einlagekapitals könnten gleichermaßen die Vorschriften des Aktiengesetzes vorbildlich sein: die Maßregel wäre zu beschließen und zur Erlangung der Rechtswirksamkeit einzutragen, alsdann von dem Vorstände mit einem Aufrufe der Gläubiger anzukündigen; erst ein Jahr nach dem dritten Aufrufe dürften Beträge vertheilt werden, welche durch das Einlagekapital bilanzmäßig gebunden wären. Die bekannten Schulden, schwebenden Verbindlichkeiten und streitigen Forderungen müßten, wie nach dem Aktienrecht, durch Hinterlegung oder sonst gesichert werden. Eine Befreiung von der gesetzlichen Mindesteinzahlung wäre auch im Wege der Reduktion des Einlagekapitals nicht durchzuführen. Genau in der nämlichen Weise müßte verfahren werden, wenn der Erlös von Betriebsgegenständen an die Theilhaber ausgekehrt werden sollte. Freistehen sollte dagegen die Umsetzung von Betriebsgegenständen in andere solche. Die Amortisation von Antheilen wäre unter gleichen Voraussetzungen, wie die Herabsetzung, zu gestatten, ohne Beobachtung dieser Vorschriften aber nur auf Gesellschaftsbeschluß zuzulassen, soweit vertheilbare Erträgnisse vorhanden sind.

Hinsichtlich der Verfassung der neuen Gesellschaft wären die Bestimmungen des Aktiengesetzes im Wesentlichen zu übernehmen. Die Generalversammlung bliebe das natürliche oberste Willensorgan. Sie hätte — und zwar, wie im Aktienrecht grundsätzlich mit absoluter, in gesetzlich zu kennzeichnenden Ausnahmefällen mit qualifizirter Mehrheit — über die wichtigsten Gesellschaftsangelegenheiten zu beschließen.⁸⁴⁾ Zu diesen würden die Genehmigung der Bilanz, die Entlastung der Verwaltungsorgane, die Abänderung des Gesellschaftsvertrages, die Vermehrung der Antheile, die Herabsetzung und Zurückzahlung des Einlagekapitals, die Amortisation der Antheile, die Auflösung der Gesellschaft jedenfalls zu zählen sein.

84) Vgl. Begründung zum Aktiengesetz vom 18. Juli 1884 erster Entwurf S. 227 fg., zweiter Entwurf S. 150 fg. der Hermannschen Ausgaben.

Auch die Ausschreibung von Zinsen über die statutarische Mindesteinlage hinaus wäre stets von der Generalversammlung, und zwar — da hier eine Aenderung der gesellschaftlichen Grundlagen in keiner Weise vorliegt — wie im Vergreichte mit nicht qualifizirter Mehrheit zu beschließen. Bis zu der bezeichneten Grenze könnte der Vorstand, wie bei der Aktiengesellschaft, die Ausschreibung veranstalten. Für die Formen und Fristen der Einberufung von Generalversammlungen, die Berufung von solchen durch eine Anzahl von Theilhabern, die Ankündigung von Gegenständen zur Beschlußfassung, das Stimmrecht, die Beurkundung, die Anmeldung und Eintragung von Beschlüssen zum Handelsregister würde das Aktienrecht durchweg vorbildlich sein können. Die geistreiche Einrichtung der Sonderversammlungen von bevorrechtigten Theilhabern wäre gleichermaßen zu übernehmen. Ebenso liegt kein Anlaß vor, die für den Vorstand dort gegebenen Vorschriften einer grundsätzlichen Aenderung zu unterziehen. Nur wäre das Interesse der Vorstandsmitglieder an dem betriebenen Unternehmen zweckmäßig durch eine Bestimmung, nach welcher jedes derselben wenigstens einen Antheil zu Eigenthum haben müßte, zu fördern. In Anlehnung an die Vorschriften des ursprünglichen Entwurfes zum Aktiengesetze wäre zu bestimmen, daß die Bestellung des ersten Vorstandes gleichzeitig mit dem Abschlusse des Gesellschaftsvertrages oder später in einer von den Gründern zu berufenden Generalversammlung erfolge.

Anderes würden grundsätzliche Abweichungen von der Aktiengesellschaft für ein dem Aufsichtsrath der letzteren nachzubildendes Organ vorgeschlagen werden müssen. Wie sich auf der einen Seite bei jeder als juristischer Person in die Rechtserscheinung tretenden Gesellschaft die Generalversammlung als das natürliche Willensorgan, der Vorstand als die Exekutivebehörde zur Besorgung der laufenden Geschäfte von selbst ergibt, so verdankt andererseits der obligatorische Aufsichtsrath bei der Aktiengesellschaft lediglich positiver und erst sehr neuerlicher Rechtsnorm seine Entstehung. Seiner Benennung, wie den hervortretenden Vorschriften des Aktienrechts

gemäß ist der Aufsichtsrath gesetzlich ein Kontrolorgan.⁸⁵⁾ Die Verwaltung der Gesellschaft steht grundsätzlich dem Vorstande zu. Die Praxis der Aktiengesellschaften hat sich von jeher mit dieser Rollenvertheilung nicht abzufinden gewußt; sie hat ständig dem Aufsichtsrath wesentliche Verwaltungsfunktionen übertragen und vornehmlich an seine Mitwirkung die Erledigung der wichtigeren Gesellschaftsangelegenheiten geknüpft. Seitens der Bearbeiter des Aktiengesetzentwurfes ist dieser Zustand auch niemals verkannt worden: Das Gesetz hat sich insoweit jedes Eingriffs in die freie Gestaltung des Gesellschaftsvertrages enthalten; es gestattet eine Verbindung der Aufsichtsthätigkeit mit Verwaltungsbefugnissen. Die Zulassung dieser Doppelthätigkeit ist nicht wohl zu rechtfertigen, solange gesetzlich der Accent allein auf die „Aufsicht“ gelegt wird. Ein Verwaltungsorgan kann Aufsicht üben, ein Aufsichtsorgan aber nicht verwalten, wenn anders es nicht Richter in eigener Sache sein soll. Daß bei einer größeren Anzahl von Aktionären dem Vorstand eine erweiterte Verwaltungsbehörde mit Rechtswirkung nach innen übergeordnet sei, wäre zweckmäßig vorzuschreiben. Die ordentliche Geschäftsführung ruhte dann bei dem Vorstand, die Erledigung wichtigerer und deshalb ungewöhnlicher Vorkommnisse bei dem Verwaltungsrath, welchem naturgemäß zugleich die Aufsicht über die Thätigkeit des Vorstandes zufiele. Auch das jetzige Aktiengesetz weist bei der Aktiengesellschaft, abweichend von dem früheren Recht und den noch gegenwärtig für die Kommanditgesellschaft auf Aktien maßgebenden Grundsätzen, dem Aufsichtsrath lediglich die Ueberwachung des Vorstandes bei seiner Geschäftsführung zu. Die Statuten der größer angelegten Kolonialgesellschaften, der Neu-Guinea-Compagnie, der Deutschen Colonialgesellschaft für Südwest-Afrika und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft enthalten sämtlich Festsetzungen über ein weiteres und engeres Verwaltungsorgan, sei es durch Eintheilung der

85) Vgl. Begründung zum Aktiengesetz vom 18. Juni 1884 erster Entwurf S. 218, zweiter Entwurf S. 143 der Heymannschen Ausgaben.

Direktion in ein Plenum und geschäftsführende Mitglieder, sei es durch Einrichtung zweier Behörden, welche als „Vorstand“ und „Verwaltungsrath“, als „Direktion“ und „Direktionsrath“ neben einander gestellt werden. In den Statuten ist der Geschäftskreis dieser Organe genau abgegrenzt. Ebenso sind bei der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südeefeninseln zu Hamburg alle irgend wichtigeren Verwaltungsfunktionen dem Aufsichtsrath übertragen. Bei der Neu-Guinea-Compagnie und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft finden sich überdies „Revisoren“ zur Ueberwachung der Beobachtung des Statuts, welche die Inventarien, Jahresrechnungen und Bilanzen, zeitweilig auch die Kasse und Portefeuilles zu prüfen und darüber der ordentlichen Generalversammlung zu berichten haben. Bei der letztgenannten Gesellschaft ist dessenungeachtet der Direktionsrath berufen, die gesammte Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen. Sämmtliche Gesellschaften haben endlich in dem Reichskanzler ein letztes Aufsichtsorgan. Solche Häufung von Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden erscheint überlästig und verwirrend. Sie dürfte schließlich, wie jedes Zuviel, für die Thätigkeit jedes einzelnen Organs das Zuwenig nach sich ziehen und ein greifbares Ergebnis nur in der Mehrung der todten Kontrollkosten aufweisen. Der Luxus besonderer Aufsichtsbehörden mag den Gesellschaften gestattet sein: Gesetzlich erfordert werde lediglich, den bewährten Ansprüchen der Praxis gemäß, ein Verwaltungsrath, welcher nach dem insoweit nothwendigen Inhalte des Gesellschaftsvertrages über die wichtigeren Geschäftsangelegenheiten mit Wirkung nach innen zu bestimmen hat, zugleich aber den Vorstand bei der laufenden Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung überwachen und zu dem Zwecke sich von den Angelegenheiten der Gesellschaft unterrichten muß. Daß die Uebertragung allzuvieler Geschäfte an den Verwaltungsrath die Ausnutzung jeder Konjunktur durch den Vorstand hindern muß, darf hierbei Seitens der Gesellschaft nicht verkannt werden. Dem Verwaltungsrath ist, wie dem Aufsichtsrath des Aktiengesetzes, das Recht zuzugestehen, jederzeit von dem Vorstand über die Gesell-

schaftsangelegenheiten Bericht zu fordern, auch durch einzelne Mitglieder die Bücher und Schriften der Gesellschaft einzusehen, sowie die Bestände zu untersuchen; ihm muß andererseits die Pflicht auferlegt werden, die Jahresrechnungen, Bilanzen und Vorschläge zur Vertheilung von Erträgnissen zu prüfen und darüber der Generalversammlung zu berichten, auch erforderlichen Falles eine Generalversammlung einzurufen. Der Verwaltungsrath wäre die rechte Stelle, an welcher die eigene Thätigkeit der Gesellschafter sich entfalten müßte. Mag auch nicht jeder in erheblicher Weise Betheiligte die Muße finden, der Gesellschaft seine unzersplitterte Kraft zu widmen, wie solches die Funktion als Vorstandsmitglied erfordert, so soll doch nach Möglichkeit das Eingreifen in wichtigere Gesellschaftsangelegenheiten, die Aufsicht über das Unternehmen durch die thatsächlichen Geschäftsherren statthaben. Der Verwaltungsrath werde deshalb aus mindestens drei von der Generalversammlung der Theilhaber aus ihrer Zahl gewählten Mitgliedern gebildet. Der Kautelen gegen den Einfluß der Gründer auf die Bestellung dieses Organs mag es bei Gesellschaften, bei welchen die alsbaldige Ueberleitung der Antheile in die große Menge die Ausnahme bilden wird, bei welchen die Gründer einstweilen die natürlichen Hauptträger des Unternehmens sind, nicht bedürfen. Der Mandatsnatur des zwischen den Theilhabern und dem Verwaltungsrathe obwaltenden Rechtsverhältnisses sei durch unentziehbare Zulassung des Widerrufs der Bestellung in der Generalversammlung, wenn auch nur durch einen der Stimmenmehrheit nach qualifizirten Beschluß, Rechnung getragen. Die Uebertragung der Obliegenheiten jedes Mitgliedes auf eine andere Person sei verboten, die Mitgliedschaft im Vorstand und Verwaltungsrath — abgesehen von näher zu bestimmenden Vertretungsfällen — unvereinbar. Der Verwaltungsrath sei endlich ordentliches Organ der Gesellschaft zur Prozeßführung gegen den Vorstand und seine Mitglieder, wie ihm weiter selbständige Klagebefugniß in dieser Richtung beizulegen sein dürfte, sofern auch der Beschluß der Generalversammlung seine Verantwortlichkeit nicht deckt.

Für kleine Gesellschaften mögen besondere Grundsätze Platz greifen. Wiederholt ist zu betonen, daß kein Anlaß vorliegt, auch der geringsten Anzahl von Genossen die Möglichkeit der Einsetzung eines begrenzten Vermögensquantums für begrenzte Zwecke zu verschließen. Für derlei Gesellschaften die komplizierte Einrichtung eines Verwaltungsraths vorzuschreiben, wäre zweckwidrig: ein Vorstand muß sein, um die Rechtsform der juristischen Person zu markiren. Den Vorstandsmitgliedern den Rest der Gesellschafter als Verwaltungsrath beigegeben, hieße ein Regiment von Offizieren ohne Soldaten schaffen. Die wenigen Theilhaber sind hier, durch das eigene Interesse bestimmt, der natürliche Verwaltungsrath der Gesellschaft.⁸⁶⁾ Als Grenze wäre etwa die Ziffer von 100 Antheilen festzuhalten.

Wiederum zu übernehmen dürften die Grundsätze des Aktienrechts über die Individualrechte der Theilhaber sein, namentlich diejenigen über die Anfechtung gesetz- und statutenwidriger Beschlüsse, die Verfolgung der Gesellschaftsansprüche aus Gründung und Geschäftsführung, die Untersuchung von Gesellschaftshergängen, die Einberufung der Generalversammlung und die Ankündigung von Gegenständen der Beschlussfassung.

Die materiellen Bilanzvorschriften sind bereits einer Prüfung unterzogen worden. Formell wäre die Bilanzvorlage in gleicher Weise wie bei der Aktiengesellschaft zu behandeln, mit der Maßgabe, daß eine statutarische Erstreckung der Frist zur Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Geschäftsberichts in Rücksicht auf die hier obwaltenden Verhältnisse auf neun Monate freigelassen werden mußte.

86) In einer die Bildung einer Kolonisationsgesellschaft in Rio Grande do Sul (Südbrasilien) betreffenden Zuschrift aus Novo Hamburgo heißt es ganz praktisch: Es sei an die Spitze des Unternehmens ein Direktor zu stellen, welcher mit „Beiräthen“ die Leitung hat: „Als Beiräthe fungiren die Interessenten selbst, welche sich wechselweise ablösen, ohne eine Vergütung zu bekommen“. Deutsche Kolonialzeitung 1886 S. 536.

Sicherlich sind die hier in größeren Zügen entwickelten Grundsätze vielfacher Vertiefung und Besserung fähig. Daß sich aber auf solcher Basis fortbauen läßt, wird zuzugeben sein. Der Vorwurf, daß auch durch diese Vorschläge eine freiere Luft, als im Gebiete des Aktienwesens, nicht weht, muß hingenommen werden. Es handelt sich hier um gefährliche Dinge, deren leichtfertige Regelung den Nationalwohlstand, wie das Nationalansehen schwer schädigen könnte. Schwindelperioden, wie sie in England die South Sea Bubbles des Jahres 1720, das südamerikanische Bergwerksfieber von 1824 und 1825 erzeugten, wie sie Frankreich im ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts unter Law's Regime erblickte, sollen von unserem Vaterland abgewendet werden. Noch im Jahre 1855 konnte sich in Paris eine Gesellschaft mit 20 Millionen Kapital „pour le mariage de l'Amérique et de l'Afrique“ bilden.⁸⁷⁾ Was damals möglich war, ist es noch heut. Auch die Staatsaufsicht kann, wie die Erfahrung aller Länder und Zeiten lehrt, nur in sehr beschränktem Maß ein unlauteres Treiben der mit der Errichtung und Leitung der Gesellschaften befaßten Personen vereiteln. Wie aber auch über staatliche Mitwirkung bei der Besetzung der Gesellschaftsämter und bei dem Geschäftsgebahren im Interesse der an der Gesellschaft Betheiligten gedacht werden mag, eines ist unbedingt zu fordern: daß die Buntstreckigkeit der rechtlichen Gewandung alsbald ein Ende nimmt, daß nicht jede Kolonialgesellschaft sich auf einem andern Rechtsfundament in dem grenzenlosen Gebiete der Korporation aufbaut, daß ein allgemeines Gesetz der neuen Gesellschaft mit beschränkter Haftung die feste Grundlage giebt.

87) Schäffle, Gesellschaftliches System, 3. Aufl. Bd. 2 S. 49.

Anhang.

I.

Statut der Deutschen Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika

vom 5. April 1885. *)

(Die Verleihung der Rechte einer juristischen Person ist am 13. April 1885 erfolgt.)

§ 1.

Die unter dem Namen

„Deutsche Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika“

begründete Gesellschaft hat den Zweck:

die von Herrn F. A. C. Lüderix in Südwest-Afrika erworbenen, unter dem Schutze des Deutschen Reiches stehenden Ländereien und Rechte käuflich zu übernehmen und durch andere Erwerbungen zu erweitern, die Grund-Besitzungen und Bergwerks-Berechtigungen durch Expeditionen und Untersuchungen zu erforschen, für industrielle und Handels-Unternehmungen sowie deutsche Ansiedelungen vorzubereiten, geeignete gewerbliche Anlagen aller Art dort selbst zu machen und zu betreiben oder durch Andere betreiben zu lassen und das Privat-Eigenthum zu verwerthen, und endlich die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte zu übernehmen, soweit solche der Gesellschaft für ihre Gebiete übertragen werden.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin.

§ 2.

Das Vermögen der Gesellschaft besteht zur Zeit in dem Capitalbetrage von achthunderttausend Mark, welcher durch Einlagen in Gemäßheit § 14

*) In allen wesentlichen Punkten fast wörtlich übereinstimmend ist der Statutenentwurf der Deutschen Witu-Gesellschaft. Hervorzuheben ist hinsichtlich des letzteren, daß „die Erhöhung des Capital-Vermögens der Gesellschaft durch Annahme neuer Einlagen“ zum Geschäftskreise des Verwaltungsraths gehört.



des Statuts aufgebracht ist. Das Capital = Vermögen kann, nach Beschluß des Verwaltungsrathes (§ 11b), bis auf 1 200 000 Mark und darüber hinaus nach Beschluß der General-Versammlung (§ 9f) durch Annahme neuer Einlagen erhöht werden. *)

§ 3.

Mitglieder der Gesellschaft sind die Unterzeichneten.

Die Mitgliedschaft wird ferner durch Verleihung nach dem Beschlusse des Verwaltungsrathes begründet. Die Verleihung erfolgt durch eine schriftliche, von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrathes unterschriebene Erklärung.

Die Verleihung der Mitgliedschaft kann erfolgen an Angehörige des Deutschen Reichs, an Corporationen, bergrechtliche Gewerkschaften und Actien-Gesellschaften, welche im Inland ihren Sitz haben, sowie an andere Handels-Gesellschaften, deren persönlich haftende Mitglieder sämmtlich die Deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sofern sie dieselbe auf Grund des Erwerbs der aus einer Einlage (§ 14) erwachsenden Rechte nachsuchen.

Die Mitgliedschaft kann ferner solchen Deutschen verliehen werden, welche sich um die Gesellschaft verdient gemacht haben.

Die Namen der Mitglieder sind in der Mitgliederrolle zu verzeichnen.

§ 4.

Die Mitgliedschaft geht verloren:

1. durch ausdrückliche schriftliche Austritts-Erklärung gegenüber dem Verwaltungsrath,
2. durch den Tod des Mitglieds, durch eine strafgerichtliche Verurtheilung desselben, welche von rechtswegen den dauernden Verlust öffentlicher Aemter zur Folge hat, und durch Eröffnung des Concursverfahrens über das Vermögen des Mitglieds,
3. dadurch, daß das Mitglied oder ein persönlich haftender Gesellschafter der als Mitglied aufgenommenen Handels-Gesellschaft die Reichsangehörigkeit verliert,
4. durch Streichung in der Mitgliederrolle nach dem Beschlusse des Verwaltungsrathes, wenn eines der ursprünglichen Mitglieder oder ein Mitglied, welchem die Mitgliedschaft auf Grund des Erwerbs der Rechte aus einer Einlage verliehen ist, die ihm zustehenden Rechte aus Einlagen in der Weise veräußert hat, daß ihm nicht mehr als alleinigem Berechtigten eine Einlage zusteht.

§ 5.

Die Mitgliedschaft giebt das Recht zur Theilnahme an den Beschlüssen der General-Versammlung mit wenigstens einer Stimme. Mitgliedern, welche als Einlageinteressenten mit mehr als einer Einlage in dem Einlage-

*) Die Generalversammlung hat durch genehmigten Beschluß vom 9. Dezember 1886 Erhöhung auf zwei Millionen Mark beschloffen.

buche verzeichnet sind, steht ein der Zahl ihrer Einlagen entsprechendes mehrfaches Stimmrecht bis zum Betrage von fünfzig Stimmen zu.

Das Recht der Mitgliedschaft kann von Corporationen, bergrechtlichen Gewerkschaften, Actien-Gesellschaften und anderen Handels-Gesellschaften nur durch einen Repräsentanten ausgeübt werden, welcher als solcher bei dem Verwaltungsrath anzumelden und in der Mitgliederrolle zu vermerken ist.

Abgesehen hiervon findet eine Vertretung in der Ausübung des Mitgliederrechts nur in der Weise statt, daß Stimmberechtigte sich durch andere Stimmberechtigte auf Grund schriftlicher Vollmacht vertreten lassen können.

§ 6.

Für die Schulden der Gesellschaft haftet lediglich das Gesellschaftsvermögen. Die Mitglieder können als solche zu Beiträgen nicht herangezogen werden.

§ 7.

Die Gesellschaftsorgane sind:

- a) die General-Versammlung der Mitglieder,
- b) der Verwaltungsrath,
- c) der Vorstand.

§ 8.

Die General-Versammlungen der Mitglieder werden durch öffentliche Bekanntmachung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger und mindestens in einer Berliner Zeitung oder durch besondere Einladung der Mitglieder und, soweit diese ihr Mitgliederrecht nur durch Repräsentanten ausüben können, der Repräsentanten, unter Mittheilung der Tagesordnung mit einwöchiger Frist, vom Verwaltungsrath einberufen.

Eine ordentliche General-Versammlung findet jährlich spätestens bis zum Schluß des dritten Kalenderquartals statt; außerordentliche werden einberufen, so oft es der Verwaltungsrath für nothwendig erachtet, oder wenn Mitglieder, welche zusammen mindestens den zehnten Theil der Stimmen führen, unter Angabe des Zwecks und der Gründe es schriftlich verlangen. Die Einberufung muß letzteren Falls innerhalb sechs Wochen nach Eingang des Antrags erfolgen.

Die General-Versammlungen werden von dem Vorsitzenden des Verwaltungsraths oder dessen Stellvertreter geleitet.

§ 9.

Der General-Versammlung der Mitglieder stehen folgende Geschäfte zu:

- a) die Bestimmung, wie viele Mitglieder des Verwaltungsraths für die bevorstehende Amtsperiode gewählt werden sollen, und die Vornahme dieser Wahlen (§ 10);
- b) die Festsetzung der Remunerationen oder Tantiemen für die Mitglieder des Verwaltungsraths (§ 10);

- c) die Abnahme der Jahresrechnung und die Ertheilung der Entlastung an den Vorstand und an den Verwaltungsrath;
- d) die Zustimmung zur Uebernahme von Hoheitsrechten, welche der Gesellschaft übertragen werden sollen, und von den damit verbundenen Lasten;
- e) die Feststellung der Höhe des den Einlage-Interessenten für das vergangene Geschäftsjahr zu gewährenden Gewinn-Anteils, jedoch nur innerhalb der vom Verwaltungsrath gemachten Vorschläge (§ 11 i);
- f) die Bestimmung, daß neue Einlagen über den Betrag von 1 200 000 Mark hinaus unter den in § 14 bestimmten Bedingungen von der Gesellschaft angenommen werden sollen;
- g) die Abänderung des Statuts und die Auflösung der Gesellschaft.

Alle Beschlüsse und Wahlen erfolgen mit einfacher Mehrheit der in der Versammlung abgegebenen Stimmen. Wahlen können, sofern Niemand widerspricht, in der Weise vorgenommen werden, daß die Gesellschaft zu gemachten Vorschlägen ihre Zustimmung ertheilt. In soweit dieser Form der Wahl widersprochen wird, erfolgt die Wahl jedes einzelnen Mitgliedes des Verwaltungsraths durch Stimmzettel, auf welchen die Zahl der dem Stimmberechtigten zustehenden Stimmen vermerkt ist. Wird hierbei die einfache Mehrheit nicht erreicht, so ist zwischen den beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl vorzunehmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos, welches vom Vorsitzenden gezogen wird.

Ueber die Verhandlungen der General-Versammlungen ist ein Protokoll von einem Notar aufzunehmen, wobei es der Zuziehung von Zeugen nicht bedarf.

Die in dem ersten Absatz zu e, f und g bezeichneten Beschlüsse bedürfen zu ihrer Gültigkeit der staatlichen Genehmigung (§ 16).

§ 10.

Der Verwaltungsrath besteht je nach Beschluß der General-Versammlung aus fünf bis höchstens zwanzig Mitgliedern und wird jedesmal auf drei Jahre gewählt. Wählbar sind die stimmberechtigten Mitglieder oder Repräsentanten.

Beim Ausscheiden eines Mitgliedes haben die übrigen Mitglieder des Verwaltungsraths für die Dauer der Amtsperiode ein anderes zu cooptiren.

Der Verwaltungsrath wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter desselben, bestimmt auch die Reihenfolge, in welcher die letzteren einzutreten haben. Er versammelt sich auf Berufung durch den Vorsitzenden und ist beschlußfähig, wenn nach ergangener Einladung aller Mitglieder die Mehrheit derselben erschienen ist.

Der Verwaltungsrath faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit; auf die Wahlen der Vorstands-Mitglieder finden die Bestimmungen des zweiten und dritten Absatzes des § 9 entsprechende Anwendung.

Die Mitglieder des Verwaltungsraths haben außer dem Ersatz ihrer baaren Auslagen eine von der General-Versammlung in ihrer Höhe festzusetzende Remuneration oder Tantième vom Reingewinn zu beanspruchen.

§ 11.

Zum Geschäftskreise des Verwaltungsraths gehört:

- a) die Aufnahme neuer Mitglieder sowie die Löschung ausgeschiedener Mitglieder in der Mitgliederrolle;
- b) die Erhöhung des Capital-Vermögens der Gesellschaft durch Aufnahme neuer Einlagen bis zum Betrage von 1 200 000 Mark;
- c) die Prüfung der Legitimation der Rechtsnachfolger in das Recht aus einer Einlage (§ 14 f);
- d) die Wahl der Mitglieder des Vorstandes, der Abschluß der Dienst-Verträge mit denselben und die Feststellung ihrer Geschäfts-Instructionen;
- e) die Genehmigung von Anlagen und Unternehmungen, welche voraussichtlich einen Kostenaufwand von mehr als 10 000 Mark erfordern;
- f) die Genehmigung zum Erwerb und zur Veräußerung von unbeweglichem Eigenthum;
- g) die Aufnahme von Anleihen;
- h) die Aufsicht über die Verwaltung und Geschäftsführung des Vorstandes;
- i) die Prüfung der Jahresrechnung und der Vorschlag an die General-Versammlung über den Gewinn-Anteil, welcher den Einlage-Interessenten zu gewähren ist.

§ 12.

Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern, die auf drei Jahre gewählt werden. Die Legitimation der Vorstands-Mitglieder wird durch ein Attest der Aufsichts-Behörde geführt.

Der Vorstand vertritt die Gesellschaft den Behörden und Privat-Personen gegenüber und führt die gesammten Geschäfte der Gesellschaft, einschließlich derjenigen, welche nach den Gesetzen eine Special-Vollmacht erfordern, zugleich mit der Befugniß, in allen einzelnen Angelegenheiten Bevollmächtigte zu bestellen, auch Beamte der Gesellschaft unter Feststellung ihres Wirkungskreises anzustellen.

Der Vorstand hat alle zur Erreichung der Gesellschaftszwecke notwendigen Ausgaben zu machen und Einrichtungen zu treffen, soweit durch das Statut nicht Einschränkungen vorgesehen sind.

Schriftliche Erklärungen des Vorstandes sind für die Gesellschaft verbindlich, wenn sie mit dem Namen der Gesellschaft versehen und von mindestens zwei Mitgliedern des Vorstandes unterzeichnet sind.

§ 13.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März des fol-

genden Kalenderjahres. Beim Schlusse jedes Geschäftsjahres hat der Vorstand der ordentlichen General-Versammlung einen Geschäftsbericht zu erstatten und die Jahresrechnung vorzulegen.

§ 14.

Die zur Beschaffung des Capital-Vermögens gemachten Einlagen werden der Gesellschaft unter den folgenden Bedingungen gewährt:

- a) die Einlagen können von der Gesellschaft nur mit Zustimmung des aus der Einlage Berechtigten zurückgegeben, sie können von letzterem, außer dem Fall der erfolgten Auflösung der Gesellschaft, nicht zurückverlangt werden;
- b) die Rückgewähr im Falle der Auflösung der Gesellschaft setzt die vorgängige vollständige Bezahlung aller Gesellschaftsschulden voraus;
- c) den Berechtigten steht der Bezug desjenigen Gewinn-Antheils aus dem verflossenen Geschäftsjahre zu, welcher von der General-Versammlung bestimmt wird (§ 9 e);
- d) jede Einlage beträgt 1000 Mark;
- e) die Einlagen werden auf den Namen des Berechtigten in das von dem Vorstande zu führende Einlagenbuch eingetragen. Der Berechtigte erhält für jede Einlage eine diese Bedingungen in Abschrift enthaltende Bescheinigung;
- f) das Recht aus der Einlage ist vererblich und abtretbar. Der Eintritt eines neuen Berechtigten ist dem Vorstande anzuzeigen und wird vom Verwaltungsrath geprüft. Der Vorstand hat den neuen Berechtigten erst dann als solchen zuzulassen, wenn sein Eintritt in das Recht vom Verwaltungsrath anerkannt ist;
- g) das Recht aus einer Einlage kann nicht getheilt werden;
- h) steht das Recht aus einer Einlage einer Mehrheit von Personen in ungetheilter Gemeinschaft zu, so müssen dieselben durch beglaubigte Erklärungen einen Bevollmächtigten zur Erhebung der Gewinn-antheile bestellen. Die Beglaubigung kann durch jede Person erfolgen, welche befugt ist, ein öffentliches Siegel zu führen;
- i) die Feststellung, daß Gewinnantheile für die Einlagen zur Vertheilung gelangen (§ 9 e), ist binnen 14 Tagen nach der staatlichen Bestätigung des Beschlusses der General-Versammlung durch die in § 8 bezeichneten öffentlichen Blätter bekannt zu machen;
- k) erfolgt die Erhebung des Gewinnantheils nicht bis zum 31. December des vierten auf die erste öffentliche Bekanntmachung folgenden Jahres, so ist der Betrag zu Gunsten der Gesellschaft verfallen.

§ 15.

Die Aufsicht über die Gesellschaft wird von dem Reichskanzler geführt. Derselbe kann zu dem Behufe einen Reichskommissar bestellen. Der Kommissar ist berechtigt, an jeder Versammlung des Verwaltungsrathes und an

jeder General-Versammlung theilzunehmen, von dem Vorstande jeder Zeit Berichterstattung über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu verlangen, auch die Bücher und Schriften derselben einzusehen, sowie auf Kosten der Gesellschaft, wenn der Verwaltungsrath dem Verlangen von Mitgliedern, welche zusammen mindestens den zehnten Theil der Stimmen führen, in Gemäßheit des § 8 nicht entspricht, oder aus sonstigen wichtigen Gründen, eine außerordentliche General-Versammlung zu berufen.

Die Aufsicht wird darauf gerichtet, daß die Geschäftsführung der Gesellschaft dem im § 1 bezeichneten Zwecke derselben und den übrigen Bestimmungen des Statuts entspricht und im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften erfolgt. *)

§ 16.

Die staatliche Genehmigung der Beschlüsse zu e, f und g des § 9 steht der Aufsichtsbehörde (§ 15) zu. Statuten-Änderungen bedürfen jedoch zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Landesherrn, wenn sie den Zweck, den Sitz oder die Vertretung der Gesellschaft nach Außen zum Gegenstand haben. Dasselbe gilt von dem Beschluß über Auflösung der Gesellschaft.

*) Fassung des General-Versammlungs-Beschlusses vom 30. September 1886. Früher wurde die Aufsicht von den Ministern für Handel und Gewerbe und des Innern geführt.

II.

Statut der Neu Guinea Compagnie.

Vom 29. März 1886.

(Die Verleihung der Rechte einer juristischen Person ist am 12. Mai 1886 erfolgt.)

Zweck.

§ 1.*)

Der Zweck der Neu Guinea Compagnie ist: in den Gebieten der Südsee, über welche Seine Majestät der Deutsche Kaiser nach Inhalt des Kaiserlichen Schuttbriefes vom 17. Mai 1885 die Oberhoheit übernommen hat, nämlich: dem „Kaiser Wilhelms-Land“ genannten Theile des Festlandes von Neu Guinea, den vor der Küste dieses Theiles von Neu Guinea liegenden Inseln, sowie den Inseln des „Bismarck-Archipels“ und allen anderen nordöstlich von Neu Guinea zwischen dem Aequator und dem 8. Grade südlicher Breite und zwischen dem 141. und 154. Grade östlicher Länge liegenden Inseln:

1. die ihr durch den gedachten Kaiserlichen Schuttbrief unter der Oberhoheit Seiner Majestät übertragenen Rechte der Landeshoheit auszuüben und die dazu erforderlichen staatlichen Einrichtungen zu treffen und zu erhalten;
2. kraft des ihr vorbehaltlich der Obergewalt der Kaiserlichen Regierung verliehenen ausschließlichen Rechtes, herrenloses Land in Besitz zu nehmen und Verträge mit den Eingeborenen über Land- und Grundberechtigungen abzuschließen,
auch die Ländereien und Grundberechtigungen der Compagnie einschließlic der unterirdischen Bodenschätze zu verwerthen;
3. der Ansiedelung und dem Verkehr im Schutzgebiet den Weg zu bahnen;
4. Bodenanbau, Handel und Gewerbe auf eigene Rechnung zu betreiben, jedoch nur soweit, wie dies zur Entwicklung des Unternehmens oder zur Anregung und Förderung privater Unternehmungen dienlich erachtet wird.

*) Vgl. I. Nachtrag am Schlusse des Statuts.

Sitz der Compagnie, Dauer.

§ 2.

Die Compagnie hat ihren Sitz und ordentlichen Gerichtsstand in Berlin. Ihre zeitige Dauer ist nicht beschränkt.

Rechte und Verbindlichkeiten.

§ 3.

Die Compagnie kann als solche Rechte erwerben sowie Verbindlichkeiten eingehen und ist insbesondere befugt, Grundstücke und Bergwerke an sich zu bringen, zu veräußern oder zu belasten.

Für die Verbindlichkeiten der Compagnie haftet nur das Vermögen derselben.

Mitgliedschaft.

§ 4.

Die Compagnie wird gebildet:

- a) durch die Mitglieder, welche in der bisherigen Gemeinschaft auf Grund des Vertrages vom 24. Mai 1884 beitragspflichtige Antheile an der Compagnie durch Kapital-Einlagen von zusammen 1 000 000 Mark erworben haben, sowie deren Rechtsnachfolger;
- b) durch diejenigen Mitglieder, welchen als Entschädigung für überlassene Rechte oder für dem Unternehmen geleistete persönliche Dienste Freitheile gewährt sind, oder noch gewährt werden.

Das von der bisherigen Gemeinschaft erworbene Vermögen und deren Verpflichtungen gehen auf die Neu Guinea Compagnie über.

Bedingungen der Mitgliedschaft.

§ 5.

Nur Angehörige des Deutschen Reichs, ferner Korporationen, bergrechtliche Gewerkschaften, Aktien-Gesellschaften und eingetragene Genossenschaften, welche in Deutschland ihren Sitz haben, sowie andere Handelsgesellschaften, deren persönlich haftende Mitglieder sämtlich die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, dürfen als Mitglieder der Compagnie aufgenommen werden.

Die Aufnahme erfolgt durch die Direktion nach freiem Ermessen derselben.

Ausscheiden von Mitgliedern, Untheilbarkeit der Antheile.

§ 6.

Durch das Ausscheiden einzelner Mitglieder wird die Compagnie nicht aufgelöst; auch können einzelne Mitglieder nicht auf Theilung klagen. Die Antheile sind untheilbar; sie haben die Eigenschaft der beweglichen Sachen.

Organe der Compagnie.

§ 7.

Die Organe der Compagnie sind:

die Direktion,
die General-Versammlung,
die Revisoren.

Beitragspflichtige Antheile.

§ 8.*)

Die Zahl der beitragspflichtigen Antheile wird vorerst auf 800 festgestellt, auf deren jeden von der bisherigen Einlage von einer Million Mark 1250 Mark entfallen.

Die General-Versammlung kann die Ausgabe weiterer Antheile beschließen. In dem Beschlusse sind die Bedingungen und Formen für diese Ausgabe, sowie die Rechte und Pflichten aus diesen Antheilen festzusetzen.

Betheiligung der beitragspflichtigen Mitglieder am Gewinn und Verpflichtung zu Beiträgen.

§ 9.

Die Eigenthümer der beitragspflichtigen Antheile nehmen nach Verhältniß ihrer Antheile zu deren Gesamtzahl an den zur Vertheilung gelangenden Ueberschüssen Theil, vorbehaltlich des den Freiantheilen nach § 12 daran zustehenden Anrechtes.

Sie sind andererseits verpflichtet, nach demselben Verhältniß die Beiträge, welche zur Erfüllung der Schuldverbindlichkeiten der Compagnie sowie zur Verwaltung und zum Betriebe des Unternehmens erforderlich sind, aufzubringen.

Einforderung der Beiträge.

§ 10.

Die Direktion ist befugt, die Beiträge zu dem vorbezeichneten Zwecke nach Bedürfniß in Raten von nicht über 500 Mark auf jeden Antheil mit einer Frist von wenigstens drei Wochen schriftlich (§ 15) einzufordern, jedoch nur bis zur Höhe von 5000 Mark auf jeden Antheil. Die Einforderung weiter gehender Beträge kann nur auf Grund eines Beschlusses der General-Versammlung geschehen und erfolgt alsdann unter den gleichen Modalitäten.

Grenze der unbedingten Haftbarkeit. Folgen der Zahlungsfäumniß.

§ 11.

Für die Zahlung der eingeforderten Beträge sind die beitragspflichtigen

*) Vgl. I. Nachtrag am Schlusse des Statuts.

Mitglieder bis zur Höhe von 5000 Mark auf jeden Antheil unbedingt haftbar.

Wird die Zahlung in der vorgeschriebenen Frist nicht geleistet, so kann der Säumige zur Zahlung der fälligen Beträge nebst Zinsen vom Fälligkeitstermine ab im Rechtswege angehalten werden. Statt dessen aber kann der Säumige nach zweimal in gleicher Form und Frist (§ 10) unter Androhung seines Ausschlusses wiederholter fruchtloser Aufforderung zur Zahlung durch Beschluß der Direktion seines Antheils zu Gunsten der Compagnie für verlustig und der über den Antheil ausgestellte Schein (§ 13) für kraftlos erklärt werden. Diese Erklärung wird ihm schriftlich mitgetheilt, und wird der für verfallen erklärte Antheil der Compagnie als solcher kostenfrei zugeschrieben.

Haben die Gesamteinlagen auf einen Antheil den Betrag von 5000 Mark erreicht, so kann der Eigenthümer, der in Zahlung weiterer Beiträge säumig ist, die im vorigen Absatz bezeichneten Folgen der Säumigkeit dadurch abwenden, daß er unter Ueberreichung des Antheilscheines den Verkauf des Antheils behufs Deckung der gegen ihn erhobenen Ansprüche der Compagnie anheimstellt. Der Verkauf erfolgt im Wege der öffentlichen Mobiliarversteigerung durch einen Notar. Aus dem Erlöse werden zunächst die Verkaufskosten und sodann die geschuldeten Beiträge gedeckt. Der Rest des Erlöses verbleibt dem Schuldner.

Ist ein Antheil unverkäuflich, so wird derselbe der Compagnie als solcher kostenfrei zugeschrieben.

Die Direktion ist befugt, der Compagnie zugeschriebene Antheile beitragspflichtig wieder auszugeben und den Kaufpreis dafür zu bestimmen.

Freiantheile.

§ 12.

Die Freiantheile (§ 4b) sind von der Verpflichtung zu Beiträgen (§ 9) befreit, nehmen aber an den zur Vertheilung gelangenden Ueberschüssen in gleichem Verhältniß wie die beitragspflichtigen Theil. Uebersteigt die Gesamteinlage auf jeden der letzteren 5000 Mark, so participirt jeder Freiantheil an jenen Ueberschüssen im Verhältniß von 5000 zu der gesamten bis zum Schlusse des Geschäftsjahres gemachten Einlage.

Bezüglich des Stimmrechts in der Generalversammlung stehen die Freiantheile den beitragspflichtigen gleich.

Vertragsmäßig sind bisher 20 Freiantheile bewilligt. Weitere Bewilligungen können nur auf Vorschlag der Direktion von der General-Versammlung beschloffen werden; die Zahl der gesamten Freiantheile darf jedoch den 25. Theil der beitragspflichtigen Antheile nicht übersteigen.

Antheilsbuch. Uebertragung von Antheilen.

§ 13.

Ueber die Mitglieder der Compagnie und die einzelnen Antheile wird

von der Direktion ein Verzeichniß, das Anthelßbuch, geführt und auf Grund desselben den Mitgliedern über jeden Anthelß ein auf den Namen lautender Schein — Anthelßschein — ertheilt.

Die Erneuerung eines Anthelßscheines ist nur gegen Rückgabe oder nach Kraftloßerklärung desselben zulässig.

Nur die im Anthelßbuche eingetragenen Mitglieder gelten der Compagnie gegenüber als berechtigt und verpflichtet.

Die Uebertragung von Anthelßen kann nur in schriftlicher Form geschehen. Der Uebertragende ist zur Ausbändigung des Anthelßscheines und, wenn dieser verloren ist, zur Beschaffung der Kraftloßerklärung auf seine Kosten verpflichtet.

Der Zustimmung der Direktion bedarf die Uebertragung:

- a) von Freiantheilen,
- b) von beitragspflichtigen Anthelßen, so lange die Einzahlung nicht 5000 Mark auf den Anthelß beträgt.

Die Direktion kann die Zustimmung ohne Angabe von Gründen ablehnen.

Mehrere Erben eines Mitgliedes können, so lange das Eigenthum an dem Anthelße des Erblassers nicht auf eine Person übertragen ist, nur durch einen in das Anthelßbuch einzutragenden Repräsentanten, welcher Angehöriger des Deutschen Reiches ist, vertreten werden.

Die Umschreibung im Anthelßbuche darf nur auf Grund der Uebertragungsurkunde und gegen Vorlegung des Anthelßscheines oder der Kraftloßerklärung erfolgen. Zur Prüfung der Legitimation ist die Compagnie berechtigt, aber nicht verpflichtet. Bei freiwilligen Veräußerungen von Anthelßen bleibt der seitherige Eigenthümer derselben der Compagnie für die Beiträge verpflichtet, deren Einforderung die Direktion oder die General-Versammlung beschlossen hat (§ 10), bevor die Umschreibung im Anthelßbuche vorchriftsmäßig beantragt ist.

Die Mitglieder sind befugt, die beitragspflichtigen jedoch nur, wenn die Einzahlung auf den Anthelß 5000 Mark erreicht hat, unter Rückgabe ihrer Anthelßscheine aus der Compagnie auszutreten.

Mit aufgegebenen Anthelßen wird nach Vorschrift des § 11 Absatz 4, 5 verfahren.

Unterbrechung der aus der Mitgliedschaft fließenden Rechte.

§ 14.

Das Recht zur Theilnahme an der General-Versammlung, sowie der Anspruch auf Auszahlung der zur Vertheilung kommenden Ueberschüsse ruhen:

- a) so lange ein Mitglied in Zahlung der geforderten Beiträge säumig ist (§ 11);

- b) so lange Erben eines Mitgliedes nicht nach Vorschrift des § 13 die Eintragung eines Repräsentanten beantragt haben;
- c) wenn und so lange ein Mitglied (§ 5) die deutsche Reichsangehörigkeit nicht bezieht.

Mittheilungen der Compagnie an ihre Mitglieder. — Entscheidung von Streitigkeiten zwischen beiden.

§ 15.

Die Mittheilungen der Compagnie an ihre Mitglieder geschehen durch schriftlichen Erlaß mittelst der Post. Jedes Mitglied ist verpflichtet, eine Adresse innerhalb des Deutschen Reichs anzugeben, an welche die Zustellung rechtswirksam erfolgt. Zum Nachweis der Zustellung genügt die Postbescheinigung über Aufgebung der Mittheilung. Ist eine Adresse nicht angegeben, so erfolgt die Zustellung auf Kosten des betreffenden Mitgliedes durch die Aufforderung zur Empfangnahme in dem deutschen Reichsanzeiger.

Die Mitglieder der Compagnie unterwerfen sich für alle bezüglich ihrer Anthelle mit der Compagnie entstehenden Streitigkeiten der Entscheidung des für den Sitz der Compagnie zuständigen Gerichts.

Geschäfts- und Rechnungsjahr. Bilanz. Entlastung.

§ 16.

Das Geschäfts- und Rechnungsjahr läuft vom 1. April bis 31. März des folgenden Jahres. Auf den 31. März ist von der Direktion für das abgelaufene Geschäftsjahr die Bilanz zu ziehen. Dieselbe muß mit einem auf denselben Tag gestellten Vermögensstatus nach Revision durch die von der General-Versammlung gewählten Revisoren mit deren Revisionsbericht und einem Geschäftsbericht der Direktion vor Ende des laufenden Kalenderjahres der General-Versammlung vorgelegt werden.

Der General-Versammlung ist die Genehmigung der Bilanz vorbehalten. Durch Ertheilung der Genehmigung wird die Direktion für die Geschäftsführung des betreffenden Jahres entlastet.

Verwendung und Vertheilung von Ueberschüssen.

§ 17.

Auf Vorschlag der Direktion beschließt die General-Versammlung über die Verwendung der sich aus der Bilanz ergebenden Jahresüberschüsse, insbesondere auch über den daraus an die Mitglieder der Compagnie zur Vertheilung zu bringenden Betrag (§ 9).

Von dem zur Verwendung bestimmten Betrage sind vorweg mindestens 10 und höchstens 15 Prozent in einen Reservefonds zu legen.

Die General-Versammlung kann keinen geringeren Beitrag zum Reservefonds und keine höhere Vertheilung von Ueberschüssen an die Mitglieder der Compagnie beschließen, als die Direktion vorschlägt.

Innerhalb vier Wochen nach den Beschlüssen der General-Versammlung werden den Mitgliedern der Compagnie die ihnen zukommenden Ueberschüsse ausbezahlt. Die Beträge, über welche die Mitglieder nicht binnen vier Jahren, vom Tage der Zahlbarstellung an gerechnet, verfügen, verfallen zu Gunsten der Compagnie.

Reservefonds.

§ 18.

Der Reservefonds dient zur Deckung von unvorhergesehenen oder außerordentlichen Geldbedürfnissen der Compagnie. Der Direktion steht die Verfügung über denselben zu.

Nachdem der Reservefonds die Höhe von 500 000 Mark erreicht haben wird, hören die Beiträge zu demselben auf. Im Fall von Entnahmen aus dem Reservefonds ist derselbe auf die vorgenannte Maximalhöhe wieder zu ergänzen.

Direktion. — Zusammensetzung. Wahl.

§ 19.

Die Direktion besteht aus zehn Mitgliedern, welche von der General-Versammlung gewählt werden und sämtlich Angehörige des Deutschen Reiches sein müssen. Mindestens sechs derselben müssen zugleich Mitglieder der Compagnie sein, mindestens fünf in Berlin ihren Wohnsitz haben.

Die Wahl erfolgt auf fünf Jahre; jährlich scheiden zwei Mitglieder aus und werden durch Neuwahl ersetzt.

Bis die Reihe im Austritt gebildet ist, entscheidet darüber das Loos.

Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Scheidet in der Zwischenzeit ein Mitglied aus, so treffen die übrigen Mitglieder eine bis zur nächsten General-Versammlung gültige Ersatzwahl. Die definitive Ersatzwahl erfolgt durch die General-Versammlung, und zwar für die noch laufende Wahlzeit des Ausgeschiedenen.

Ist ein Mitglied der Direktion länger als drei Monate an Ausübung seiner Funktionen gehindert, so können die übrigen Mitglieder die Wahl eines Stellvertreters für die weitere Dauer der Verhinderung beschließen.

Ueber jede Wahl zur Direktion ist ein notarielles Protokoll aufzunehmen.

Die zuerst zu bildende Direktion wird von der konstituierenden General-Versammlung gewählt.

Befugnisse. Legitimation.

§ 20.

Die Direktion vertritt die Compagnie nach außen in allen Rechtsgeschäften und sonstigen Angelegenheiten derselben, einschließlich derjenigen, welche nach den Gesetzen eine Spezialvollmacht erfordern. Dieselbe führt die Verwaltung selbständig, soweit nicht nach diesem Statut die General-

Versammlung mitzuwirken hat. Gegen dritte Personen hat jedoch eine solche Beschränkung der Direktion keine rechtliche Wirkung.

Urkunden und Erklärungen sind für die Compagnie verbindlich, wenn sie unter dem Namen der „Neu Guinea Compagnie“ von dem Vorsitzenden der Direktion oder einem seiner Stellvertreter und von einem anderen Mitgliede der Direktion ertheilt sind. Die Legitimation der Mitglieder der Direktion wird durch Attest des Auswärtigen Amtes des Reiches geführt.

Die Mitglieder der Direktion erhalten als solche keine feste Besoldung. Die General-Versammlung beschließt, was ihnen als Remuneration oder Tantième zu gewähren ist.

Vorsitz. Berufung zu den Plenar-Versammlungen. Schriftliche Abstimmung.

§ 21.

Die Direktion besorgt ihre Geschäfte:

- a) in Plenar-Versammlungen,
- b) durch geschäftsführende Mitglieder.

Sie wählt jährlich in ihrer ersten Sitzung nach der General-Versammlung ihren Vorsitzenden und zwei Stellvertreter desselben. Ueber die Wahl ist ein notarielles Protokoll aufzunehmen.

Die Plenar-Versammlung wird durch den Vorsitzenden unter Angabe der Berathungsgegenstände berufen, so oft die Geschäfte dazu veranlassen. Sie muß berufen werden, wenn es von wenigstens vier Mitgliedern schriftlich beantragt wird.

Ueber einen in dem Berufungsschreiben nicht angegebenen Gegenstand kann die Direktion gültig beschließen, wenn der Beschluß von allen anwesenden Mitgliedern genehmigt wird.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden kann die Direktion auch ohne Berufung einer Plenar-Versammlung durch schriftliche Stimmenabgabe beschließen, jedoch sind nur solche Beschlüsse wirksam, welche von allen Mitgliedern einstimmig gefaßt werden.

Beschlußfähigkeit der Plenar-Versammlung. Abstimmung.

§ 22.

Die Plenar-Versammlung der Direktion ist beschlußfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder theilnimmt.

Die Mitglieder der Direktion haben gleiches Stimmrecht. Vorbehaltlich der im 3. und 4. Absatz des § 21 getroffenen Bestimmungen werden die Beschlüsse nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Ergiebt sich bei einer von der Direktion vorzunehmenden Wahl keine absolute Stimmenmehrheit in der ersten Wahlhandlung, so wird die Wahl nach den Vorschriften des § 35, letzter Absatz, vollzogen.

Beschlüsse des Plenums. Geschäftsordnung.

§ 23.

Dem Plenum der Direktion sind folgende Beschlüsse vorbehalten:

- a) über die Grundsätze, nach welchen die der Compagnie übertragene Landeshoheit im Schutzgebiet in Rechten und Pflichten auszuüben ist;
- b) über die auf Grund der Landeshoheit zu erlassenden Verordnungen für das Schutzgebiet, welche der Genehmigung der Reichsregierung bedürfen;
- c) über die Grundsätze, nach welchen das der Compagnie verliehene ausschließliche Recht: herrenloses Land in Besitz zu nehmen und darüber zu verfügen, sowie mit den Eingeborenen Verträge über Land und über Grundberechtigungen abzuschließen, geltend zu machen ist;
- d) über die Grundsätze, nach welchen Ländereien der Compagnie nutzbar zu machen und zu verwerthen sind;
- e) über die Grenzen, innerhalb welcher die Compagnie auf eigene Rechnung nach Maßgabe des § 1 Nr. 4 Bodenkultivation, Handel und gewerbliche Unternehmungen betreiben wird;
- f) über den alljährlich aufzustellenden Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Compagnie;
- g) über den Ankauf von Schiffen, die Errichtung von Stationen und die Ausrüstung von Expeditionen, auch wenn die Ausgaben hierfür im Voranschlage vorgesehen sind;
- h) über die Ernennung des oberen Vertreters der Compagnie im Schutzgebiet, den mit ihm einzugehenden Vertrag und die ihm zu ertheilenden Vollmachten, sowie über die Entlassung desselben;
- i) über jede andere Anstellung eines Beamten, mit welcher ein jährliches Gehalt von mehr als 5000 Mark verbunden ist, oder welche die Compagnie länger als drei Jahre verpflichtet, sowie über die Entlassung eines solchen Beamten;
- k) über die alljährlich der Verwaltung im Schutzgebiet zu ertheilende Entlastung;
- l) über die im Schutzgebiet für die obere Verwaltung, die Verwaltung der Stationen, die Führung der Schiffe und die Leitung der Expeditionen zu erlassenden Reglements;
- m) über die Einforderung von Beiträgen bis auf Höhe von 4 Millionen Mark Gesamteinzahlung auf die 800 Anthelle (§ 10);
- n) über die Einziehung eines Anthells zu Gunsten der Compagnie (§ 11, Abs. 2);
- o) über die Wiederausgabe eines solchen Anthells (§ 11, Abs. 5);
- p) über die Aufstellung der Jahresbilanz, deren Vorlage an die General-Versammlung und die Vorschläge an letztere bezüglich der Verwendungs- und Vertheilung von Ueberschüssen (§§ 16, 17);

- q) über andere Vorlagen an die General-Versammlung;
- r) über die Verwendung des Reservefonds (§ 18);
- s) über die Berufung einer außerordentlichen General-Versammlung (§ 33);
- t) über eine vorläufige Erbsapwahl zur Direktion und die Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes der Direktion (§ 19);
- u) über das Geschäfts-Reglement der Direktion;
- v) über das Reglement für die Vertheilung der Remuneration oder Tantième, welche der Direktion nach Beschluß der General-Versammlung zukommen wird (§ 20).

Die geschäftsführenden Mitglieder der Direktion.

§ 24.

Durch Plenar-Beschluß ordnet die Direktion zwei oder mehrere Mitglieder ab, welchen die Führung der laufenden Geschäfte und die Entscheidung über alle Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich dem Plenum vorbehalten sind, übertragen werden.

In dem Geschäfts-Reglement der Direktion (§ 23 u) ist über die Vertheilung der Funktionen unter die geschäftsführenden Mitglieder, ihre gegenseitigen Verhältnisse und die Normen für ihre gemeinsamen Berathungen und Beschlußfassungen Bestimmung zu treffen.

Vollmachten.

§ 25.

Die geschäftsführenden Mitglieder der Direktion sind befugt, an einen Beamten der Compagnie Vollmacht für den Empfang der bei der Post eingehenden Briefe, Geld- und Werthsendungen zu erteilen, auch andere Vollmachten auszustellen, soweit nicht nach dem Statut oder dem Geschäfts-Reglement das Plenum der Direktion hierüber zu bestimmen hat. Die Vollmacht erstreckt sich im Zweifel auf alle Rechtshandlungen, welche die Ausführung der den Beamten oder Bevollmächtigten übertragenen Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt, ohne Unterschied zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen.

Ernennung und Entlassung der Beamten.

§. 26.

Die geschäftsführenden Mitglieder der Direktion ernennen und entlassen die Beamten der Compagnie und üben über dieselben die Disziplinar-Befugniß aus, vorbehaltlich der Mitwirkung oder Entscheidung des Plenums in den durch das Statut oder das Geschäfts-Reglement vorgesehenen Fällen.

Uebersieische Vertreter.

§ 27.

Die uübersieischen Vertreter der Compagnie müssen Angehörige des Deutschen Reiches sein.

Revisoren. — Wahl.

§ 28.

Die General-Versammlung hat drei Mitglieder der Compagnie, welche nicht zugleich Mitglieder der Direktion sein dürfen, als Revisoren auf die Amtsdauer von drei Jahren zu wählen. Alljährlich in der ordentlichen General-Versammlung scheidet ein Revisor aus. In den ersten zwei Jahren nach Errichtung der Compagnie bestimmt das Loos den Auscheidenden, später der Ablauf der Amtsdauer. Die Auscheidenden können wiedergewählt werden.

Wenn ein Revisor stirbt, austritt oder dauernd an der Ausübung des Amtes verhindert wird, haben die übrigen Revisoren sogleich einen Ersatzmann zu ernennen, welcher bis zur nächsten General-Versammlung zu fungiren hat. Diese hat dann, und zwar für die noch laufende Wahlzeit des Ausgeschiedenen, eine definitive Wahl vorzunehmen.

Die ersten drei Revisoren werden in der konstituierenden General-Versammlung gewählt.

Befugnisse.

§ 29.

Die Revisoren haben die genaue Beobachtung des Statuts der Compagnie zu überwachen. Sie sind berechtigt, an den Plenarsitzungen der Direktion mit beratender Stimme theilzunehmen, jederzeit Einsicht in die Bücher, Rechnungen, Korrespondenzen und Urkunden der Compagnie zu nehmen und auf Grund eines einstimmigen Beschlusses eine außerordentliche General-Versammlung berufen zu lassen.

Sie haben die Inventarien, Jahresrechnungen und Bilanzen, sowie zeitweilig die Kassen und Portefeuilles der Compagnie zu prüfen und darüber an die ordentliche General-Versammlung der Mitglieder der Compagnie Bericht zu erstatten.

Ueber die Geschäftsführung im Einzelnen bestimmt ein im Einvernehmen mit der Direktion zu erlassendes Reglement.

Sie erhalten eine Remuneration, deren Höhe die General-Versammlung bestimmt.

General-Versammlung.

§ 30.

Die Mitglieder der Compagnie fassen ihre Beschlüsse in General-Versammlungen. Die Beschlüsse und Wahlen der Letzteren sind für alle Mitglieder verbindlich.

Einladung. Vertretung und Bevollmächtigung.

§ 31.

Zur General-Versammlung müssen alle zur Theilnahme berechtigten Mitglieder der Compagnie unter Angabe der zu verhandelnden Gegenstände

wenigstens 14 Tage vor dem anberaumten Termin schriftlich von der Direktion eingeladen werden.

Es können vertreten werden: Handlungshäuser durch ihre gesetzmäßig bekannt gemachten Prokuristen; Ehefrauen durch ihre Ehemänner; Wittwen durch ihre großjährigen Söhne; Bevormundete durch ihre Vormünder oder Kuratoren; Korporationen, bergrechtliche Gewerkschaften, Aktiengesellschaften und eingetragene Genossenschaften durch ihre gesetzlichen Vertreter. In allen übrigen Fällen kann ein Mitglied nur durch ein anderes an der General-Versammlung theilnehmendes Mitglied vertreten werden.

Die Bevollmächtigung zur Stellvertretung ist spätestens am Tage vor der General-Versammlung zur Prüfung der Direktion vorzulegen, welche eine amtliche oder sonst ihr genügende Beglaubigung der Unterschrift zu verlangen berechtigt ist.

Vorsitz.

§ 32.

Die General-Versammlungen werden in Berlin abgehalten.

Der Vorsitzende der Direktion oder ein Stellvertreter desselben führt den Vorsitz. Er bestimmt die Ordnung der zu verhandelnden Gegenstände und ernennt die Stimmzähler.

Die Generalversammlung darf, vorbehaltlich der Bestimmung im letzten Absatz des § 34, nur über Gegenstände verhandeln und beschließen, welche bei der Einberufung auf die Tagesordnung gesetzt worden sind.

Ordentliche und außerordentliche General-Versammlungen.

§ 33.

In jedem Jahre findet eine ordentliche General-Versammlung vor Ablauf des Monats Dezember statt.

Eine außerordentliche General-Versammlung wird berufen:

- a) wenn über die Auflösung der Compagnie oder deren Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft oder die Umwandlung ihrer rechtlichen Form zu beschließen ist;
- b) wenn Mitglieder, welche zusammen wenigstens den vierten Theil der Antheile besitzen, die Einberufung fordern und der Direktion zur Vorlage an die General-Versammlung einen formulirten Antrag einreichen, welcher innerhalb der Zuständigkeit der General-Versammlung liegt;
- c) wenn die Direktion aus besonderem Anlaß die Einberufung beschließt;
- d) wenn die Revisoren Anträge an eine außerordentliche General-Versammlung beschließen (§ 29).

Zuständigkeit der ordentlichen General-Versammlung.

§ 34.

In der ordentlichen General-Versammlung wird der Geschäftsbericht der

Direktion und der Bericht der Revisoren (§ 29) über den Abschluß des abgelaufenen Rechnungsjahres zur Kenntniß und etwaigen Erörterung gebracht, und wird über die Genehmigung der Bilanz, über die hieran sich knüpfenden Vorschläge (§ 16, 17) und über die demnächst der Verwaltung zu ertheilende Entlastung Beschluß gefaßt. Sodann werden die fälligen Wahlen (§ 19, 28) vollzogen.

Die Bilanz und der Vermögensstatus mit dem Geschäftsberichte der Direktion und dem Berichte der Revisoren müssen während zwei Wochen vor der Versammlung in dem Geschäftslokale der Compagnie zur Einsicht eines jeden Mitgliedes ausgelegt sein.

Außerdem steht der ordentlichen General-Versammlung der Beschluß über jede Vorlage zu, welche nicht nach § 33 Absatz 2 Litt. a der außerordentlichen General-Versammlung überwiesen ist, insbesondere:

- a) über die Ausgabe weiterer Antheile (§ 8);
- b) über die Einforderung von Beiträgen, welche die Einzahlung von 5000 Mark auf jeden beitragspflichtigen Antheil überschreiten (§ 10);
- c) über die weitere Bewilligung von Freiantheilen (§ 12);
- d) über die der Direktion zu gewährende Remuneration oder Tantième (§ 20), sowie über die Remuneration der Revisoren (§ 29);
- e) über die Aufnahme von Anleihen;
- f) über Aenderungen und Ergänzungen des Statuts, insbesondere Aenderungen und Erweiterungen des Zweckes der Compagnie.

Die General-Versammlung ist berechtigt, wenn die Bilanz nicht sogleich genehmigt wird, einen Ausschuß zur Superrevision zu ernennen.

Sie ist berechtigt, über die Geltendmachung der Verantwortlichkeit der Mitglieder der Direktion oder der Revisoren gegen die Compagnie und über die zu diesem Zwecke einzuleitenden Schritte Beschlüsse zu fassen und zur Ausführung derselben Bevollmächtigte zu wählen.

Stimmrecht. Beschlußfassung. Wahlen. Protokoll.

§ 35.

Bei den Wahlen und Beschlüssen der General-Versammlung berechtigt jeder Antheil zu einer Stimme.

Beschlüsse über einen der im § 33 unter a) bezeichneten Gegenstände sind nur gültig, wenn wenigstens drei Viertel der Antheile in der Versammlung vertreten sind. Ist dies nicht der Fall, so kann zu gleichem Zwecke innerhalb der nächsten sechs Wochen abermals eine außerordentliche General-Versammlung berufen werden, in welcher gültig Beschluß gefaßt werden kann, auch wenn weniger als drei Viertel der Antheile vertreten sind. Außerdem ist zur Gültigkeit des Beschlusses erforderlich, daß derselbe mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Drittel der in der Versammlung vertretenen Stimmen angenommen werde.

Abänderungen und Ergänzungen dieses Statuts (§ 34f) können nur

mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Drittel der in der Versammlung vertretenen Stimmen beschloffen werden.

Vorbehaltlich dieser Bestimmungen werden die Beschlüsse der General-Versammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Gleichheit der Stimmen giebt die des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Wahlen finden, falls gegen einen anderen vorgeschlagenen Abstimmungsmodus Einspruch erhoben wird, durch Abgabe von Stimmzetteln nach absoluter Stimmenmehrheit statt. Ist diese bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so beschränkt sich die weitere Wahl auf die beiden Mitglieder, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Das Protokoll der General-Versammlung wird notariell aufgenommen und ist von dem Vorsitzenden und den thätig gewesenen Stimmzählern zu unterzeichnen. In dasselbe werden nur die Resultate der Verhandlungen aufgenommen.

Auflösung.

§ 36.

Im Falle einer Auflösung der Compagnie wird nach Tilgung ihrer Schulden das Vermögen unter die Mitglieder nach demselben Verhältniß vertheilt, in welchem nach den §§ 9 und 12 die Ueberschüsse zu vertheilen sind.

Die Vertheilung darf nicht eher vollzogen werden, als nach Ablauf eines Jahres von dem Tage an gerechnet, an welchem die Auflösung der Compagnie unter Aufforderung der Gläubiger, sich bei ihr zu melden, im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht worden ist.

Bis zur Beendigung der Liquidation verbleibt es bei der bisherigen Organisation der Compagnie und ihrem Gerichtsstande.

Eine theilweise Zurückzahlung des Gesellschaftskapitals an die Mitglieder unterliegt denselben Bestimmungen wie die Auflösung der Compagnie.

Aufsichtsbehörde.

§ 37.

Die Aufsicht über die Compagnie wird von dem Reichskanzler geführt.

Derselbe kann zu dem Behufe einen Kommissar bestellen. Der Kommissar ist berechtigt, an jeder Plenarberatung der Direktion und an jeder General-Versammlung theilzunehmen, von der Direktion jederzeit Berichterstattung über die Angelegenheiten der Compagnie zu verlangen, auch die Bücher und Schriften derselben einzusehen, sowie auf Kosten der Compagnie, wenn die Direktion dem Verlangen der Mitglieder oder der Revisoren in Gemäßheit des § 33 b, d nicht entspricht, oder aus sonstigen wichtigen Gründen eine außerordentliche General-Versammlung zu berufen.

Vorbehalt der staatlichen und landesherrlichen Genehmigung.

§ 38.

Die Aufsicht wird darauf gerichtet, daß die Geschäftsführung der Compagnie dem in § 1 bezeichneten Zwecke derselben und den übrigen Bestimmungen des Statuts entspricht und im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften erfolgt.

Insbefondere sind der Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterworfen:

- a) die von der Compagnie aufzustellenden Grundsätze über Ausübung der landeshoheitlichen Rechte (§ 23 a), die für das Schutzgebiet auf Grund der Landeshoheit zu erlassenden Verordnungen (§ 23 b), sowie die Grundsätze über Landerwerb (§ 23 c);
- b) die Wahl des Vorsitzenden der Direktion und seiner Stellvertreter (§ 21), sowie die Ernennung des oberen Vertreters im Schutzgebiet (§ 23 h), dessen Entlassung auf Verlangen der Aufsichtsbehörde von der Direktion erfolgen muß;
- c) die Aufnahme von Anleihen, sowie die Ausgabe weiterer Antheile (§ 34 a);
- d) die Beschlüsse der Compagnie, nach welchen eine Aenderung oder Ergänzung des Statuts erfolgen (§ 34 f), oder die Compagnie aufgelöst, mit einer anderen vereinigt oder in ihrer Form umgewandelt werden (§ 33 a) oder eine theilweise Zurückzahlung des Gesellschaftskapitals (§ 36) stattfinden soll.

Die landesherrliche Genehmigung zu einer Statutänderung, sowie einer Auflösung der Compagnie bleibt vorbehalten.

In der außerordentlichen General-Versammlung vom 12. Mai 1887 ist dann folgender I. Nachtrag zum Statut beschlossen worden:

§ 1.

Dem in § 1 des Statuts vom 29. März 1886 bezeichneten Schutzgebiet der Neu Guinea Compagnie treten die Inseln der Salomonsgruppe zu, über welche Se. Majestät der Deutsche Kaiser die Oberhoheit übernommen hat, und für welche der Neu Guinea Compagnie unterm 13. Dezember 1886 der im Deutschen Reichsanzeiger vom 16. Dezember 1886 veröffentlichte Schutzbrief ertheilt worden ist. Es gelten in Bezug auf diese Inseln die Bestimmungen des Statuts vom 29. März 1886 in gleicher Weise wie für die im § 1 des Statuts bezeichneten Gebiete.

§ 2.

Es werden 800 neue beitragspflichtige Antheile gebildet und nach Bedürfniß und Begehr ausgegeben.

Der Erwerber eines solchen Antheils hat als Preis desselben mindestens den Betrag der sämmtlichen Einzahlungen, welche auf einen älteren Antheil bis zur Zeit des Erwerbs geleistet worden sind, zuzüglich fünf Prozent Zinsen vom Betrage und Tage jeder solchen Einzahlung zu zahlen. Sollten inzwischen Gewinne vertheilt worden sein, so wird deren Betrag mit fünf Prozent Zinsen vom Betrage und Tage jeder Vertheilung zu Gute gerechnet.

Ueber die Annahme und die etwaige Erhöhung des Preises entscheidet die Direktion.

Die Eigenthümer neuer Antheile haben gleiche Rechte und Pflichten gegen die Compagnie wie die Eigenthümer der älteren Antheile.

(Genehmigt unter dem 4. bezw. 27. Juni 1887.)

III.

Statut der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft.

Vom 26. Februar 1887.

(Die Verleihung der Rechte einer juristischen Person ist am 27. März 1887 erfolgt.)

Zweck.

§ 1.

Unter dem Namen „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ wird eine Gesellschaft errichtet, welche den Zweck hat:

1. in den Gebieten von Ostafrika, über welche Seine Majestät der Deutsche Kaiser die Oberhoheit nach Inhalt des Kaiserlichen Schutzbriefes vom 27. Februar 1885 übernommen hat oder durch künftige Schutzbriefe an die Gesellschaft übernehmen wird, die ihr unter der Oberhoheit Seiner Majestät des Kaisers übertragenen Rechte der Landeshoheit auszuüben und die dazu erforderlichen staatlichen Einrichtungen zu treffen und zu erhalten;
2. im deutsch-nationalen Interesse die Civilisirung des Schutzgebietes zu unternehmen, daselbst die Ansiedelung, den Bodenbau und den Verkehr, insbesondere Handel und Gewerbe, anzubahnen und zu fördern;
3. auf afrikanischem Boden Ländereien zu erwerben, zu bewirthschaften, zu verwerthen und die sonst von ihr erworbenen Rechte auszuüben, sowie Handel und Gewerbe selbst zu betreiben oder betreiben zu lassen.

Sitz der Gesellschaft.

§ 2.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin. Ihre zeitige Dauer ist nicht beschränkt.

Haftung für Verbindlichkeiten.

§ 3.

Für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet den Gläubigern derselben nur das Gesellschaftsvermögen.

Mitgliedschaft.

§ 4.

Mitglieder der Gesellschaft sind die Personen, welche den Gesellschaftsvertrag geschlossen und in Person oder durch ihre Bevollmächtigten unterzeichnet haben, nämlich:

Ring, Kolonialgesellschaften.

1. die persönlich haftenden Gesellschafter und die Kommanditisten der früheren Kommanditgesellschaft „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft Karl Peters und Genossen“;
2. die Uebernehmer der ersten zweihundert und acht beitragspflichtigen Antheile der Gesellschaft (§ 10, Absatz 2), auf welche je 5000 Mark baar eingezahlt sind.

Das Vermögen der früheren Kommandit-Gesellschaft „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft Karl Peters und Genossen“ geht mit allen Rechten und Pflichten auf die gegenwärtige Gesellschaft mit dem Tage, an welchem dieselbe die Rechte einer Korporation erlangt, über.

§ 5.

Die Mitgliedschaft erwerben ferner:

1. diejenigen Personen, welche ohne persönlich haftende Gesellschafter oder Kommanditisten der früheren Kommanditgesellschaft „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft Karl Peters und Genossen“ zu sein, bei derselben durch baare Einlagen sich betheiligt haben, sofern sie nach Maßgabe der Vorschriften in § 12 der gegenwärtigen Gesellschaft beitreten;
2. diejenigen Personen, welche der Gesellschaft unter Uebernahme weiterer beitragspflichtiger Antheile (§ 10, Absatz 3) beitreten;
3. diejenigen Personen, welchen als Entschädigung für überlassene Rechte oder für dem Unternehmen geleistete persönliche Dienste Freiantheile (§ 13) gewährt werden;
4. diejenigen Personen, welchen wegen ihrer Verdienste um die Gesellschaft die Mitgliedschaft ohne Gewährung von Antheilen an dem Vermögen oder dem Geschäftsgewinne der Gesellschaft durch Beschluß der Generalversammlung verliehen wird (Ehrenmitglieder).

Zum Erwerbe der Mitgliedschaft bedarf es der schriftlichen Beitrittserklärung des Beitretenden und nach erfolgter Ertheilung der Korporationsrechte der Gesellschaft der schriftlichen Aufnahmeerklärung seitens der Direktion.

Bedingungen der Mitgliedschaft.

§ 6.

Nur Angehörige des Deutschen Reiches, welche im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, ferner Korporationen, bergrechtliche Gewerkschaften, Aktien-Gesellschaften und eingetragene Genossenschaften, welche in Deutschland ihren Sitz haben, sowie andere Handelsgesellschaften, deren persönlich haftende Mitglieder sämmtlich die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, dürfen als Mitglieder der Gesellschaft aufgenommen werden.

Ausscheiden von Mitgliedern.

§ 7.

Durch den Tod oder das Ausscheiden einzelner Mitglieder wird die Gesellschaft nicht aufgelöst; auch können einzelne Mitglieder nicht auf Theilung klagen.

Organe.

§ 8.

Die Organe der Gesellschaft sind:

- die Generalversammlung,
- der Direktionrath,
- die Direktion,
- die Revisoren.

Antheile.

§ 9.

Die Betheiligung an den in das Gesellschaftsvermögen erfolgten Eingeschüssen begründet nach Erwerb der Mitgliedschaft für die Betheiligten das Recht, nach Verhältniß des Betrages ihrer Antheile zu dem Gesamtbetrag aller Antheile an den zur Vertheilung gelangenden Ueberschüssen Theil zu nehmen.

Die Antheile, deren Vererbung und Veräußerung sich nach § 14 regelt, sind untheilbar; sie zerfallen in

1. beitragspflichtige Antheile,
2. Stammantheile;
3. Freiantheile.

§ 10.

Die beitragspflichtigen Antheile (§ 9 Nr. 1) sind auf den Betrag von je 10 000 Mark festgesetzt. Der Eigenthümer eines beitragspflichtigen Antheils ist verpflichtet, Einzahlungen (Beiträge) bis zur Höhe desselben an die Gesellschaft zu leisten; zu weiteren Leistungen ist derselbe nicht verpflichtet. Bei Uebernahme eines beitragspflichtigen Antheils sind 5000 Mark auf denselben alsbald baar einzuzahlen.

Die Zahl der beitragspflichtigen Antheile beträgt zur Zeit 208, welche den in § 4 Nr. 2 bezeichneten Personen zustehen.

Die Zahl der beitragspflichtigen Antheile kann auf 2000 erhöht werden. Ueber die Ausgabe von neuen Antheilen bis zur Höhe von 400 beschließt der Direktionrath selbständig, darüber hinaus ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich.

§ 11.

Die Einforderung des noch nicht eingezahlten Betrages der beitragspflichtigen Antheile erfolgt durch die Direktion mit Genehmigung des Direktionraths. Sie findet schriftlich mit einer Frist von wenigstens drei Wochen statt.

Wird die Zahlung in der vorgeschriebenen Frist nicht geleistet, so kann der Säumige zur Zahlung der fälligen Beträge nebst Zinsen vom Fälligkeitstermin ab im Rechtsweg angehalten werden. Statt dessen kann nach zweimal in gleicher Form und Frist unter Androhung des Ausschlusses wiederholter fruchtloser Aufforderung zur Zahlung durch Beschluß des

Direktionsraths der Säumige seines Antheils zu Gunsten der Gesellschaft für verlustig und der über den Antheil ausgestellte Schein (§ 14) für kraftlos erklärt werden. Diese Erklärung wird ihm schriftlich mitgetheilt und der für verfallen erklärte Antheil der Gesellschaft als solcher kostenfrei zugeschrieben. Die Letztere ist berechtigt, ihr zugeschriebene Antheile beitragspflichtig wieder auszugeben.

Bis zur Vollenzahlung der beitragspflichtigen Antheile nehmen die Eigenthümer an den zur Vertheilung gelangenden Ueberschüssen nur nach Maßgabe des eingezahlten Betrages Theil.

§ 12.

Die Stammantheile (§ 9 Nr. 2) sind für die in § 4 Nr. 1 und in § 5 Nr. 1 bezeichneten Mitglieder bestimmt. Sie können auf höchstens je 10 000 Mark lauten.

Die in § 5 Nr. 1 bezeichneten Personen, welche bei der früheren Kommanditgesellschaft „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft Karl Peters und Genossen“ sich durch Kapitaleinlagen betheiligt haben, sind, vorbehaltlich der Vorschriften in § 6, berechtigt, die Aufnahme als Mitglied bei der gegenwärtigen Gesellschaft zu verlangen und an Stelle ihrer früheren Kapitalbetheiligung Stammantheile derselben zu erwerben. Sie haben zu diesem Zwecke die ihnen von der früheren Gesellschaft erteilten Betheiligungsscheine einzureichen und erhalten an Stelle derselben Scheine (§ 14) über Stammantheile der neuen Gesellschaft nach dem aus Anlage A. ersichtlichen Verhältnisse, wobei jedoch der Betrag der neuen Antheile, sofern er durch Hundert nicht theilbar ist, auf volle Hundert nach oben abgerundet wird.

Nach den gleichen Grundsätzen sind den Mitgliedern, welche persönlich haftende Gesellschafter oder Kommanditisten der früheren Kommanditgesellschaft „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft Karl Peters und Genossen“ gewesen sind (§ 4 Nr. 1), für die bei der letzteren Gesellschaft gemachten baaren Einlagen Stammantheile der gegenwärtigen Gesellschaft zu gewähren.

Die Eigenthümer der Stammantheile sind als solche zur Leistung von Beiträgen an die Gesellschaft nicht verpflichtet.

Denjenigen Besitzern von Betheiligungsscheinen der früheren Gesellschaft, welchen nach Inhalt ihrer Scheine eine wahlweise Abfindung in Ländereien zugesichert war, bleiben die bezüglichlichen Rechte auch der neuen Gesellschaft gegenüber vorbehalten. Durch die Wahl der Landabfindung erlischt die Mitgliedschaft oder das Recht auf den Erwerb derselben. Der über den Stammantheil erteilte Schein ist der Gesellschaft zurückzugeben.

Die nach Absatz 2 und 3 dieses Paragraphen zu gewährenden Stammantheile betragen

920 000 Mark in Stammantheilen über je 10 000 Mark und

337 600 Mark in Stammantheilen über geringere Beträge von 200 Mark an, zusammen also 1 257 600 Mark, welche sich auf die in der

zur Veröffentlichung nicht bestimmten Anlage B aufgeführten Personen mit den daselbst angegebenen Beträgen vertheilen.

§ 13.

Die Freiantheile (§ 5 Nr. 3) sind auf den Betrag von je 10 000 Mark festgesetzt. Die Eigenthümer derselben sind als solche zur Leistung von Beiträgen an die Gesellschaft nicht verpflichtet.

Die Zahl der Freiantheile beträgt fünfzehn. Dieselben sind in Gemäßheit des § 5 Nr. 3 den nach den getroffenen Vereinbarungen berechtigten Personen, welche aus der zur Veröffentlichung nicht bestimmten Anlage C ersichtlich sind, zu gewähren.

Die Gewährung weiterer Freiantheile kann nur auf Beschluß der General-Versammlung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgen.

Antheilsbuch. Uebertragung von Antheilen.

§ 14.

Ueber die Mitglieder der Gesellschaft und die einzelnen Antheile wird von der Direktion ein Verzeichniß, das Antheilsbuch, geführt und auf Grund desselben den Mitgliedern über jeden Antheil eine auf den Namen lautende Urkunde (Antheilschein) ertheilt. Die Erneuerung eines Antheilscheines ist nur gegen Rückgabe desselben zulässig. Abhanden gekommene oder vernichtete Antheilscheine werden nach Kraftloserklärung in dem gesetzlichen Aufgebotsverfahren durch Ausstellung neuer Scheine ersetzt.

Nur die im Antheilsbuche eingetragenen Mitglieder gelten der Gesellschaft gegenüber als berechtigt und verpflichtet.

Die Uebertragung von Antheilen kann nur in schriftlicher Form geschehen. Der Uebertragende ist zur Aushändigung des Antheilscheines verpflichtet.

Die Uebertragung von Antheilen bedarf der Zustimmung des Direktionsrathes, der dieselbe ohne Angabe von Gründen ablehnen kann.

Mehrere Erben eines Mitgliedes können, solange das Eigenthum an dem Antheile des Erblassers nicht auf eine Person übertragen ist, nur durch einen in das Antheilsbuch einzutragenden Repräsentanten, welcher Angehöriger des Deutschen Reiches und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist, vertreten werden.

Die Umschreibung im Antheilsbuche darf nur auf Grund der Uebertragungsurkunde und gegen Vorlegung des Antheilscheines erfolgen. Zur Prüfung der Legitimation ist die Gesellschaft berechtigt aber nicht verpflichtet.

§ 15.

Die Mitglieder sind befugt, die beitragspflichtigen jedoch nur nach Vollzahlung ihrer Antheile, unter Rückgabe ihrer Antheilscheine durch schriftliche Erklärung aus der Gesellschaft auszuscheiden. Das Recht aus den Antheilscheinen gilt in diesem Falle als erloschen.

Unterbrechung der aus der Mitgliedschaft fließenden Rechte.

§ 16.

Das Recht zur Theilnahme an der General-Versammlung ruht:

- a) so lange Erben eines Mitgliedes nicht nach Vorschrift des § 14 die Eintragung eines Repräsentanten beantragt haben;
- b) wenn und so lange ein Mitglied die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzt, oder der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärt ist.

Mittheilungen der Gesellschaft an ihre Mitglieder.

§ 17.

Die Mittheilungen der Gesellschaft an ihre Mitglieder erfolgen schriftlich mittelst der Post. Jedes Mitglied ist verpflichtet, eine Adresse innerhalb des deutschen Reiches anzugeben, an welche die Zustellung rechtswirksam erfolgt. Zum Nachweise der Zustellung genügt die Postbescheinigung über Aufgabe der Mittheilung.

Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch Einrückung in den Deutschen Reichs-Anzeiger und in die von dem Direktionsrath sonst bestimmten Blätter.

Geschäfts- und Rechnungsjahr. Bilanz-Entlastung.

§ 18.

Das Geschäfts- und Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Als erstes Geschäftsjahr gilt, wenn die Ertheilung der Korporationsrechte an die Gesellschaft in der letzten Jahreshälfte erfolgt, die Zeit bis zum Ende des nächstfolgenden Kalenderjahres. Auf den 31. Dezember ist von der Direktion für das abgelaufene Geschäftsjahr die Bilanz zu ziehen. Dieselbe muß einen genauen Nachweis der Einnahmen und Ausgaben enthalten und mit einem auf denselben Tag gestellten Vermögensstatus nach Revision durch die von der General-Versammlung gewählten Revisoren mit deren Revisionsbericht, den Bemerkungen des Direktionsraths und einem Geschäftsbericht der Direktion, bis Ende Juni, keinesfalls später als vor Ablauf des Monats September des auf den Tag der Bilanz folgenden Jahres, der General-Versammlung vorgelegt werden.

Der General-Versammlung ist die Genehmigung der Bilanz vorbehalten.

Durch Ertheilung der Genehmigung wird die Direktion und der Direktionsrath für die Geschäftsführung des betreffenden Jahres entlastet.

Verwendung und Vertheilung von Ueberschüssen.

§ 19.

Auf Vorschlag des Direktionsraths beschließt die General-Versammlung über die Verwendung der sich aus der Bilanz ergebenden Jahres-Ueberschüsse, insbesondere auch über die daraus an die Mitglieder des Direktionsraths zu gewährende Vergütung, sowie über den an die Mitglieder der Gesellschaft zur Vertheilung zu bringenden Betrag (§ 9 Absatz 1).

Von dem zur Verwendung bestimmten Betrage sind vorweg mindestens 10 und höchstens 15 Prozent in einen Reservefonds zu legen.

Die General-Versammlung kann keinen geringeren Beitrag zum Reservefonds und keine höhere Vertheilung von Ueberschüssen an die Mitglieder der Gesellschaft beschließen, als der Direktionsrath vorschlägt, der Vorschlag des Direktionsrathes muß vor der General-Versammlung der Aufsichtsbehörde mitgetheilt werden.

Innerhalb vier Wochen nach den Beschlüssen der General-Versammlung oder nach Genehmigung derselben, soweit solche erforderlich ist, werden den Mitgliedern der Gesellschaft die ihnen zukommenden Ueberschüsse ausbezahlt. Die Beträge, über welche die Mitglieder nicht binnen vier Jahren, vom Tage der Zahlbarstellung an gerechnet, verfügen, verfallen zu Gunsten der Gesellschaft.

Reservefonds.

§ 20.

Der Reservefonds dient zur Deckung von unvorhergesehenen oder außerordentlichen Geldbedürfnissen der Gesellschaft. Ueber die Verwendung desselben beschließt der Direktionsrath. Der Beschluß bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Nachdem der Reservefonds die Höhe von 15 Prozent des jeweiligen Einlagekapitals erreicht haben wird, hören die Beiträge zu demselben auf. Im Falle von Entnahmen aus dem Reservefonds ist derselbe auf den vor genannten Höchstbetrag wieder zu ergänzen.

Der Reservefonds ist in Werthen, welche eine leichte Realisirung gestatten, sicher anzulegen und von dem übrigen Vermögen der Gesellschaft getrennt zu verwalten.

Direktionsrath. — Zusammenziehung. Wahl.

§ 21.

Der Direktionsrath besteht aus mindestens 21, höchstens 27 Mitgliedern, welche sämmtlich Angehörige des Deutschen Reichs sein müssen.

Drei Mitglieder ernennt der Reichskanzler, ein Mitglied entsendet die General-Direktion der Königlichen Seehandlungs-Gesellschaft. Diese Mitglieder dürfen nicht Mitglieder der Gesellschaft und nicht an den Unternehmungen derselben theilhaftig sein. Außerdem ist der jeweilige Vorsitzende der Direktion ständiges Mitglied des Direktionsrathes.

Die übrigen Mitglieder werden aus den Mitgliedern der Gesellschaft durch die General-Versammlung gewählt. Ihre Wahl erfolgt auf fünf Jahre. Von den gewählten Mitgliedern scheidet jährlich der fünfte Theil aus, oder wenn die Zahl der gewählten Mitglieder nicht durch fünf theilbar ist, der fünfte Theil der nächst kleineren durch fünf theilbaren Zahl. In den ersten fünf Jahren erfolgt der Austritt nach dem Loose, später nach dem Alter des Eintritts. Die Ausscheidenden sind wiederwählbar. Auch

Mitglieder der Direktion können in den Direktionsrath gewählt werden. Hat die General-Versammlung nicht alle Stellen besetzt, so kann der Direktionsrath, insofern die General-Versammlung dies nicht untersagt, bis zur nächsten General-Versammlung Mitglieder in diese Stellen berufen. Auch für in der Zwischenzeit ausgeschiedene Mitglieder kann derselbe bis zur nächsten General-Versammlung gültige Ersatzwahlen vornehmen. Die von der General-Versammlung erfolgende Ersatzwahl gilt für die noch laufende Wahlzeit des Ausgeschiedenen.

Die Wahl zum Mitgliede des Direktionsraths kann auch vor Ablauf des Zeitraums, für welchen dasselbe gewählt ist, durch die General-Versammlung widerrufen werden.

Ist ein Mitglied des Direktionsraths länger als drei Monate an der Ausübung seiner Funktionen gehindert, so können die übrigen Mitglieder die Wahl eines Stellvertreters für die weitere Dauer der Verhinderung beschließen.

Ueber die Wahlen zum Direktionsrath ist ein notarielles Protokoll aufzunehmen.

Der zuerst zu bildende Direktionsrath wird von der konstituierenden General-Versammlung gewählt.

Vorsitz. Berufung. Schriftliche Abstimmung.

§ 22.

Der Direktionsrath wählt jährlich in seiner ersten Sitzung nach der ordentlichen General-Versammlung seinen Vorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter desselben.

Der Direktionsrath wird von dem Vorsitzenden durch Einschreibebriefe unter Angabe der Berathungsgegenstände mit mindestens vierzehntägiger Frist so oft berufen, als die Geschäfte dazu veranlassen. Er muß mindestens alle Vierteljahre einmal und außerdem dann berufen werden, wenn es von wenigstens fünf Mitgliedern desselben schriftlich beantragt wird.

Den außerhalb Berlin wohnenden Mitgliedern des Direktionsraths werden die Kosten der Hin- und Rückreise vergütet. Auch diejenigen Mitglieder der Direktion, welche nicht gleichzeitig Mitglieder des Direktionsraths sind, können an den Sitzungen desselben und zwar mit beratender Stimme theilnehmen; sie sind auf Beschluß des Direktionsraths zu einer solchen Theilnahme verpflichtet.

Ueber einen in dem Berufungsschreiben nicht angegebenen Gegenstand kann der Direktionsrath gültig beschließen, wenn der Beschluß von allen anwesenden Mitgliedern genehmigt wird.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden kann der Direktionsrath auch ohne Zusammenberufung durch schriftliche Stimmabgabe beschließen; jedoch sind solche Beschlüsse unwirksam, wenn wenigstens drei Mitglieder schriftlich widersprochen haben.

Beschlussfähigkeit des Direktionsrathes. Abstimmung.

§ 23.

Der Direktionsrath ist beschlussfähig, wenn wenigstens elf Mitglieder an der Beschlussfassung theilnehmen.

Die Mitglieder haben gleiches Stimmrecht, bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Vorbehaltlich der im 4. und 5. Absatz des § 22 getroffenen Bestimmungen werden die Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst.

Ergiebt sich bei einer vom Direktionsrathe vorzunehmenden Wahl keine absolute Stimmenmehrheit in der ersten Wahlhandlung, so wird die Wahl nach den Vorschriften des § 38, vorletzter Absatz, vollzogen.

Befugnisse.

§ 24.

Der Direktionsrath überwacht die gesammte Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung und unterrichtet sich zu dem Zwecke von dem Gange der Angelegenheiten der Gesellschaft. Er kann jederzeit über dieselben Berichterstattung von der Direktion verlangen und selbst oder durch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen, sowie den Bestand der Gesellschaftskasse und die Bestände an Effekten, Handelspapieren und Waaren untersuchen. Er hat das Recht, eins oder mehrere seiner Mitglieder zu bestimmten Geschäften abzuordnen und sie dazu mit Vollmacht zu versehen; auch ist es demselben gestattet, aus seiner Mitte einen oder mehrere enge Ausschüsse zu bestellen und diesen Ausschüssen einzelne Geschäfte oder Gattungen derselben zu übertragen.

§ 25.

Der Direktionsrath beschließt insbesondere:

1. über die Grundsätze, nach welchen die der Gesellschaft übertragene Landeshoheit im Schutzgebiet auszuüben ist;
2. über die auf Grund der Landeshoheit zu erlassenden Verordnungen für das Schutzgebiet, welche der Genehmigung der Reichsregierung bedürfen;
3. über neue Gebietserwerbungen seitens der Gesellschaft (§ 1);
4. über die Grundsätze, nach welchen herrenlose Ländereien in Besitz zu nehmen, mit den Eingeborenen Verträge über Land und über Grundberechtigungen abzuschließen und Ländereien der Gesellschaft nutzbar zu machen und zu verwerthen sind;
5. über die Grenzen, innerhalb welcher die Gesellschaft auf eigene Rechnung Bodenkultivationen, Handel, finanzielle und gewerbliche Unternehmungen betreiben oder sich an solchen betheiligen wird (§ 1, Nr. 3);

6. über den Ankauf von Schiffen und die Errichtung sowie Aufhebung von Stationen;
7. über die Ernennung der oberen Vertreter der Gesellschaft im Schutzgebiet, die mit ihnen einzugehenden Verträge und die ihnen zu ertheilenden Vollmachten, sowie über die Entlassung derselben;
8. über die alljährlich der Verwaltung im Schutzgebiet zu ertheilende Entlastung;
9. über das Geschäftsreglement der Direktion; die von derselben vorzuschlagende administrative, kaufmännische und finanzielle Organisation des ganzen Unternehmens und die den oberen Vertretern im Schutzgebiet zu ertheilenden allgemeinen Instruktionen, desgl. über die Wahl der Banquiers der Gesellschaft und den Abschluß von Verträgen, durch welche dauernde Rechte oder Verpflichtungen für die Gesellschaft begründet werden;
10. über den alljährlich aufzustellenden Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft;
11. über die Ausgabe weiter beitragspflichtiger Antheile (§ 10, Absatz 3);
12. über die Grundsätze für die Aufstellung der Jahresbilanzen und deren jährliche Vorlage an die General-Versammlung, sowie die Vorschläge an letztere bezüglich der Verwendung und Vertheilung von Ueberschüssen (§§ 18, 19);
13. über die Anlegung und Verwendung des Reservefonds (§ 20);
14. über eine vorläufige Ersatzwahl zum Direktionsrath und die Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes desselben (§ 21);
15. über die Anstellung der Direktoren, die Befoldung oder Remuneration der Mitglieder der Direktion;
16. über weiter hier nicht aufgeführte Grundsätze der Verwaltung.

Direktion. — Zusammensetzung und Wahl.

§ 26.

Die Direktion besteht aus zwei oder mehreren Mitgliedern, die von dem Direktionsrath gewählt werden. Der letztere bestellt zugleich den Vorsitzenden und für den Fall der Behinderung die Stellvertreter desselben. Die Mitglieder der Direktion können durch den Direktionsrath jederzeit abberufen werden, jedoch unbeschadet der Entschädigungsansprüche aus den mit ihnen abgeschlossenen Verträgen. In der Sitzung des Direktionsraths, in welcher über die Abberufung beschlossen werden soll, müssen mindestens zwei Drittheile des gesamten Direktionsraths anwesend sein und von den Erschienenen drei Viertheile für die Abberufung gestimmt haben.

Befugnisse. Legitimation.

§ 27.

Die Direktion vertritt die Gesellschaft in allen Rechtsgeschäften und sonstigen Angelegenheiten derselben, einschließlich derjenigen, welche nach den

Gesetzen eine Spezialvollmacht erfordern. Dieselbe führt die Verwaltung selbstständig, soweit nicht nach diesem Statut der Direktionsrath oder die Generalversammlung mitzuwirken haben. Gegen dritte Personen hat jedoch eine solche Beschränkung der Direktion keine rechtliche Wirkung.

Urkunden und Erklärungen sind für die Gesellschaft verbindlich, wenn sie unter dem Namen „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ von dem Vorsitzenden der Direktion oder einem seiner Stellvertreter und von einem der Direktoren unterschrieben bezw. abgegeben sind. Die Legitimation der Mitglieder der Direktion wird durch Atest des Auswärtigen Amtes geführt.

Beamte und Bevollmächtigte.

§ 28.

Die Direktion ernennt und entläßt die Beamten der Gesellschaft und übt über dieselben die Aufsichtsbefugniß aus, vorbehaltlich der Mitwirkung oder Entscheidung des Direktionsraths nach Maßgabe des Statuts und des Geschäftsreglements (§ 25, Nr. 9).

Die Vollmacht der Beamten der Gesellschaft erstreckt sich im Zweifel auf alle Rechtshandlungen, welche die Ausführung der dem Beamten oder Bevollmächtigten aufgetragenen Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt, ohne Unterschied zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen, soweit es nicht nach den zur Anwendung kommenden Gesetzen einer Spezialvollmacht bedarf.

Uebersieische Vertreter.

§ 29.

Die übersieischen Vertreter der Gesellschaft müssen Angehörige des Deutschen Reiches sein.

Revisoren. — Wahl.

§ 30.

Die General-Versammlung hat drei Mitglieder der Gesellschaft, welche nicht zugleich Mitglieder der Direktion oder des Direktionsraths sein dürfen, als Revisoren auf die Amtsdauer von drei Jahren zu wählen.

Wenn ein Revisor stirbt, austritt oder dauernd an der Ausübung des Amtes verhindert wird, haben die übrigen Revisoren sogleich einen Ersatzmann zu ernennen, welcher bis zur nächsten General-Versammlung zu fungiren hat. Dieser hat dann, und zwar für die noch laufende Wahlzeit des Ausgeschiedenen, eine definitive Wahl vorzunehmen.

Befugnisse.

§ 31.

Die Revisoren haben die genaue Beobachtung des Statuts der Gesellschaft zu überwachen. Sie sind berechtigt, an den Sitzungen des Direktionsraths mit beratender Stimme Theil zu nehmen, jederzeit Einsicht in die Bücher, Rechnungen, Korrespondenzen und Urkunden der Gesellschaft zu nehmen und auf Grund eines einstimmigen Beschlusses eine außerordentliche General-Versammlung berufen zu lassen.

Sie haben die Inventarien, Jahresrechnungen und Bilanzen, sowie zeitweilig die Kassen und Portefeuilles der Gesellschaft zu prüfen und darüber an die ordentliche General-Versammlung Bericht zu erstatten.

Die Revisoren können eine Remuneration erhalten, deren Höhe die General-Versammlung bestimmt.

General-Versammlung.

§ 32.

Die Mitglieder der Gesellschaft fassen ihre Beschlüsse in General-Versammlungen. Die Beschlüsse und Wahlen der letzteren sind für alle Mitglieder verbindlich.

Einladung. Vertretung und Bevollmächtigung.

§ 33.

Die General-Versammlung wird von dem Direktionrath berufen. Zu derselben müssen alle zur Theilnahme berechtigten Mitglieder der Gesellschaft unter Angabe der zu verhandelnden Gegenstände wenigstens vier Wochen vor dem anberaumten Termin durch einmalige Insertion in den Gesellschaftsblättern (§ 17, Absatz 2) eingeladen werden.

Mitglieder, welche zusammen in der General-Versammlung mindestens 50 Stimmen zu führen berechtigt sind, können in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe von dem Direktionrath verlangen, daß Gegenstände zur Beschlußfassung einer General-Versammlung angekündigt werden. Der Direktionrath ist verpflichtet, diese Gegenstände auf die Tagesordnung der nächsten General-Versammlung zu setzen. Wird das Verlangen nach der durch den Direktionrath erfolgten Berufung der General-Versammlung gestellt, so müssen solche Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung mindestens drei Wochen vor dem Termin bei dem Direktionrath eingereicht sein. Letzterer ist alsdann verpflichtet, diese Gegenstände nachträglich auf die Tagesordnung der anberaumten General-Versammlung zu setzen und dies mindestens zwei Wochen vor dem Termin in der vorbezeichneten Weise bekannt zu machen.

Es können vertreten werden: Handlungshäuser durch ihre gesetzmäßig bekannt gemachten Prokuristen; Ehefrauen durch ihre Ehemänner; Wittwen durch ihre großjährigen Söhne; Bevormundete durch ihre Vormünder oder Kuratoren; Korporationen, bergrechtliche Gewerkschaften, Aktiengesellschaften und eingetragene Genossenschaften durch ihre gesetzlichen Vertreter.

In allen übrigen Fällen kann ein Mitglied nur durch ein anderes an der General-Versammlung theilnehmendes Mitglied auf Grund ertheilter schriftlicher Vollmacht vertreten werden. Die Bevollmächtigung zur Stellvertretung ist spätestens am Tage vor der General-Versammlung zur Prüfung des Direktionraths vorzulegen, welcher eine amtliche oder sonst ihm genügende Beglaubigung der Unterschrift zu verlangen berechtigt ist. Ein Bevollmächtigter kann nicht mehr als 50 Stimmen vertreten.

Ort der Versammlungen. Vorsitz. Gegenstände der Beschlußfassung.

§ 34.

Die General-Versammlungen werden in Berlin abgehalten.

Der Vorsitzende des Direktionsraths oder der Stellvertreter desselben führt den Vorsitz. Er bestimmt die Ordnung der zu verhandelnden Gegenstände und ernennt die Stimmzähler.

Ueber Gegenstände, welche nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sind, können Beschlüsse nicht gefaßt werden; hiervon ist jedoch der Beschluß über den in einer General-Versammlung gestellten Antrag auf Berufung einer außerordentlichen General-Versammlung ausgenommen.

Ordentliche und außerordentliche General-Versammlungen.

§ 35.

In jedem Jahr findet eine ordentliche General-Versammlung vor Ablauf des Monats September statt. Eine außerordentliche General-Versammlung wird berufen, so oft es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint und außerdem:

- a) wenn von einer General-Versammlung ein dahin gehender Beschluß gefaßt ist (§ 34, Absatz 3);
- b) wenn mindestens fünfundzwanzig Mitglieder, welche zusammen wenigstens den vierten Theil der Antheile besitzen, die Einberufung fordern und dem Direktionsrath zur Vorlage an die General-Versammlung einen formulirten Antrag einreichen, welcher innerhalb der Zuständigkeit der General-Versammlung liegt;
- c) wenn die Direktion aus besonderem Anlaß die Einberufung verlangt;
- a) wenn die Revisoren mit Stimmeneinheit Anträge an eine außerordentliche General-Versammlung beschließen (§ 31).

§ 36.

In der ordentlichen General-Versammlung (§ 35, Absatz 1) werden der Geschäftsbericht der Direktion, die Bemerkungen des Direktionsraths und der Bericht der Revisoren (§ 31) über den Abschluß des abgelaufenen Rechnungsjahres zur Erörterung gebracht, und wird über die Genehmigung der Bilanz und über die hieran sich knüpfenden Vorschläge (§§ 18, 19) Beschluß gefaßt. Sodann werden die fälligen Wahlen (§§ 21, 30) vollzogen.

Die Bilanz und der Vermögensstatus mit dem Geschäftsberichte der Direktion, den Bemerkungen des Direktionsraths und dem Berichte der Revisoren müssen während zwei Wochen vor der Versammlung in dem Geschäftslokale der Gesellschaft zur Einsicht eines jeden Mitgliedes ausgelegt sein.

Die General-Versammlung ist berechtigt, wenn die Bilanz nicht sogleich genehmigt wird, einen Ausschuß zur Superrevision zu ernennen.

§ 37.

Die General-Versammlung beschließt:

- a) über die weitere Bewilligung von Freiantheilen;
- b) über die Remuneration der Revisoren (§ 31);
- c) über die Aufnahme von Anleihen;
- d) über Abänderungen und Ergänzungen des Statuts, insbesondere Aenderungen und Erweiterungen des Zweckes der Gesellschaft;
- e) über die Auflösung der Gesellschaft und die Verschmelzung derselben mit einer anderen Gesellschaft.

Die General-Versammlung ist berechtigt, über die Geltendmachung der Verantwortlichkeit der Mitglieder der Direktion, des Direktionsraths oder der Revisoren gegen die Gesellschaft und über die zu diesem Zwecke einzuleitenden Schritte Beschlüsse zu fassen und zur Ausführung derselben Bevollmächtigte zu wählen.

Stimmrecht. Beschlußfassung. Wahlen.

§ 38.

Bei den Wahlen und Beschlüssen der General-Versammlung berechtigt der Besitz jedes Antheilscheines über 10 000 Mark oder von Antheilen von zusammen 10 000 Mark zur Abgabe von je 10 Stimmen. Bezüglich der beitragspflichtigen Antheile gilt dies auch vor erfolgter Volleinzahlung. Ehrenmitglieder führen als solche ebenfalls zehn Stimmen.

Antheile von geringerem Gesamtbetrage als 10 000 Mark berechtigen zur Abgabe einer Stimme.

Beschlüsse über einen der in § 37 unter e bezeichneten Gegenstände sind nur gültig, wenn wenigstens drei Viertel des Betrages aller Antheile in der Versammlung vertreten sind. Ist dies nicht der Fall, so kann zu gleichem Zwecke innerhalb der nächsten sechs Wochen abermals eine außerordentliche General-Versammlung berufen werden, in welcher gültig Beschluß gefaßt werden kann, auch wenn weniger als drei Viertel des Betrages aller Antheile vertreten sind. Außerdem ist zur Gültigkeit des Beschlusses erforderlich, daß derselbe mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Drittel der in der Versammlung vertretenen Stimmen angenommen werde.

Abänderungen und Ergänzungen dieses Statuts (§ 37 d) können nur mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Drittel der in der Versammlung vertretenen Stimmen beschloffen werden.

Vorbehaltlich dieser Bestimmungen werden die Beschlüsse der General-Versammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt.

Die Wahlen finden, falls gegen einen anderen vorgeschlagenen Abstimmungsmodus Einspruch erhoben wird, durch Abgabe von Stimmzetteln nach absoluter Stimmenmehrheit statt. Insoweit diese bei der ersten Abstimmung nicht erreicht ist, erfolgt eine engere Wahl unter denjenigen Mitgliedern, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in der doppelten Anzahl der noch zu Wählenden.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Protokoll.

§ 39.

Das Protokoll der General-Versammlung wird notariell aufgenommen und ist von dem Vorsitzenden und den thätig gewesenen Stimmzählern zu unterzeichnen. In dasselbe werden nur die Resultate der Verhandlungen aufgenommen.

Auflösung.

§ 40.

Im Falle einer Auflösung der Gesellschaft wird nach Tilgung der Schulden der Nominalbetrag der in das Antheilsbuch eingetragenen Antheile den berechtigten Mitgliedern ausgezahlt oder nach Verhältniß dieser Antheile (§ 9, Absatz 1, § 11, Absatz 3) das hierzu nicht hinreichende Vermögen vertheilt. Ueber die Vertheilung eines Vermögensüberschusses beschließt die General-Versammlung. Der Beschluß bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Die Vertheilung darf nicht eher vollzogen werden, als nach Ablauf eines Jahres, von dem Tage gerechnet, an welchem die Auflösung der Gesellschaft unter Aufforderung der Gläubiger, sich bei ihr zu melden, im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht ist.

Bis zur Beendigung der Liquidation verbleibt es bei der bisherigen Organisation der Gesellschaft.

Eine theilweise Zurückzahlung der Gesellschaftsantheile an die Mitglieder unterliegt denselben Bestimmungen, wie die Auflösung der Gesellschaft.

Aufsicht.

§ 41.

Die Aufsicht über die Gesellschaft wird von dem Reichskanzler geführt.

Derselbe kann zu dem Behufe einen Kommissar bestellen. Der Kommissar ist berechtigt, an jeder Sitzung des Direktionsraths und an jeder General-Versammlung theilzunehmen, von der Direktion jederzeit Bericht-erstattung über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu verlangen, auch die Bücher und Schriften derselben einzusehen, sowie auf Kosten der Gesellschaft, wenn dem Verlangen der Mitglieder, der Direktion oder der Revisoren in Gemäßheit des § 35 b, c, d nicht entsprochen wird, oder aus sonstigen wichtigen Gründen eine außerordentliche General-Versammlung zu berufen.

Zur Erwerbung, Veräußerung und Belastung von Grundstücken oder Bergwerken im Schutzgebiete bedarf die Gesellschaft einer Genehmigung nicht.

§ 42.

Die Aufsicht wird darauf gerichtet, daß die Geschäftsführung der Gesellschaft dem in § 1 bezeichneten Zwecke derselben und den übrigen Be-

stimmungen des Statuts entspricht und im Einklange mit den gesetzlichen Vorschriften erfolgt.

Insbefondere sind der Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterworfen:

- a) die von der Gesellschaft aufzustellenden Grundsätze über Ausübung der landeshoheitlichen Rechte (§ 25 Nr. 1), die für das Schutzgebiet auf Grund der Landeshoheit zu erlassenden Verordnungen und Reglements (§ 25 Nr. 2), sowie die Grundsätze über Landerwerb (§ 25 Nr. 4);
- b) die Wahl des Vorsitzenden der Direktion und seiner Stellvertreter (§ 26) sowie die Ernennung und Entlassung der oberen Vertreter im Schutzgebiete (§ 25 Nr. 7), deren Entlassung auf Verlangen der Aufsichtsbehörde von dem Direktionsrath erfolgen muß;
- c) die Aufnahme von Anleihen (§ 37 c), die Verwendung des Reservefonds (§ 20);
- d) die Beschlüsse der Gesellschaft, nach welchen eine Aenderung oder Ergänzung des Statuts erfolgen oder die Gesellschaft aufgelöst oder mit einer anderen vereinigt (§ 37 d, e) oder eine theilweise Zurückzahlung der Antheile (§ 40, Absatz 4) stattfinden soll.

Statuten-Aenderungen, sowie der Beschluß, welcher die Auflösung der Gesellschaft anordnet, bedürfen der landesherrlichen Genehmigung.

Uebergangsbestimmungen.

§ 43.

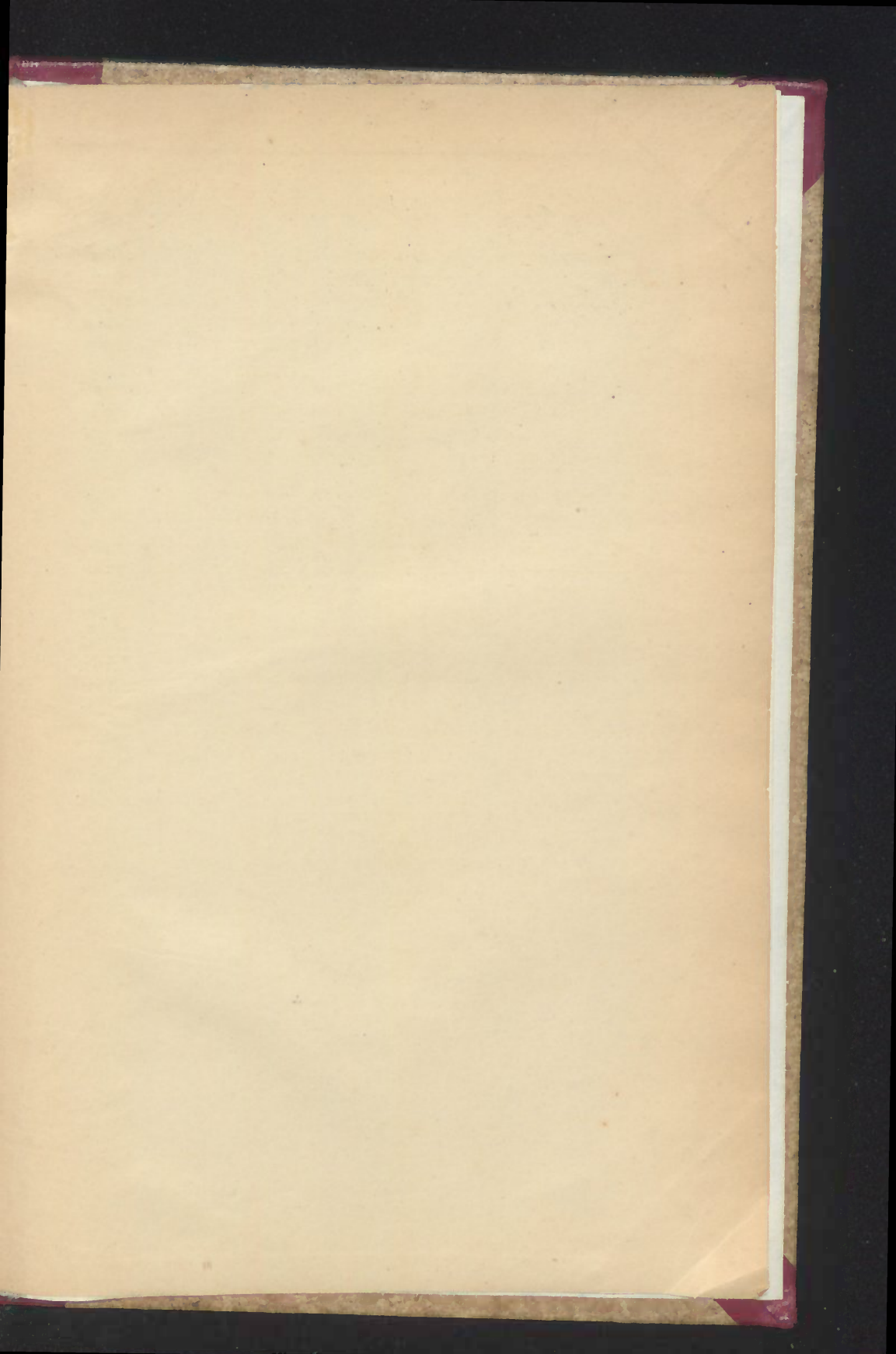
Die konstituierende General-Versammlung wird spätestens im Monat März 1887 stattfinden. Die Berufung erfolgt unter Mittheilung der Tagesordnung durch die Leitung der bisherigen Gesellschaft: Dr. Carl Peters, Graf Behr-Bandelin, Karl von der Heydt, mindestens eine Woche vor dem Zusammentritt durch Bekanntmachung im „Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger“ und der „Kolonial-Politischen Korrespondenz“ sowie durch eingeschriebene Briefe an die Zeichner sowie an die Betheiligten, welche Besitzer der Stamm- und Frei-Antheile werden. Die Berufung gilt als erfolgt, wenn sie im „Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger“ unter Innehaltung der erwähnten Frist bekannt gemacht ist.

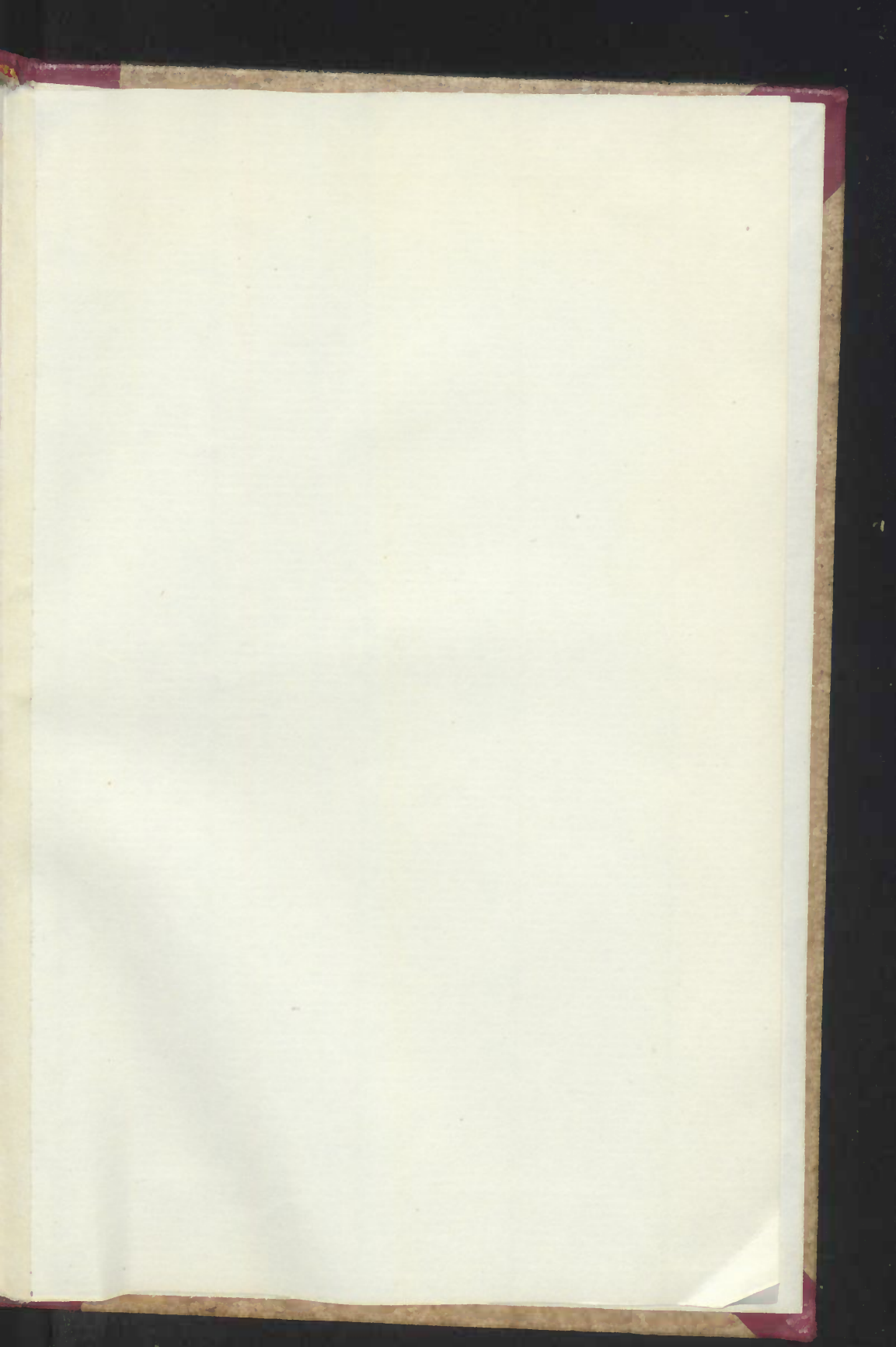
§ 44.

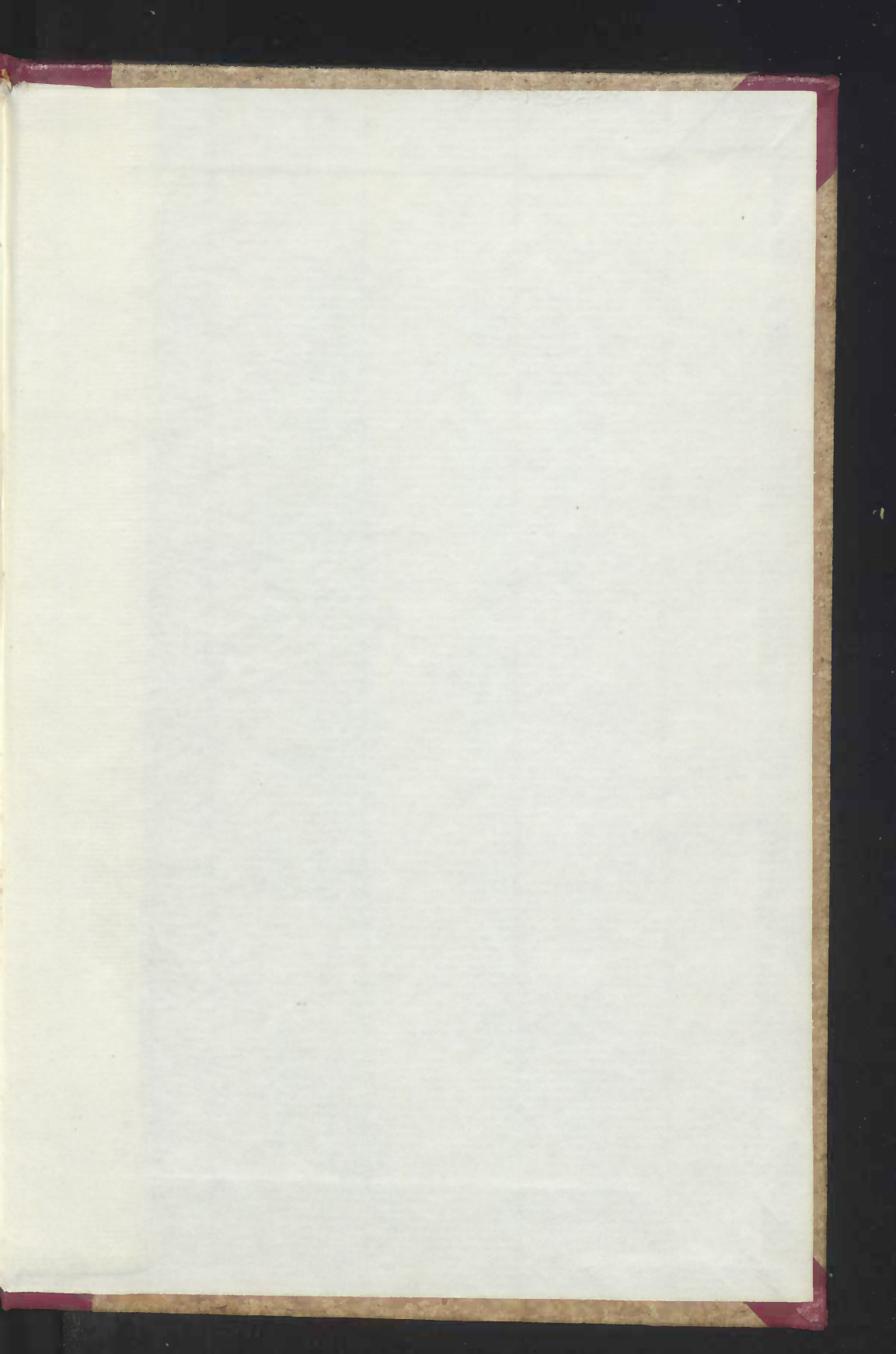
Die konstituierende General-Versammlung wählt ihren Vorsitzenden nach Mehrheit der erschienenen Personen. Eine Beschränkung in der Vertretung durch Bevollmächtigte (vgl. § 33 Schlußabsatz) findet nicht statt. Im Uebrigen kommen auf die konstituierende General-Versammlung die Vorschriften dieses Statuten-Entwurfes über die ordentliche General-Versammlung entsprechend zur Anwendung.

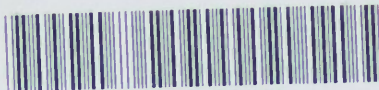
Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.

32 Rt









206\$02582546